

BERICHT ÜBER DIE SITUATION DER FRAU IN ÖSTERREICH

Frauenbericht 1975

Heft 7

Die Frau im öffentlichen Leben

Bundeskanzleramt

Wien 1975

Die Frau im öffentlichen Leben

Projektleitung:

Prof. Paul Blau

Autoren:

Dr. Diemuth Graf

cand. phil. Elisabeth Hindler

Dr. Brigitte Lehmann

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Historischer Abriss zur Geschichte der Frauenorganisationen	5
1.1 Die Entwicklung der Frauenorganisationen von 1863 bis zum Ersten Weltkrieg	5
1.2 Erster Weltkrieg	10
1.3 Die Erste Republik 1918–1938	11
1.4 1938–1945 Frauenorganisationen unter nationalsozialistischer Herrschaft	12
2 Entwicklung und Stand der Frauenorganisationen seit 1945	13
2.1 Frauen in der Gewerkschaft	13
2.2 Die Frauen in der SPÖ	14
2.3 Die Frauen in der ÖVP	16
2.4 Die Frauen in der FPÖ	17
2.5 Österreichischer Frauenring	17
2.6 Bund österreichischer Frauenvereine	18
2.7 Bund demokratischer Frauen	18
2.8 Katholisches Frauenwerk in Österreich/Katholische Frauenbewegung Österreichs	18
3 Präsenz der Frauen im öffentlichen Leben – quantitative Erhebung	18
4 Einstellungen führender männlicher Funktionäre zu Problemen der Rolle der Frau im öffentlichen Leben	20
5 Intensivinterviews mit Politikerinnen	24
6 Politisches Interesse und politische Aktivitäten der Österreicherinnen	29
6.1 Geringes Interesse an Politik	29
6.2 Bereitschaft zum Engagement in der Politik	31
6.3 Ausübung eines Mandats: Eignung und Möglichkeiten	33
Literaturverzeichnis	83

1 HISTORISCHER ABRISS ZUR GESCHICHTE DER FRAUENORGANISATIONEN

1.1 Die Entwicklung der Frauenorganisationen von 1863 bis zum Ersten Weltkrieg

1.1.1 Die bürgerlich-liberale Frauenbewegung

Die Frauenfrage hat zwar ihren Ursprung in den technischen, ökonomischen und sozialen Umwälzungen seit dem 19. Jahrhundert, in der Entfaltung des modernen Produktionssystems, die zu einer vollständigen Veränderung der sozialen Stellung der Frau und ihrer soziökonomischen Rolle geführt hatte. „Aber die Frauenbewegung ging nicht von denjenigen Frauen aus, die den Widerspruch zwischen ihrer neuen Wirtschaftslage und ihrer alten politischen und moralischen Stellung am eigenen Leibe spürten. Der Ruf nach Emanzipation ertönte gerade aus den Kreisen jener Frauen, die durch die Umschichtung und Umordnung von Gesellschaft und Wirtschaft in gewissem Sinn überflüssig gemacht worden waren. Vor allem von den überflüssigen Töchtern, denen das eingeschränkte Hauswesen des städtischen Mittelstandes nicht mehr zureichende Aufgaben und Existenzmöglichkeiten bot, während gleichzeitig aus ebendenselben Wirtschaftsverlagerungen heraus die Heiratschancen für sie immer geringer wurden.“ (Vgl. Rühle-Gerstel, 1932 S. 125 f.) Es waren also bürgerliche Frauen, die sich zu Beginn der Frauenbewegung zusammenschlossen, teils, weil sie über die Lage der Arbeiterinnen, der „armen Schwestern“ erschüttert waren, wie etwa *Luise Otto-Peters*, die als eine der ersten Frauen Deutschlands neben *August Bebel* für die Verbesserung der Lage der proletarischen Frau eintrat und hauptsächlich, weil sie sich das Recht auf Arbeit erst erkämpfen mußten.

Die bürgerliche Frauenbewegung entstand zum einen infolge der Zerstörung der traditionellen Basis der sozialen Stellung der Frau durch die Industrialisierung, zum anderen wegen der wirtschaftlichen Krisensituation in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts¹⁾, durch die Frauen des Mittelstandes plötzlich vor der Notwendigkeit standen, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Ihre ideelle Grundlage fand sie in der Forderung des Liberalismus nach individueller Freiheit.

Auch *Marianne Hainisch*, eine der bekanntesten Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung Österreichs, berichtet, daß sie durch eine Freundin, deren Mann die Familie nicht mehr ernähren konnte, zur „Frauen-Vorkämpferin“ wurde. Es erschütterte sie, daß ihre junge Freundin, „die mehrere Sprachen sprach und sehr musikalisch war“, keine adäquate Erwerbsmöglichkeit finden konnte. „(. . .) unsere Arbeiterinnen konnten sich und ihre Kinder ernähren, wenn sie Witwen wurden. Warum konnten wir Bürgerlichen nichts erwerben? Freilich handelte es sich um Erwerbsgelegenheiten, die höheren Lohn und eine der sozialen Stellung des Mannes entsprechende Position gewähren sollten. Nun wurde mir plötzlich

klar, daß bürgerliche Mädchen für den Erwerb vorbereitet werden müßten. Ich war tief ergriffen und wurde an diesem Tage zur Frauen-Vorkämpferin.“ (Vgl. *Hainisch*, 1892, S. 15.)

Im November 1866 wurde als erste derartige Gründung der „Wiener Frauenerwerbsverein“ gegründet. Die maßgeblich beteiligten Frauen waren *Iduna Laube*, die Schriftstellerin *Auguste Littrow-Bischoff*, *Helene von Hornbostel*, *Amalie Koppel* und *Marie Kompert*. Die Frauenbewegung Deutschlands, deren Beginn schon auf 1850 datiert werden kann, hat in dieser Anfangsphase zweifellos Einfluß und Faszination auf die Österreicherinnen ausgeübt. Eine der bemerkenswertesten Vertreterinnen der Frauenbewegung dieser Zeit in Deutschland war *Luise Otto-Peters*. Sie war die erste bürgerliche Frau, die für die Verbesserung der Lage der proletarischen Frauen eingetreten ist. „*Luise Otto* war durch ihre Teilnahme an der bürgerlichen Revolution 1848 bekannt geworden. Sie hatte in Meißen eine Arbeiterversammlung in die Wege geleitet und in der „Adresse eines Mädchens“ an die unter dem Ministerium Oberländer zusammengetretene Arbeiterkommission das vielzitierte Wort geprägt: „Glauben Sie nicht, meine Herren, daß Sie die Arbeit genügend organisieren können, wenn sie nur die Arbeit der Männer und nicht auch die der Frauen mitorganisieren . . . Und wenn man überall vergessen sollte, an die armen Arbeiterinnen zu denken – ich werde sie nicht vergessen!“ (Vgl. *Lion*, 1926, S. 14.)

Luise Otto schuf Wohlfahrtseinrichtungen, empfahl Industrieschulen und Produktivassoziationen. Sie war allerdings der Meinung, daß die proletarische Frau sich selbst organisieren müsse – daß weder Männer noch klassenfremde Frauen das für sie tun können. Sie sah die Frauenfrage „dicht neben“ der sozialen Frage, nicht als integrierenden Bestandteil.

Seit 1865 gab es den „Allgemeinen Deutschen Frauenverein“, in dem sich hauptsächlich bürgerliche Frauen sammelten und deren Kampf hauptsächlich um das Recht der Frau des Mittelstandes auf Arbeit ging. Und in der Denkschrift zur Gründung des sogenannten „Lettevereines“ (von einem liberalen Politiker namens Lette gegründet, mit dem Zweck, den Frauen des Mittelstandes Erwerbsmöglichkeiten zu verschaffen), heißt es: „Was wir nicht wollen und niemals, auch nicht in noch so fernen Jahrhunderten wünschen und beziehen, ist die politische Emanzipation und Gleichberechtigung der Frauen!“ (zitiert nach *Motzko*, 1959, S. 123).

Wenige Wochen nach Gründung des „Frauenerwerbsvereines“ gründeten in Wien *Ida Diamant*, *Lina Fellner*, *Marianne Benedikt* und *Regine Allmann* den „Mädchenunterstützungsverein“. Diese beiden Vereine sollten den Frauen Berufsbildung und Erweiterung der Erwerbsmöglichkeiten vermitteln; es wurden Nähstuben eingerichtet, später eine Handelsschule; der Frauenerwerbsverein übernahm auch die Vorbereitung der Frauen auf den Post- und Telegraphendienst. Es gab auch einige katholische Frauenwohltätigkeitsvereine, die rein karitativ wirkten.

Von einer einheitlichen, zielgerichteten Frauenbewegung kann man zu dieser Zeit allerdings noch nicht sprechen.

Johanna Meynert gründete 1875 den „Wiener Hausfrauenverein“. Die Idee zu dieser Gründung war,

¹⁾ Die Rezession in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts führte zu Massen-Entlassungen und Stilllegung einer großen Anzahl von Betrieben.

durch Zusammenschluß der Hausfrauen diesen die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erleichtern. Zu diesem Zweck wurde eine Dienstmädchenchschule verbunden mit einer Kochschule eingerichtet, und es wurden Aktionen wie „gemeinsames Einkaufen zur Verbilligung des Lebensaufwandes“ durchgeführt.

Auch in Prag und Brünn entstanden Frauenerwerbsvereine, die Erwerbsschulen für Mädchen (z. B. Näh Schulen, Zeichenkurse usw.) einrichteten. Zudem entstanden in allen Wiener Bezirken katholische, in manchen auch protestantische, israelitische und interkonfessionelle Frauenwohltätigkeitsvereine.

Die Organisierung der bürgerlichen Frauen bis zum Ende der achtziger Jahre war geprägt von praktischen, wirtschaftlichen und karitativen Zielen. Bei dieser Bindung an materielle Interessen kam es kaum zu theoretischen Ansätzen zur Frauenemanzipation. Man war bemüht, sich von den verspotteten Frauenrechtlerinnen Englands und Amerikas abzugrenzen. Ein Zitat von *Gisela Urban* mag Ziele und Inhalte dieser Periode charakterisieren: „Schon während dieser ersten Zeit des Werdens und Wachsens der heute so gebietenden Frauenorganisationen und auch in den folgenden Jahrzehnten, da nur in kleinsten Kreisen die kühnen Ideen besprochen wurden, aus denen sich seit Beginn der neunziger Jahre die moderne Frauenbewegung mit ihrer zielsicheren Problematik entwickelte, hat Wien die so viel verspotteten Frauenrechtlerinnen nicht kennengelernt. Dieses Geschöpf, das mit männlich kurz geschnittenem Haar, mit männlichem Gehabe und mit männlich zugeschnittener Kleidung daran erinnerte, daß im Weben des Frühlings auch Nessel und Dornen gedeihen. Welch häßliche Deutungen wurden der Frauenbewegung durch das Auftreten solcher Frauen gegeben. Welch böse Scherze trachteten die Reinheit und Ethik des neuen Frauenstrebens zu verunglimpfen! „Nun werden die Männer kochen und Kinder kriegen müssen“, so hieß es, „denn die Frauen müssen studieren, rauchen und ins Kaffeehaus gehen“. (...) Da die ersten Organisatorinnen in Wien liebenswerte, glücklich verheiratete Frauen und hingebungsvolle Mütter waren und überdies dem gebildeten Mittelstand entstammten, (...) hatte Wien auch gar keinen Anlaß, der Entwicklung der Frauenorganisationen Widerstand zu leisten.“ (Vgl. *Urban*, 1930, S. 29.)

Die wichtigsten Trägerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung waren die Lehrerinnen, die gebildetsten Frauen dieser Zeit. Der Zugang zum Lehramt war den österreichischen Frauen erst aufgrund des Staatsgrundgesetzes 1867 und des Reichsvolksschulgesetzes 1869 ermöglicht worden. „Der Dienst an der Volksschule ist ein öffentliches Amt und für alle Staatsbürger, die ihre Befähigung dazu auf gesetzliche Weise nachgewiesen haben, zugänglich.“ Mit Erlass vom 3. November 1869 wurde die sofortige Eröffnung von staatlichen Lehrerinnenbildungsanstalten angeordnet.

1870 wurde der „Verein der Lehrerinnen und Erzieherinnen“ gegründet. Vorerst kämpften die Lehrerinnen um die gleiche Bezahlung wie die Lehrer. Ab 1875 traten sie mit *Marie Schwarz* an der Spitze gegen die „Männerherrschaft an den Mädchenschulen“ und das Zölibat auf (*Marie Schwarz* wurde 1895 als erste Frau in Österreich Bürgerschuldirektorin).

1876 erfolgte unter Führung von *Johanna Schrade* und *Emilie Meisel* die Gründung des „Reichsvereins der Post- und Telegraphenbeamtinnen“, der die Pragmatisierung der weiblichen Postangestellten erkämpfte. Es wurden Erwerbsschulen gegründet, wie die „Höhere Fachschule für Kunststickerei“ auf Initiative von *Emilie Bach* 1874; 1879 auf Anregung von Hofrat *Josef von Stark* der „Zentralspitzenkurs“, der 1909 in die „Anstalt für Frauenindustrie“ umgewandelt wurde. 1881 gründete *Auguste von Littrow-Bischoff* den Verein „Wiener Frauenheim“, der alleinstehenden alten Frauen des gebildeten Mittelstandes ein Heim bieten sollte.

1885 entstand der „Verein der Schriftstellerinnen und Künstlerinnen“ (er hatte im Vorstand u. a. die Dichterinnen *Marie von Ebner-Eschenbach* und *Betty Paoli*), nachdem künstlerisch tätige Frauen vergeblich eine Aufnahme bei der männlichen Standesorganisation erstrebten hatten, und 1888 der „Verein der Musiklehrerinnen“. (Vgl. *Urban*, S. 25 ff.)

Um 1890 begann mit dem Kampf um das Frauenwahlrecht die von *Rosa Mayreder* als „ideologisch“ bezeichnete Phase. Für die Landtage der Kronländer und die Gemeindevertretungen hatten die Frauen zwar, soweit sie Steuertragende oder Besitzerinnen landäflicher Güter waren, das aktive Wahlrecht, konnten aber nicht gewählt werden.

Am 3. Oktober 1890 fand, von Lehrerinnen (*Auguste Fickert* und *Marie Schwarz*) veranstaltet, die erste politische Frauenversammlung in Wien statt. Die Forderung nach politischen Rechten wurde insbesondere von *Auguste Fickert*, *Rosa Mayreder* und *Marie Lang* vertreten. *Fickert* und *Mayreder* gründeten 1899 die „Dokumente der Frau“. Diese Zeitschrift, die bis 1912 erschien, befaßte sich mit Bildung und Studium, Beruf und Arbeit, Rechtswesen, Hygiene und Medizin und Kulturgeschichte.

Sie war betont überparteilich, wohlwollend gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterinnenbewegung, während die christlich-soziale Frauenbewegung einer scharfen Kritik unterzogen wurde: „... die christlich-soziale Frauenorganisation¹⁾ vertritt weder die wirtschaftlichen noch die sozialen Interessen des Weibes, sondern sucht nur, auf die niedrigsten Instinkte spekulierend, die Unerfahrenheit in allen Fragen des öffentlichen Lebens auf das gewissenloseste für die Parteizwecke der Männer auszubeuten und so die Herrschaft der Klerikalen und Antisemiten durch weiblichen Einfluß auf das ganze Volk auszudehnen.“ (zitiert nach *Kancler*, 1947.) Weitere Vertreterinnen der Wahlrechtsforderung waren *Ottolie Turnau* und *Therese Schlesinger*, die sich später der Arbeiterinnenbewegung anschloß.

Gleichzeitig mit der Wahlrechtsbewegung bemühten sich die bürgerlichen Frauen um die Wohlfahrt der Arbeiterinnen, der „armen Schwestern“. Der Jänner 1893 gegründete „Allgemeine österreichische Frauenverein“ mit *Fickert* als Vorsitzender beschäftigte

¹⁾ Der 1897 unter Dr. Karl Lueger gegründete Wiener Christlichsoziale Frauenbund als parteilich gebundene Organisation war am Gegenpol dessen zu finden, was man „Frauenbewegung“ nennen kann. Nicht nur wurde das Desinteresse am Stimmrecht der Frauen hervorgehoben, auch die Reduzierung der Schulpflicht u. ä. wurden gefordert.

te sich mit Sittlichkeitsfragen (nahm z. B. gegen die damals in Wien geplante Kasernierung der Prostituierten Stellung), Rechtsfragen, Kinder- und Mütterfürsorge, Arbeiterinnenschutz und Bildungsfragen. (Vgl. *Urban, 1930, S. 35 ff.*)

1894 gründete Katharina Migerka den „Hilfsverein für Lehrmädchen und jugendliche Arbeiterinnen“; in diesem Verein entstanden die ersten Haushaltungs- und Abendkurse für Lehrmädchen und jugendliche Arbeiterinnen.

1890 wurde der Verein „Heimstätte für Dienst- und Arbeitsuchende Frauen“ gegründet, den *Klara Petrin-Forcher* leitete und der proletarischen Mädchen und Frauen billige Unterkunft und kostenlose Stellenvermittlung bot.

1896 gründete *Johanna Schwieland* die „Frauenvereinigung für soziale Hilfstätigkeit“. Dieser Verein arbeitete nicht mehr rein karitativ, sondern wollte die Hilfsbedürftigen fähig machen, sich selbst zu helfen. Es wurden eine Koch- und Haushaltungsschule für Arbeiterinnen und Schülerhorte gegründet, das Verleihen von Kinderwäsche, Hauskrankenpflege usw. organisiert.

Der 1897 von *Marie Auspitz* gegründete Verein „Lucina“ errichtete 1900 ein Wöchnerinnenheim.

Marianne Hainisch nahm, vom „Allgemeinen österreichischen Frauenverein“ delegiert, an der 2. Generalversammlung des seit 1888 in Amerika bestehenden I. C. W. (Internationaler Frauenbund) teil. Sie regte die Gründung des „Bundes österreichischer Frauenvereine“ an, der es den Österreicherinnen ermöglichen sollte, sich dem I. C. W. anzuschließen. Der „Bund“ wurde 1902 gegründet.

Mitarbeiterinnen beim „Bund österreichischer Frauenvereine“ waren außer *Hainisch, Hertha Sprung, Margarete Minor, Caroline von Niebauer, Marianne (Baronin) Wieser, Emilie Hainisch* (die Gattin des späteren ersten Bundespräsidenten der Republik Österreich), *Emilie Meyer, Dora Rösler, Helene Littmann* und *Henriette Herzfelder*, die den „Bund“, die Zeitschrift des „Bundes österreichischer Frauenvereine“ redigierte. Der „Bund“ befaßte sich mit Frauenbewegung, Kinderschutz, künstlerischem Schaffen der Frauen, Berufsberatung, Rechtsfragen, Erziehungsfragen, Wahlreform und schloß vorerst alle politischen, nationalen und religiösen Probleme von der Erörterung aus. Die Zeitschrift wurde bis 1918 herausgegeben.

„Dem Bund österreichischer Frauenvereine“ gliederten sich am Anfang 13 Organisationen an, darunter der 1901 gegründete „Diskutierklub“, die „Vereinigung der arbeitenden Frauen“, die gegründet worden war, um die Interessen der Privatbeamten zu wahren, der von *Helene Sueß-Rath* gegründete „Niederösterreichische Frauen-Gewerbeverein“ und zahlreiche Wohltätigkeitsvereine. Bis 1938, als er aufgelöst wurde, war er auf rund 100 Mitgliedervereine angewachsen.

Die Arbeit der zahlreichen Wohltätigkeitsvereine wurde jedoch als unzureichend erkannt. „Dem Wohlthun lebende Frauen und Männer können nicht genug Entsetzliches von der Hilflosigkeit und Verkommenheit der in feuchten halbdunklen Kellern zusammengepferchten aufsichtslosen, oft schwer kranken Kinder armer Fabriksarbeiter und Taglöhner

erzählen. Sowohl die kirchlichen, humanitären und sonstigen Frauenhilfsvereine mühen sich vergebens, dem Elend zu steuern. Bei aller Disziplin und Gewissenhaftigkeit fehlt auch hier Einigkeit, Organisation des ganzen Hilfskörpers.“ (Protocoll über die am 14. Mai 1891 abgehaltene allgemeine Frauenversammlung.)

Wohlfahrtspflege wandelte sich in „Volkspflege“, „volksfreundliche Kulturarbeit“. Man wollte nicht mehr einzeln helfen, sondern konzentrierte sich auf die Bekämpfung etwa des Alkoholismus, des Mädchenhandels.

Die erste katholische Frauenorganisation wurde von *Dr. Emilie Mathoy* im Jahr 1906 in Wien gegründet. 1910 veranstaltete die ebenfalls neu gegründete Katholische Reichsfrauenorganisation Österreichs unter dem Vorsitz der Gräfin *Melanie Zichy-Metternich*, der Tochter des österreichischen Staatskanzlers, den ersten Katholischen Frauentag.

Alma Motzko charakterisierte die Entstehung dieser Bewegung folgendermaßen: „Die katholische Frauenbewegung war unter den konfessionell bestimmten Gruppen der österreichischen Frauenbewegung die bedeutendste. Sie entstand verhältnismäßig spät vor allem aus dem Motiv der Glaubensverteidigung. In die bürgerliche und in die sozialdemokratische Bewegung hatten sich Grundsätze und Lebensthesen eingenistet, die von katholischer Seite nicht unwidersprochen bleiben durften. Der Kampf gegen die Unmündigkeitsstellung der Frau verquickte sich mit dem Kampf gegen Unauflöslichkeit des Ehebandes, mit der Propaganda für ‚freie Liebe und freie Ehe‘. Wenn auch die Klugheit und Einsicht von *Marianne Hainisch* die ärgsten Radikalismen abzubiegen vermochte – die Grundstimmung blieb. Und führte schließlich zum unnatürlichen Kampf gegen das Kind durch den von der sozialistischen Partei sehr geförderten ‚Bund für Mutterschutz‘ und zum Verlangen nach Aufhebung des § 144, St. G., der die Abtreibung der Leibesfrucht unter Strafe stellt.“ (Vgl. *Motzko, 1959, S. 147 f.*)

1.1.2 Die sozialdemokratische Frauenbewegung

Die ersten Formen von Zusammenschlüssen österreichischer Arbeiterinnen fanden ihr Vorbild in den Arbeiterbildungsvereinen. 1867, nach Inkrafttreten des Vereins- und Versammlungsrechtes, konstituierte sich der Wiener Arbeiterbildungsverein in einer großen Gründerversammlung, an der 3.000 Arbeiter teilnahmen. Die Arbeiterbildungsvereine wurden von ihren Gründern und Mitgliedern nicht nur als bloße Bildungsorganisation, sondern ebenso als Interessenvertretung in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht angesehen.

Bereits 1868 wurde auch – von allerdings wenigen Arbeiterinnen – ein Wiener Arbeiterinnen-Bildungsverein gegründet, ebenso einer in Brünn und in Graz. Sie lösten sich jedoch nach wenigen Jahren wieder auf, ohne besondere Bedeutung erlangt zu haben. Ähnlich erging es dem um 1871 gegründeten Hainburger Arbeiterinnenverein. In dieser Zeit fanden auch die ersten Arbeiterinnenversammlungen in Wien statt. (Vgl. *Hüttl, 1949, S. 14–15.*)

Die österreichische Arbeiterbewegung zu dieser Zeit hatte drei Hauptziele:

1. Errichtung von Arbeiterbildungsvereinen, um die kulturelle Entwicklung des einzelnen Arbeiters durch wissenschaftliche und moralische Fortbildung zu sichern,
2. Bildung von Gewerkschaften, um durch geeintes Vorgehen günstigere Arbeitsbedingungen zu erlangen, und
3. Gründung einer Arbeiterpartei, um der Arbeiterklasse ein politisches Mitbestimmungsrecht im Staat zu gewährleisten. (Vgl. *Hautmann/Kropf, S. 57.*)

Diese Forderungen bezogen sich allerdings auf die männlichen Arbeiter. Die einzige Forderung, die die arbeitenden Frauen betraf, war die nach Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit. Die allgemeine Tendenz war, die Einbeziehung der Frauen in die gewerkschaftlichen Organisationen durch das Statut der Gewerkvereine zu unterbinden.

Auf dem „Allgemeinen Deutschen Sozial-demokratischen Arbeiterkongreß“ in Eisenach 1869, an dem die österreichischen Delegierten *Heinrich Oberwinder* und *Andreas Scheu* teilnahmen (das Eisenacher Programm wurde auch für die österreichische Bewegung als verbindlich erklärt), wurde auch die Frauenfrage erörtert und zum ersten Mal in programmatische Forderungen gefaßt.

Auf diesem Parteitag wurde der Antrag auf Wahlrecht „für alle Staatsangehörigen“ von der Mehrheit abgelehnt und in das Programm lediglich die Wahlrechtsforderung für Männer aufgenommen. „Die Feindschaft der Männer gegen die weibliche Konkurrenz äußerte sich in einem Antrag, der die Abschaffung der Frauenarbeit zu einem Programmfpunkt machen wollte. Er wurde aber mit der Begründung abgelehnt, daß das Ziel, das er im Auge habe, nicht erreicht werden könne, und daß jede Unterdrückung der Frauenarbeit die auf den Erwerb angewiesenen Frauen nur scharenweise der Prostitution in die Arme treiben würde. Die gefährliche Konkurrenz ließe sich nur beseitigen durch ihre Organisation mit den Männern, durch die Erweckung des Klassenbewußtseins in ihnen und die Erhebung des Weibes zur gleichstehenden Genossin.“ (Vgl. *Lion, 1909, S. 29.*)

Vor allem die Lassalleaner sprachen sich nicht nur gegen die Frauenarbeit unter den Bedingungen des Kapitalismus jener Zeit, sondern prinzipiell für die Beschränkung der Frau auf die „weibliche Sphäre“ aus. Als Kampfmaßnahmen gegen Arbeiterinnen schlugen sie Abwehrstreiks der Männer vor. Von der Ausschaltung der Frauen aus der industriellen Produktion erwarteten sie eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Männerlöhne. Massenarbeitslosigkeit und drastische Lohnsenkungen im Gefolge der Wirtschaftskrise von 1873 führten auch zu einem Rückschlag für die Arbeiterbewegung, der sich in starken Mitgliederverlusten zeigte. Die gewerkschaftlichen Kämpfe kamen fast zum Erliegen, da die Mehrzahl der Arbeiter zu dieser Zeit bereit war, schlechtere Arbeitsbedingungen der Arbeitslosigkeit und dem Hunger vorzuziehen. 1870 wurden die Arbeiterbildungsvereine verboten.

Erst am 29. Juni 1890 wurde auf Anregung der Sozialistin *Viktoria Kofler* und mit Unterstützung von führenden Sozialdemokraten der Wiener Arbeiterinnen-Bildungsverein gegründet. An der Gründungsver-

sammlung nahmen rund 300 Frauen teil. Der Verein hatte zu Beginn 114 Mitglieder. Kurse hielten u. a. auch die der bürgerlichen Frauenbewegung angehörenden Lehrerinnen *Ida Baumann* und *Auguste Fickert*.

Der Arbeiterinnen-Bildungsverein konnte Delegierte zu den Parteitagen entsenden. Am 2. Parteitag 1891 sprachen die Delegierten *Viktoria Kofler* und *Alice Salomon* für die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Fachorganisationen. Diesem Wunsch wurde damals jedoch noch nicht entsprochen.

Gegen Ende 1890 erschien die erste sozialdemokratische Frauenzeitschrift „Die Arbeiterin“, herausgegeben von *Emma Ihrer*; sie wurde von Deutschland nach Österreich kolportiert. Mit Beschuß des Parteitages 1891 erschien in Österreich ab Jänner 1892 zweimal monatlich als Beilage der „Arbeiter-Zeitung“ eine Frauenzeitschrift unter dem Titel „Arbeiterinnen-Zeitung“, die zu Beginn von der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ redigiert wurde. Später wurde sie mit *Adelheid Popp* als verantwortlicher Redakteurin als selbständiges Blatt herausgegeben.

Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ enthielt ausländische Nachrichten über sozialdemokratische Bestrebungen, soziale Reportagen, oft Romane, belehrende Artikel, meist ein Feuilleton, Berichte aus dem Partei- und Gewerkschaftsleben, die Rubriken „Arbeiterinnen-Bewegung“ und „Aus Fabriken und Werkstätten“ sowie Versammlungsanzeigen und Berichte. Ab 1913 wurden in die Beilage der Zeitung Modezeichnungen und Anleitungen zum Anfertigen von Kleidungsstücken aufgenommen. Die Auflagenzahl dieser Zeitschrift stieg mit der Bedeutung der sozialdemokratischen Frauenbewegung. Hatte das Blatt 1896 eine Auflage von 2.500, so steigerte sich die Auflagenzahl bis zum Ersten Weltkrieg auf 17.200 und bis Juni 1918 auf 41.800 Exemplare.

Als Arbeiterbildungsvereine und Gewerkschaften nach entsprechenden Statutenänderungen auch Frauen aufnahmen, verloren die Arbeiterinnenvereine an Bedeutung und lösten sich schließlich auf. Statt dessen gewann der seit 1893 von *Adelheid Popp* geleistete Lese- und Diskutierklub „Libertas“ an Bedeutung. In dieser Zeit, im Mai 1893, fand der erste selbständige größere Arbeiterinnenstreik statt. 600 Frauen und Mädchen aus vier Appreturfabriken in Gumpendorf stellten die Arbeit ein. Sie wollten nicht mehr um einen Wochenlohn von drei bis vier Gulden elf Stunden am Tag und unter gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen arbeiten.

Zu den wichtigsten Forderungen der Arbeiterinnenbewegung dieser Zeit gehörten der Achtstundentag und das Wahlrecht für Frauen. Am 1. Oktober 1893 fand eine Arbeiterinnen-Versammlung mit rund 3.000 Teilnehmerinnen statt, auf der *Lotte Glas-Phol* und *Amalie Ryba-Seidel* die Wahlrechtsforderung vertraten. Sie mußte jedoch zunächst zugunsten des Kampfes um das allgemeine Wahlrecht (für Männer) zurückgestellt werden. *Victor Adler* führte dazu auf der Frauenkonferenz im Jahr 1903 aus: „Wir müssen bei jeder Gelegenheit erklären, daß wir für das Frauenwahlrecht sind, daß wir auch den ersten Schritt auf diesem Gebiet machen wollen, aber auch, daß der letzte Schritt erst gemacht werden kann, wenn der erste Schritt gemacht ist. Und der ist: die Erkämpfung des

allgemeinen Wahlrechtes.“ (Vgl. Konecny, 1969, S. 8.) Ebenso wurden bereits um die Jahrhundertwende die Revision des Eherechtes, die gleiche Erziehung für Mädchen und Knaben, das Verbot der Nachtarbeit für Frauen, Wöchnerinnenschutz und eine vierzehntägige Schutzfrist vor der Entbindung verlangt. Nach der Jahrhundertwende wurde (vor allem von organisierten Arbeiterinnen der Tabakindustrie) mit der Agitation für den freien Samstagnachmittag begonnen.

„Als zu Weihnachten 1893 der erste österreichische Gewerkschaftskongreß in Wien stattfand, ergab eine Statistik, die dem Kongreß vorgelegt wurde, daß es in den verschiedenen Branchen Österreichs 443.639 beschäftigte Personen gab. Davon waren 31.522 organisiert, unter ihnen waren 659 weiblich, 385 entfielen auf die Provinz, sodaß es in ganz Wien nur 308 gewerkschaftlich organisierte Frauen gab.“ (Vgl. Popp, 1930, S. 88.) Die ersten Mitarbeiterinnen in den Gewerkschaften waren dieselben Frauen, die auch in den politischen Organisationen tätig waren.

Ostern 1898 fand eine Frauenkonferenz statt, mit dem Zweck, leistungsfähige Organisationsformen für die Frauen sowohl in politischen wie in gewerkschaftlichen Organisationen zu finden. Folgender Organisationsentwurf wurde beschlossen: „Es sollen in den Berufs- und allgemeinen Gewerkschafts- und Bildungsorganisationen, in den ersten für die in Industrie und Gewerbe, in den letzteren für die im Hause tätigen Frauen, Sektionen nach Bedarf errichtet werden, deren hauptsächliche Aufgabe, nebst der Wahrung der besonderen Interessen, die Besorgung der Agitation und Organisation unter den Arbeiterinnen ist. Um eine zweckmäßige Verbindung und ein einheitliches Vorgehen der in den Sektionen organisierten Frauen zu bewerkstelligen, wird in Wien ein Reichskomitee eingesetzt, dem die Aufgabe zufällt, in wirtschaftlicher Beziehung ein bedeutendes und für die besonderen Zwecke der Arbeiterinnenbewegung unter Hinzuziehung der Parteileitung und der Gewerkschaftskommission den Arbeiterinnen ein Ziel und Richtung angebendes Organ zu sein (...) Um die Arbeiterinnen zur regen Tätigkeit in den Organisationen anzueifern, wird den Organisationen empfohlen, den weiblichen Mitgliedern eine entsprechende Vertretung in den Vorständen und den übrigen Vertretungskörpern einzuräumen ...“ (zitiert nach Hüttl, 1949, 37 f.) Das Frauenreichskomitee, in dem u. a. Therese Schlesinger und Adelheid Popp tätig waren, beschäftigte sich vor allem mit Agitations- und Organisationsproblemen und stellte die Rednerinnen zu den Agitationstourneen.

Obwohl nach der Volkszählung 1890 in den Hauptindustriegruppen 51% der Beschäftigten Frauen waren (vgl. Klenner, 1962, S. 257), blieb die Zahl der organisierten Frauen noch lange sehr klein.

Der weibliche Mitgliederstand in den sozialdemokratischen Organisationen Österreichs betrug 1900:

Fachvereine (Gewerkschaften)	4.784
Bildungsvereine	2.598
Allgemeine Arbeitervereine	1.758

9.140

(Vgl. Deutsch, 1929, S. 388.)

Demgegenüber umfaßte die österreichische Sozialdemokratie zur Jahrhundertwende 540.000 Gewerkschafts- und 150.000 Parteimitglieder.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen stieg von 5.580 im Jahr 1903 auf 167.467 im Jahr 1928. Die Zahl der politisch organisierten Frauen stieg von 700 im Jahr 1903 (als es noch keine politische Frauenorganisation gab) auf 221.500 im Jahr 1928. (Vgl. Popp, 1930, S. 92.)

Erst nach dem Wahlkampf zu den Reichsratswahlen 1901, bei dem die Frauen, von Amalia Poelzer und Therese Schlesinger geleitet, Werbearbeit geleistet hatten, unterstützten die Sozialdemokraten die Gründung einer eigenen Frauenorganisation. Sie hatten wohl auch das Beispiel des christlich-sozialen Frauenbundes vor Augen, der 1897 gegründet worden war und im Wahlkampf eine große Unterstützung bedeutet hatte.

1902 wurde der „Verein sozialdemokratischer Mädchen und Frauen“ gegründet. Der Verein mußte sich in den Statuten als unpolitisch deklarieren, da das Vereinsgesetz die Teilnahme von „Frauenspersonen“ an politischen Vereinen ausschloß; 1904 hatte er 600 Mitglieder.

Ebenfalls 1902 wurde der „Verein der Heimarbeiterinnen“ gegründet (aus der 1898 gegründeten „Gewerkschaft der Näherinnen“ hervorgegangen), dessen Zweck die politische und gewerkschaftliche Organisierung dieser Frauen war. Die Mitglieder hatten Recht auf Kranken- und Notfallsunterstützung, Entbindungsbeitrag, Rechtsschutz und kostenlose Arbeitsvermittlung. Allerdings zeigte sich, daß Heimarbeiterinnen, die ihren Beruf in der Abgeschlossenheit ihrer Wohnung, von den anderen Arbeiterinnen isoliert ausüben, am schwersten zu organisieren sind. 1909 erreichte der Verein einen Höchststand von 1.520 Mitgliedern.

1908 wurde in Deutschland den Frauen das gleiche politische Vereinsrecht zuerkannt wie den Männern. Bis dahin mußten die Frauen bei Versammlungen in einem Abgeteilten Raum, dem „Segment“ sitzen. Nach Fällen des § 8 des Deutschen Vereinsgesetzes wurde am Nürnberger Parteitag der Beschuß gefaßt, daß es keine besonderen Frauenorganisation mehr gebe. Die Frauen wurden Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. (Vgl. Popp, 1930, S. 96.) Auch in Österreich wurde der „Anschluß der Frauen an die politischen Parteien“ angestrebt. 1911, nach Beseitigung des § 30 des Vereinsgesetzes¹⁾, forderte die Frauenreichskonferenz die gemeinsame Organisation, die allerdings erst nach dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der Monarchie zustandekam.

Während in Deutschland die Frauen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei wurden, wurde in Österreich die „Freie politische Frauenorganisation“ aufgebaut. Auf der 3. Frauenreichskonferenz 1908 wurde ein Programm ausgearbeitet; es wurden Frauenaktionssomitees mit Frauenlandeskomitees an der Spitze eingesetzt; die Frauenreichskonferenz hatte die zentrale Leitung. Zweck der Organisation war die politische Schulung der Frauen, die Heranbildung von Funktionärinnen, es wurden Rechtsberatung und -hilfe für Arbeiterinnen eingerichtet. Die Mitgliedszahlen stiegen von 6.412 im Jahr 1909 auf 30.000 im Juni 1914.

¹⁾ Der § 30 des Vereinsrechtes untersagte es „Frauenspersonen“, sich an politischen Vereinen zu beteiligen.

Die erste Internationale Frauenkonferenz hatte 1907 in Stuttgart getagt und war hauptsächlich der Debatte um das Frauenwahlrecht gewidmet. Auf der zweiten Internationalen Frauenkonferenz wurde die alljährliche Durchführung eines internationalen Frauentages beschlossen. Er sollte u. a. auch ein Mittel zur Mobilisierung gegen den drohenden Krieg sein. In Deutschland, Österreich, Dänemark und der Schweiz nahmen rund 1 Million Frauen an den Veranstaltungen des Frauentages 1911 teil.

In Österreich wurde der Internationale Frauentag am 18. März 1911 abgehalten. Es fanden etwa 300 Frauenversammlungen statt, auf denen für das Frauenwahlrecht demonstriert wurde. Es wurde folgende Resolution beschlossen: „Im Namen der Frauen der Arbeiterklasse erheben wir heute die Forderung nach der politischen Gleichberechtigung der Frauen mit den männlichen Staatsbürgern. Wir fordern für alle erwachsenen Frauen und Mädchen ihr volles Bürgerrecht, vor allem also das aktive und passive Wahlrecht für den Reichsrat, für die Landtage und die Gemeindevorstände und ihre Zulassung zu den politischen Vereinen.“ (Vgl. Konecny, 1969, S. 10.) Das Frauenreichskomitee gab die Schrift „Der Frauentag“ heraus.

1.2 Erster Weltkrieg.

1.2.1 Sozialdemokratische Frauenbewegung

Mit Beginn des Krieges reduzierte sich die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Frauenorganisationen. Sie ging im ersten Kriegsjahr von 30.000 auf 13.500 zurück, stieg dann aber bis Kriegsende auf 42.000 an. „Das Einrücken der Männer und der Söhne, Arbeitslosigkeit und Niedergeschlagenheit machten zuerst viele Frauen der Organisation untreu, die lange Dauer des Krieges, die seelischen Qualen und die wirtschaftliche Not lehrten die Frauen wieder denken.“ (Vgl. Popp, 1930, S. 103.)

Trotz aller Schwierigkeiten haben die organisierten Arbeiterinnen bemerkenswerte organisatorische Arbeit geleistet und auch an den durch den Krieg notwendig gewordenen Hilfsaktionen regen Anteil genommen.

Das Frauenreichskomitee berief allgemein zugängliche Frauenversammlungen ein, auf denen über den Krieg und seine Wirkungen gesprochen wurde und zu denen oft hunderte Frauen kamen. Sie fanden vor allem in Niederösterreich, der Steiermark, Böhmen und Wien statt.

Am 27. März 1916 richteten Adelheid Popp und Emmy Freundlich an die Reichskonferenz der deutschen sozialdemokratischen Partei den Appell, nach dem Krieg den Kampf für die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit der Frauen und für die Einführung des Frauenwahlrechtes mit allen Kräften zu fördern, besonders da der Krieg den Widerspruch zwischen den der Frau auferlegten Bürden und ihrer politischen Rechtlosigkeit verschärft hatte.

Mit Beginn des Krieges waren die bereits errungenen Arbeiterschutzbestimmungen stillschweigend außer Kraft gesetzt worden; die Frauen waren von der Heeresleitung aufgefordert, sich in verstärktem Maß der „Kriegsdienstleistung“ zuzuwenden. Sie wurden

in Munitions- und Kanonenfabriken, oft unter furchtbaren Arbeitsbedingungen, beschäftigt. Hunderte Arbeiterinnen wurden Opfer der zahllosen Explosionen und Brandkatastrophen in den Fabriken. Junge Mädchen und schwächliche Frauen arbeiteten oft 18 Stunden ununterbrochen bei einem Lohn, der immer mindestens um ein Drittel geringer war als der Lohn, den man Männern hätte bezahlen müssen. (Vgl. Popp, 1930, S. 109.)

Die Arbeiterinnen wurden schließlich unter das Kriegsdienstleistungsgesetz gestellt, um sie am Verlassen ihrer Posten zu hindern. Während des Krieges wurden sämtliche Arbeitshemmisse für Frauen beseitigt. Die Frauen wurden zur Schwerarbeit herangezogen, der Arbeiterinnen-Jugend-Kinderschutz für die Dauer des Krieges außer Kraft gesetzt. Diese „Gleichberechtigung“ entsprach der Notwendigkeit, männliche Arbeitskräfte für die Front freizusetzen. Als Beispiel die Entwicklung der Frauenarbeit in der Metallindustrie der Steiermark: Juni 1914 waren in 29 Betrieben 1.076 Frauen beschäftigt, am 31. Oktober 1916 arbeiteten in 27 Betrieben 3.430 Frauen. (Vgl. Popp, 1930, S. 117.)

1.2.2 Bürgerliche Frauenbewegung

Die Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung organisierten vor allem die Kriegsfürsorge; an der „Frauenhilfsaktion im Kriege“ beteiligten sich Frauen aller Weltanschauungen.

Die wachsende Zahl der Kriegswaisen veranlaßte den „Bund österreichischer Frauenvereine“, sich um die Heranziehung der Frau zur Vormundschaft zu bemühen.

Ende 1915 trafen sich unter dem Vorsitz der Amerikanerin Jane Addams die Frauen in Haag, um gegen den Krieg zu protestieren, Waffenstillstand und die Mitwirkung der Frauen an den Friedensverhandlungen zu fordern. Es wurde die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ gegründet – die Vorsitzende der österreichischen Zweigorganisation war Yella Hertzka.

Am 3. November 1918 fand eine Wahlrechtsversammlung statt, an der zum ersten Mal gemeinsam der „Bund österreichischer Frauenvereine“, das „Frauenstimmrechtskomitee“, der „christliche Frauenbund“, die gewerkschaftlich organisierten Frauen, die katholischen Frauenorganisationen, die soziale Zentralstelle der christlichen Arbeiterinnen Österreichs sowie der Verband deutscher Hausfrauen teilnahmen. Bis dahin hatten sich christliche und katholische Frauenorganisationen gegen das Frauenwahlrecht ausgesprochen. „Als erster Schritt auf diesem Wege zur politischen Vollberechtigung der Frau erfolgte am 30. Oktober 1918 der Beschuß der Nationalversammlung, die „Vereins- und Versammlungsfreiheit ohne Unterschied des Geschlechts“ herzustellen. Der erste auf dem Boden des neuen freien österreichischen Staates gegründete Verein war der „Deutsch-österreichische Verein für Frauenstimmrecht“ (früher „Frauenstimmrechtskomitee“), dessen Konstituierung am 7. November 1918 stattfand.“ (Vgl. Fürth, 1930, S. 80.)

1.3 Die Erste Republik 1918–1938

Am 12. November 1918 beschloß die provisorische Nationalversammlung zugleich mit der Proklamation der Deutsch-österreichischen Republik die Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechtes für alle Vertretungskörper an alle volljährige Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts.

An den Wahlen am 16. Februar 1919 nahmen zum ersten Mal in der österreichischen Geschichte Frauen teil und gleichfalls zum ersten Mal wurden Frauen in die Konstituierende Nationalversammlung gewählt: acht Sozialdemokratinnen, eine Abgeordnete der Christlichsozialen und, schon gegen Ende der Funktionsperiode, eine Vertreterin der Großdeutschen.

Im November 1918 zogen auch die ersten Frauen in den Wiener Gemeinderat ein. Provisorisch bis zur neuen Gemeindewahlordnung wurden zwölf Frauen in den Gemeinderat berufen; je fünf Frauen der sozialdemokratischen und der christlichsozialen und zwei Angehörige der deutsch-freiheitlichen Partei. Mit dem Erstarken der nichtsozialistischen Parteien – die Wahlen des Jahres 1920 machten die Christlichsozialen mit 82 Mandaten zur stärksten Partei – wurde der Einfluß der Frauen im politischen Leben wieder geringer:

„Das Parlament gar, die höchste Tribüne staatlicher Würde und Macht, war den Frauen verschlossen und wurde nicht einmal von den Frauen selbst – kleine Gruppen ausgenommen – begehrt. Mit 1918 trat hier ein schneller Wandel ein. Die Stellen in Verwaltung und Regierung, die sich die Frauen seither erobert haben, wurden im ersten Enthusiasmus der geschlechtlichen Gleichberechtigung bezogen. Seither sind die Frauen vielfach durch Abbau und andere Maßnahmen aus ihnen wieder vertrieben worden. Jedenfalls ist eine Zunahme der weiblichen Kräfte an verantwortungsvoller Stelle nicht zu verzeichnen, und von einer wesentlichen Mitwirkung des weiblichen Elements in der Staatsverwaltung kann keine Rede sein.“ (Vgl. Rühle-Gerstel, 1932, S. 384–385.)

Dieses Zitat, das sich zwar auf Deutschland bezieht, trifft auch auf die österreichische Situation zu:

„Wir wissen, daß das Einsetzen für die Interessen der Frauen (bei den bürgerlichen Parteien) nicht aus Überzeugung oder Gesinnung geschieht, sondern daß es Gelegenheitspolitik ist“, sagte Gabriele Proft in einer großen Rede im Jahre 1922. Die Frauen werden nur gerufen, wenn man sie ganz dringend braucht – etwa im Krieg –, aber dann sollen sie möglichst rasch wieder verschwinden.“ (Vgl. Konecny, 1969, S. 15.) In den Gewerkschaften wurde der Kampf um die Gleichberechtigung mit der Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ geführt (von Seiten der männlichen Gewerkschaftsmitglieder herrschten zum Teil starke Ressentiments den Arbeiterinnen gegenüber, die sich aus der verschärften Konkurrenzsituation zur Zeit der Krise erklären lassen). „Zuerst hat man die Frauen hineingedrängt in die Betriebe, die Löhne der Männer wurden gedrückt, die Frauen mußten Mitverdienerinnen werden, und nun sind sie gleich den Männern arbeitslos. Und die Verblendung führte oft dazu, in den Frauen die Ursachen des Übels zu sehen, so wie immer und immer wieder die

Unschuldigen auch die Leidenden sind.“ (Vgl. Popp, 1931, S. 3.)

Die Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft hätten es zu dieser Zeit notwendig gemacht, den gewerkschaftlichen Kampf um soziale Reformen verstärkt zu führen; der Widerstand gegen die Fortführung der Sozialgesetzgebung aus dem Jahr 1919 war jedoch gewachsen. Käthe Leichters Forderung nach dem Kampf um eine erweiterte Sozialgesetzgebung fiel auf unfruchtbaren Boden: „Der Schutz der weiblichen Arbeitskraft, wie er vor dem Krieg gefordert, nach dem Umsturz verwirklicht wurde, entspricht nicht mehr den Anforderungen, die der hochentwickelte, rationalisierte Kapitalismus der Gegenwart an die weibliche Arbeitskraft stellt. Die Schutzgesetzgebung von 1919 hat Jahrzehntelang erhobene Forderungen erfüllt – neue sind inzwischen entstanden, für deren Durchsetzung wir kämpfen müssen. . . . Frauen, die beim Lastenträgen und bei schweren Maschinen, bei Arbeit, die ihren Organismus zerstört, zu halbem Lohn den Mann verdrängen, aber in zahllosen Gewerben und Berufen, die leichter sind und ihren Fähigkeiten entsprechen, von der gelernten Arbeit, vom Aufstieg ausgeschlossen sind – das bekämpfen wir! Mit der Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, nach Zulassung der Frau zu allen Berufen und Verwendungen, mit der Forderung nach mehr Arbeiterinnenschutz!“ (Vgl. Leichter, 1930, S. 15.)

Die Sozialdemokratie formulierte 1926 im Linzer Programm neuerlich die Forderung nach der Gleichberechtigung der Frau:

„Die Sozialdemokratie bekämpft die Vorurteile, die sich der Gleichberechtigung der Frauen entgegenstellen. Sie fordert auch für die Frauen volle Möglichkeit der Entfaltung der Persönlichkeit. Sie fordert höhere Würdigung der gesellschaftlichen Funktion der Frau als Mutter und als Hausfrau und Schutz gegen die Überbürdung der Frauen durch die doppelte Arbeit im Erwerb und im Haushalt. Daher fordert die Sozialdemokratie:

Aufhebung aller Gesetze, durch die die Frauen rechtlich benachteiligt werden. Gleichberechtigung der Frauen im öffentlichen Dienst. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter im öffentlichen Erziehungswesen. Verbot der Frauenarbeit in allen dem weiblichen Organismus besonders schädlichen Berufen; freier Zutritt der Frauen zu allen anderen Berufen und zu allen Verwendungen innerhalb der Berufe; gleiche Möglichkeit der beruflichen Ausbildung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Erleichterungen der Haushaltarbeit durch zweckdienliche Einrichtungen im Rahmen des gemeinnützigen Wohnungsbaues. Erleichterungen der Arbeitslast der Mütter durch Errichtung öffentlicher Tagesheimstätten für schulpflichtige, vorschulpflichtige und Krippenkinder. Rechtliche Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.“ (Vgl. Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme, Wien, 1971, S. 60.)

Darüber hinaus zur Frage der Geburtenregelung: „Errichtung öffentlicher Beratungsstellen zur Belehrung über die Verwendung gesundheitsunschädlicher Mittel zur Verhütung der Empfängnis; Beistellung solcher Mittel durch die Krankenkassen. Die Unterbre-

chung der Schwangerschaft ist nicht durch Strafandrohung, sondern durch Beratung und soziale Fürsorge zu bekämpfen.“

Im Jänner 1929 wurde im Bund der freien Gewerkschaften eine Frauensektion gegründet. Zu den Aufgaben der Frauensektion gehörten Frauenwerbeaktionen, Schulung der Funktionärinnen und vor allem die Durchsetzung der prinzipiellen Forderung, die Frauenlöhne anzugleichen. Bis zur Schaffung der Frauensektion hatte es in drei Gewerkschaften Frauenkomitees zur leichteren Erfassung der Frauen gegeben, 1930 gab es bereits 17, und zwar in den Verbänden der Buchbinder, der chemischen Arbeiter, des freien Gewerkschaftsverbandes, der Friseure, der Holzarbeiter, der Hutarbeiter, der Industrieangestellten, der öffentlichen Angestellten, der Schneider, der Schuharbeiter, des Senefelderbundes, der Textilarbeiter, der Technischen Union, der Unternehmungsangestellten und der Versicherungsangestellten. (Vgl. *Handbuch der Frauenarbeit, 1930, S. 582 f.*)

Im Parteiprogramm der Wiener Christlichsozialen von 1919 finden sich folgende „Forderungen der Frauen“: „... Sie verlangt daher, daß die den Frauen gesetzlich zustehende Gleichberechtigung mit den Männern in den öffentlichen Körperschaften und Ämtern tatsächlich durchgeführt werde. Bei der Reform des Zivil- und Strafrechtes soll der veränderten Stellung der Frau Rechnung getragen werden.“

Eine der Hauptforderungen war die Erhaltung und Wahrung der Familie als „Keimzelle des Staates“. Dementsprechend wurden staatliche Zusüsse für besonders kinderreiche Familien gefordert und der Kampf gegen künstliche Geburteneinschränkung: „Die künstliche Beschränkung der Geburten ist zu bekämpfen, die öffentliche Anpreisung empfängnisverhindernder Mittel strengstens zu bestrafen.“

Daß der Schwerpunkt der Forderungen auf der Wahrung der traditionellen Familie lag, kommt auch in folgender Forderung zum Ausdruck: „Die Mädchen sollen in den Schulen hauswirtschaftlichen Unterricht erhalten, überdies sind obligatorische Fortbildungsschulen für Mädchen mit einem Lehrplan, der den späteren Beruf als Frau und Mutter besonders berücksichtigt, sowie besondere Hausgehilfenschulen zu schaffen. Dem übermäßigen Eindringen der Frauen in die kaufmännischen Berufe ist durch Neuregelung des kaufmännischen Fortbildungsschulwesens und energische Bekämpfung der kurzfristigen Maschinenschreib- und Stenographiekurse entgegenzuwirken. Die Unterrichtsanstalten, die der Heranbildung zu sozialen Frauenberufen dienen, sollen gefördert werden.“

Zur Vermeidung der Konkurrenz zwischen Männer- und Frauenarbeit wird folgende Forderung aufgestellt: „Den Frauen sollen durch Einrichtung einer modernen Berufsberatung, Ausbau der Arbeitsvermittlung und Schaffung neuer Frauenindustrien ausreichende Erwerbsmöglichkeiten erschlossen werden. Durch richtige Wertung und Entlohnung der Frauenarbeit soll einer schädlichen Konkurrenz zwischen Männer- und Frauenarbeit begegnet werden.“ (Zitiert nach Berchtold, 1967, S. 370 f.)

Der Mitgliederanteil der Frauen an den christlichen Gewerkschaften betrug 1928 32,8%. (Vgl. *Handbuch der Frauenarbeit, 1930, S. 585.*) Die christlichen

Gewerkschaften vertraten den Standpunkt, daß ganz besonders die Fabrikarbeit der verheirateten Frau auszuschalten sei. Ausnahmen sollten nur für alleinstehende Frauen bzw. für Ernährerinnen gelten. Dieses Ziel sollte erreicht werden durch entsprechende Erhöhung der Arbeitslöhne bzw. die Gewährung von Frauen- und Kinderzulagen.

Im „Linzer Programm“ der christlichen Arbeiter Österreichs aus dem Jahr 1923 wird überhaupt die Überleitung der Frauenarbeit in die Hauswirtschaft und die Erziehungs-, Pflege- und Fürsorgeberufe gefordert, außerdem die Befreiung der verheirateten Frau von der Erwerbsarbeit und Verbot der Frauenarbeit in gesundheitsschädlichen Betrieben. (Vgl. Berchtold, S. 373.)

1926, wenige Wochen nachdem von der Sozialdemokratischen Partei das „Linzer Programm“ beschlossen worden war, wurde auch das Parteiprogramm der Christlichsozialen Partei beschlossen. Die „Frauenforderungen“, die hier enthalten sind, beziehen sich im wesentlichen auf die Funktion der Frau als Ehefrau und Mutter; es wird hier das Festhalten am katholischen Eherecht für Katholiken und der Schutz des keimenden Lebens gefordert, ebenso der besondere sittliche und rechtliche Schutz der Frau. (Vgl. a. a. O. S. 375.)

Bis zum Jahr 1930 wurden von den Sozialdemokratinen im Parlament eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen gefordert und zum Teil auch erreicht: Große Errungenschaften – die auf Anträge von sozialdemokratischen Frauen im Parlament zurückgingen – waren das Hausgehilfengesetz, ein Hebammengesetz und der Ausbau der Mutterschaftsfürsorge in der Krankenversicherung.

Eine wichtige Forderung betraf die Reform des Familienrechts. Sie scheiterte allerdings am Widerstand der anderen Parteien. Die Forderung nach einer Liberalisierung der Strafbestimmungen über den Schwangerschaftsabbruch wurde durch den Strafgesetzentwurf 1927 und die im Strafrechtsausschuß vorgenommene Ergänzung (Aufnahme einer medizinischen Indikation, ähnlich dem damaligen § 218 des deutschen Strafgesetzes) zumindest teilweise erfüllt. Der Entwurf sowie ein Antrag der Abgeordneten Popp, Proft und Genossen auf Einführung weiterer Indikationen wurde jedoch bis zur Auflösung des Nationalrates nicht mehr zu Ende behandelt. (Vgl. *Handbuch ... S. 646.*)

Durch weibliche Abgeordnete der bürgerlichen Parteien kam das Gesetz über den Schutz des Unterhaltsanspruches und das Alkoholverbotsgesetz für Jugendliche zustande.

Nach dem Jahr 1934 bestanden in Österreich nur noch die in die Christlichsoziale Partei integrierten oder ihnen nahestehenden Frauenorganisationen, wie z. B. die 1906 gegründete „Katholische Reichsfrauenorganisation“ mit ihren Subvereinen (Verband Christlicher Hausgehilfinnen usw.) und der „Bund österreichischer Frauenvereine“.

1.4 1938–1945 Frauenorganisationen unter nationalsozialistischer Herrschaft

Wurde den Frauen schon während der Zeit des Ständestaates Partnerschaft in der Familie und

Mitspracherecht im öffentlichen Leben weitgehend verweigert, so reduzierte der Nationalsozialismus die Frauen auf die Gebärfunktion. Das Parteiprogramm der NSDAP sah die Abschaffung des weiblichen Stimmrechts vor.

„... Die deutsche Mutter! Nirgendwo fällt der Frau und Mutter diese Bedeutung zu als im neuen Deutschland. Sie ist die Wahrerin eines Familienlebens, aus dem die Kräfte sprießen, die unser Volk wieder aufwärts führen sollen. Sie – die deutsche Mutter – ist die alleinige Trägerin deutschen Volksgedankens.“ (Angriff, zitiert nach Reich, 1971, S. 79.)

Dieser Mutterkult stand im Widerspruch zur großen Zahl von Frauen und Mädchen, die im Produktionsprozeß (zu übelsten Bedingungen) beschäftigt, ja, von 1939 bis 1945 unersetzlicher Bestandteil der Industrie des Dritten Reiches waren.

Die immer größer werdende Notwendigkeit, Frauen in den Produktionsprozeß wieder einzugliedern, ganz entgegen der herrschenden Mutter- und Frau-Ideologie, zeigt sich am besten daran, daß z. B. 1937 das Arbeitsverbot für Frauen, die Ehestandsdarlehen erhalten hatten, wieder aufgehoben wurde, ein Jahr später der Arbeitsdienst für Mädchen Pflicht wurde und, wieder ein Jahr danach, weitgehend Arbeitsbeschränkungen und Arbeitsschutzbestimmungen für verbotene Frauenberufe aufgehoben wurden. Ganz allgemein zeigt sich auch hier wieder – wie schon zur Zeit des Ersten Weltkrieges –, daß je nach Bedarf der Wirtschaft den familiären oder produktiven Aufgaben der Frau besondere Bedeutung zuerkannt wird.

In Deutschland wurden nach 1933 die zwei größten Frauenorganisationen, der Bund Deutscher Frauenvereine und der Deutsche Akademikerinnenbund, gleichgeschaltet und in die NS-Frauenschaft miteinbezogen; andere Gruppen zogen die Auflösung ihrer Vereine der Gleichschaltung vor. Der „Bund österreichischer Frauenvereine“ wurde 1938 aufgelöst. Im Anschluß daran wurden auch in Österreich die schon von Deutschland her bekannten Frauenorganisationen, wie NS-Frauenschaft, Frauenwerk und BDM usw., installiert.

2 ENTWICKLUNG UND STAND DER FRAUEN-ORGANISATIONEN SEIT 1945

2.1 Frauen in der Gewerkschaft

Im § 5 des Statuts des ÖGB ist festgelegt, daß „zur Besorgung gemeinsamer Angelegenheiten und Aufgaben von Gruppen von Mitgliedern, die sich auf mehrere Gewerkschaften verteilen, Abteilungen errichtet werden können; solche Abteilungen sind insbesondere für Frauen und für Lehrlinge und für Jugendliche zu bilden“.

Die erste Vorsitzende der Frauenabteilung des ÖGB wurde *Wilhelmine Moik*. *Moik* war bereits 1916 hauptamtliche Mitarbeiterin der damaligen Gewerkschaft der Heimarbeiterinnen und der Hausarbeiterinnen gewesen, 1921 war sie in der Gewerkschaftskommission der Freien Gewerkschaften tätig, bis sie 1927 von *Anna Boscheck* ins neugegründete Frauensekretariat berufen wurde.

Den Vorsitz der Frauenabteilung des ÖGB behielt *Wilhelmine Moik* (Abgeordnete zum Nationalrat von 1945–1962) bis zum Jahr 1963. 1963 wurde sie von der Sekretärin der Frauenabteilung, der Nationalrätin *Rosa Weber*, abgelöst. 1967, nach dem tragischen Tod von *Rosa Weber*, übernahm die Abgeordnete zum Nationalrat, *Maria Metzker*, den Vorsitz.

In den dem Statut des ÖGB angeschlossenen Arbeitsrichtlinien für die Frauenabteilung sind folgende Aufgaben vorgesehen:

Sicherung und Ausbau des Rechtes auf Arbeit, auf Berufsausbildung, gleiche Aufstiegsmöglichkeiten, gleiche Bezahlung bei gleichwertiger Leistung; Schaffung und Ausbau von Gesetzen zum Schutz der erwerbstätigen Frauen im Hinblick auf ihre weibliche Konstitution sowie zum Schutz der erwerbstätigen Mutter;

Mitwirkung bei der Ausarbeitung und Begutachtung von Gesetzentwürfen;

Förderung von Einrichtungen zur Beaufsichtigung und Betreuung von Kindern erwerbstätiger Frauen sowie Förderung von Einrichtungen zur Erleichterung der Haushaltsführung;

Stärkung der organisatorischen Kraft des Gewerkschaftsbundes durch Werbung unter den berufstätigen Frauen;

Schulung und Heranziehung der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder zur aktiven Mitarbeit;

Vorsorge für eine entsprechende Vertretung der weiblichen Mitglieder in allen Organen der Gewerkschaftsbewegung, der Arbeiterkammern, der Selbstverwaltungskörperschaften der Sozialversicherung, bei den Arbeitsgerichten wie in allen anderen Vertretungskörperschaften der Arbeitnehmer;

Verbindung mit der internationalen gewerkschaftlichen Frauenbewegung.

Die Arbeitsrichtlinien sollen die Tätigkeit der Frauen im ÖGB erleichtern. Das Ziel soll nicht die Abkapselung der Frauen in einen engeren Bereich, sondern die volle Integrierung der Frauen in die gewerkschaftliche Gesamtorganisation sein.

Im Bundesvorstand des ÖGB, der höchsten Körperschaft dieser Organisation, sind von 68 Mitgliedern drei Frauen. In allen 16, dem ÖGB angeschlossenen Fachgewerkschaften sind in den Vorständen Frauen mit Sitz und Stimme vertreten. In zwei Gewerkschaften fungieren weibliche Vorsitzenden-Stellvertreter. Der Anteil der Frauen an den Mandaten in den Gewerkschaftsvorständen beträgt durchschnittlich 10%; je nach dem weiblichen Mitgliederanteil bewegt er sich zwischen 2% und 30%.

Durchschnittlich 15% der gewählten Betriebsräte sind Frauen (zum Vergleich: 1947 waren es 8%). Unter ihnen befinden sich eine Anzahl weiblicher Betriebsratsobmänner, auch solche, die in Großbetrieben tätig sind. Weibliche Betriebsratsobmänner gibt es nicht nur in Frauenbetrieben, sondern auch in gemischten Betrieben.

Frauen haben theoretisch die gleichen Funktionen auszuüben wie Männer. In der Praxis zeigt sich jedoch, daß Frauen oft weniger geneigt sind, Betriebsratsfunktionen zu übernehmen. Offenbar wirkt sich auch hier die Doppelbelastung der Frauen aus. Die Gewerkschaftsvorstände setzen sich zum überwiegenden Teil aus Betriebsratsobmännern der wichtigsten Betriebe

zusammen. Der Anteil der Frauen an Betriebsratsfunktionen ist daher bestimend auch für die Vertretung in den Gewerkschaftsfunktionen.

In den Leitungskörperschaften des ÖGB in den Bundesländern, den Landessexekutiven, sind ebenfalls Frauen vertreten. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Mitglieder der Landessexekutiven beträgt zwischen 5% bis 10%.

1946 bestanden bei den öffentlich Angestellten, den Bau- und Holzarbeitern, den Metallarbeitern, den Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeitern bereits Frauenreferate. Die Frauen waren auch in jenen Gewerkschaften tätig, in denen es keine Frauenreferate gab.

Ende Dezember 1947 waren in Österreich 1.238.088 Arbeiter und Angestellte, davon 328.419 Frauen, im Gewerkschaftsbund organisiert. Das kommt einem Prozentanteil von 26,8 gleich. Gegenüber Dezember 1946 war die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen um 100.422 (2,1%) gestiegen.

Der Anteil der Frauen war am größten in der Gewerkschaft der Arbeiter für persönliche Dienstleistungen mit 75,1%, dann folgte die Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter mit 63,9% und die Gewerkschaft der Arbeitnehmer im Hotel- und Gastgewerbe mit 58,4%. Mehr als ein Drittel der Organisierten zählten die Frauen in der Gewerkschaft der Privatangestellten und der graphischen Arbeiter, während in den Gewerkschaften der öffentlich Bediensteten, der Gemeindebediensteten, der Lebensmittel- und Genußmittelarbeiter und in der Gewerkschaft Kunst und freie Berufe der Frauenanteil nahezu ein Drittel betrug. In der Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbediensteten betrug der Frauenanteil 26,5%, in der chemischen Industrie 24,7% und in der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter 20,8%.

Ende 1973 waren im ÖGB 1.559.513 Mitglieder organisiert, davon waren 434.515 oder 27,9% Frauen. Der Frauenanteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten betrug 38%. Der größte Frauenanteil war auch 1973 in der Gewerkschaft persönlicher Dienst mit 91,6% festzustellen, dann folgten die Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter mit 65,8%, die Gewerkschaft der gastgewerblichen Arbeitnehmer mit 58,2%, die Gewerkschaft der Privatangestellten mit 41,9%, die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten mit 40,1%, die Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten mit 34,5%, die Gewerkschaft der Lebens- und Genußmittelarbeiter mit 32,7%, die Gewerkschaft für Handel, Transport und Verkehr mit 31,1%, die Gewerkschaft Kunst und freie Berufe mit 31,0%, die Gewerkschaft Druck und Papier mit 26,7%, die Gewerkschaft der Chemiearbeiter mit 23,7%, die Gewerkschaft Post- und Telegraphenbedienstete mit 20,3%, die Gewerkschaft Land- und Forstarbeiter mit 17,6%, die Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter mit 16,7%, die der Eisenbahner mit 5,4% und die Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter mit 3,6%. Frauenabteilungen gibt es in der Gewerkschaft der Privatangestellten, in der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten, in der Gewerkschaft Kunst und freie Berufe und in den Gewerkschaften der Bau- und Holzarbeiter, Chemiearbeiter, Metall- und Bergarbeiter sowie in der Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter. Frauenausschüsse bestehen

in den Gewerkschaften der Post- und Telegraphenbediensteten, der Gemeindebediensteten, der Lebens- und Genußmittelarbeiter und in der Gewerkschaft Druck und Papier. In den Gewerkschaften, in denen keine Frauenabteilungen bzw. Frauenausschüsse bestehen, arbeiten Frauen in der Gesamtorganisation mit.

Die Frauenabteilung und Frauenausschüsse in den Gewerkschaften befassen sich besonders mit Werbe-, Schulungs- und Aufklärungsarbeit unter den Frauen sowie mit arbeitsrechtlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen und allgemein gewerkschaftlichen Problemen. Es wird sehr umfangreiche Organisationsarbeit geleistet: Sitzungen, Konferenzen, Internatskurse und Wochenendkurse werden in großer Zahl durchgeführt. Arbeitsrechtliche, familien- und sozialpolitische Forderungen stehen an der Spitze der Forderungen der Frauen in der Gewerkschaft. Mit Hilfe der Gesamtorganisation konnten sehr wesentliche Erfolge erzielt werden: Bis zum Jahr 1959 war ein Mutterschutzgesetz erreicht worden, der Anspruch für Mütter auf Karenzurlaub mit der Sicherung des Arbeitsplatzes, Novellierungen zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, die Novellierung der Hausbesorgerordnung, ein Ladenschlußgesetz, um nur einiges zu nennen. 1963 konnte u. a. auf ein neues Krankenpflegegesetz, ein neues Hausehilfen- und Hausangestelltengesetz, die Einführung des 9. Schuljahres, Verbesserungen in Fragen der sozialen Sicherheit, der Arbeitsschutzgesetzgebung, Verbesserung der Mütterbeihilfen und Verbesserungen in der Pensionsversicherung als erfüllte Forderungen verwiesen werden. Außerdem konnten Forderungen bezüglich der Arbeitszeitverkürzung, des Ausbaus der öffentlichen Kindergärten, Heimschulen und Horte, des Konsumentenschutzes, der Strahlenschutzgesetzgebung, des Mindesturlaubes durchgesetzt werden. Auch die Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit konnte in den Kollektivverträgen so gut wie gelöst werden. Dennoch blieb ein Lohngefälle zuungunsten der Frauen, da sich Frauen nach wie vor vorwiegend in den unteren Verwendungsgruppen der Lohnordnungen befinden (vgl. das Kapitel „Die Frau im Beruf“).

2.2 Die Frauen in der SPÖ

1945 hatte die SPÖ insgesamt rund 358.000 Mitglieder, davon 127.000 Frauen, das entspricht einem Prozentanteil von 35,5%. Bis 1974 erhöhte sich die Mitgliederzahl insgesamt auf rund 698.000. Davon sind zirka 236.800 oder 33,9% Frauen. Rund 18% der aktiven Funktionäre der SPÖ sind Frauen.

Die erste Vorsitzende der Sozialistischen Frauen Österreichs nach 1945 war *Gabriele Proft*. Sie wurde 1959 von *Rosa Jochmann* abgelöst. *Rosa Jochmann* amtierte bis zum Jahr 1967, sie wurde abgelöst von der jetzigen Vorsitzenden *Dr. Hertha Firnberg*.

Ein autonomer politischer Wirkungskreis für die „besondere Arbeit unter den Frauen“ ist im Programm und Statut der Sozialistischen Partei Österreichs, beschlossen auf dem Parteitag 1954 und auf den Parteitagen der Jahre 1956 bis 1967 abgeändert, gegeben:

1. Für die besondere Arbeit unter den Frauen werden ein Bundes-Frauenkomitee, Landes-Frauenkomitees, Bezirks-Frauenkomitees und Orts-Frauenkomitees (Sektions-Frauenkomitees) gewählt, die im Einvernehmen mit den zuständigen Parteiorganisationen zu wirken haben.

2. Unmittelbar vor dem ordentlichen Parteitag findet die Bundes-Frauenkonferenz statt. Sie wählt das Bundes-Frauenkomitee. Die Bundes-Frauenkonferenz berät die Richtlinien für die besondere Arbeit unter den Frauen. Diese Richtlinien sind dem Bundesparteitag zur Beschußfassung vorzulegen.

Zur Teilnahme sind berechtigt:

- a) die Delegierten der Bezirksorganisationen aus dem Kreise der weiblichen Parteimitglieder....
- b) je drei Delegierte der Landes-Frauenkomitees;
- c) die Mitglieder des Bundes-Frauenkomitees und dessen Sekretärin;
- d) zwei weibliche Delegierte des Klubs der Sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte;
- e) die Chefredakteurin und die Sekretärin der Wochenzeitung „Die Frau“;
- f) fünfundzwanzig Delegierte als Vertreterinnen der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter im ÖGB;
- g) als Gastdelegierte mit beratender Stimme die Landes-Frauensekretärinnen, sofern sie nicht ordentliche Delegierte sind.

3. Das von der Bundes-Frauenkonferenz gewählte Bundes-Frauenkomitee besteht aus höchstens 25 Mitgliedern. Im Bundes-Frauenkomitee müssen alle Landesorganisationen vertreten sein, wobei auf die Mitgliedszahl (Abs. 2 lit. a) Bedacht zu nehmen ist.

4. Die Wahl ist gemäß der Bestimmung des § 42 vorzunehmen und dem Bundesparteitag zur Bestätigung vorzulegen. Das Bundes-Frauenkomitee hat in stetem Einvernehmen mit dem Bundesparteivorstand zu wirken. Das Sekretariat des Bundes-Frauenkomitees ist dem Zentralsekretariat angegliedert.

Das Organ der Sozialistischen Frauen, die Wochenzeitung „Die Frau“, besteht seit dem Jahr 1923, bis 1945 hatte es den Titel „Die Unzufriedene“. Im Jahr 1957 erreichte sie mit 190.000 Stück die höchste Auflage. Die internationalen sozialistischen Frauentage, die in den verschiedenen Epochen der sozialistischen Frauenbewegung eine große Rolle gespielt hatten, wurden nach 1945 vor allem in den Dienst des Kampfes um Frieden und Freiheit gestellt. Bis 1960 wurden zentrale Abschlußkundgebungen zum Frauentag in allen Bundesländern abgehalten, danach wurde der Frauentag in Form von Bezirkstreffen abgehalten, denen oft eine Ehrung verdienter Mitarbeiterinnen angeschlossen wurde und wird.

Neben den durch das Statut vorgeschriebenen Konferenzen werden zahlreiche Schulungen und Veranstaltungen zu politischen und organisatorischen Themen durchgeführt. Besondere Bedeutung kommt auch den Enquêtes des Bundesfrauenkomitees, die sich vorwiegend mit sozialpolitischen Themen auseinandersetzen, zu (z. B. „Familienpolitik und Familienplanung“, „Der Familie helfen“, „Im Mittelpunkt das Kind“, „Die Alleinstehende“).

Das im Oktober 1947 in Wien beschlossene Aktionsprogramm der Sozialistischen Partei Österreichs enthielt zur Stellung der Frau folgende Forderungen:

„Volle Gleichberechtigung für Mann und Frau, gleicher Lohn für gleiche Leistung, Recht der Frau auf Arbeit, Schutz der Familie. Volle Würdigung der Frau als Mutter und Hausfrau. Anerkennung der Mutterschaft als soziale Leistung, Beiträge der öffentlichen Körperschaften zu einer obligatorischen Mutterschaftsversicherung. Rechtliche Gleichstellung des unehelichen Kindes mit dem ehelichen. Erleichterung der Haushaltarbeit durch zweckdienliche technische Einrichtungen. Die Sozialistische Partei sieht in schrankenloser Schwangerschaftsunterbrechung die schwerste Gesundheitsgefährdung für die Frau. Es sind öffentliche Stellen für Ehe- und Lebensberatung zu errichten. Die Unterbrechung der Schwangerschaft wird nicht durch Strafdrohung, sondern durch Beratung und soziale Fürsorge bekämpft werden.“

Elf Jahre später wird in dem von einem außerordentlichen Parteitag beschlossenen „Neuen Programm der SPÖ“ (14. Mai 1958) zur Frauenfrage folgendes festgestellt: „Die Forderung nach der Gleichberechtigung der Geschlechter gehört zu den Grundsätzen des Sozialismus. Die SPÖ erkennt das gleiche Recht für Mann und Frau auf gleiche Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten und auf gleichen Lohn für gleiche Leistung an.“

Sie erkennt die wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit der Berufsarbeit der Frauen an. Sie fordert die gesellschaftliche Anerkennung der Hausfrauenarbeit,

sie wertet die Mutterschaft als soziale Leistung. Daher verlangt sie sowohl eine Hausfrauen- als auch eine

Mutterschaftsversicherung. Mütter von Kleinkindern sollen nicht aus finanziellen Gründen gezwungen

sein, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Heimhilfe und

Familienurlaub sollen die Doppelbelastung als Hausfrau und Mutter erleichtern.

Nach Herstellung der völligen rechtlichen Gleichstellung der Frau ist ihre wirtschaftliche und soziale Gleichstellung noch nicht erreicht. Die SPÖ erkennt das Recht der Frau auf volle Entfaltung ihrer Persönlichkeit an und fordert daher Einrichtungen, die ihr die Erfüllung der vermehrten Pflichten ohne Überlastung ermöglichen.“

Auch im SPÖ-„Programm für Österreich“ aus dem Jahr 1966 findet sich die Forderung nach Anpassung des Familienrechtes an die verfassungsmäßig gewährleistete Gleichheit aller Staatsbürger, ebenso die Forderung nach Durchsetzung des Grundsatzes des gleichen Entgeltes für Mann und Frau bei gleichwertiger Arbeit.

Das 1969 beschlossene Justizprogramm der SPÖ für 1970-1974 enthält detaillierte Vorstellungen zur Familienrechtsreform sowie einen Vorschlag zur Änderung der Strafbestimmungen über den Schwangerschaftsabbruch.

Im Mittelpunkt der politischen Bestrebungen der sozialistischen Frauen standen immer wieder Fragen der Stellung der Frau in der Gesellschaft, der Familienpolitik, der Gesundheits- und der Konsumtenpolitik. Zahlreiche Initiativen betrafen die Einführung und Verbesserung von Leistungen des Familienlastenausgleiches (Familienbeihilfe, Geburtenbeihilfe im Zusammenhang mit dem Mutter-Kind-Paß, Schulfreifahrten, unentgeltliche Schulbücher); die Verbesserung von Mutterschutz und Karenzurlaub sowie Maßnahmen auf dem Gebiet des Erziehungswesens

(Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschule). Außerdem traten die sozialistischen Frauen mit Erfolg für die Beseitigung der Benachteiligung der Frau im Einkommensteuerrecht ein und dafür, familienpolitische Leistungen des Staates so zu gestalten, daß sie möglichst jedem Kind bzw. jeder Familie in gleichem Maß zugute kommen. Wiederholt wurde die Erhöhung der Witwenpension von 50% auf 60% der Pension des Versicherten gefordert. Die Bemühungen um eine Reform der Strafbestimmungen über den Schwangerschaftsabbruch fanden ihren Niederschlag in der im Strafgesetzbuch 1974 getroffenen Neuregelung. Die Forderung nach Ehe- bzw. Lebensberatung zur Vermeidung unerwünschter Schwangerschaften wurde durch das Bundesgesetz über die Förderung der Familienberatung und die damit zusammenhängenden Initiativen erfüllt. Ebenso führten die bis in die Erste Republik zurückreichenden Bestrebungen zur Reform des Familienrechts insofern zum Erfolg, als die rechtliche Diskriminierung des unehelichen Kindes bereits im Jahr 1970 beseitigt werden konnte und Regierungsvorlagen, die persönlichen Rechtswirkungen der Ehe, die Rechtsstellung des ehelichen Kindes und das eheliche Güterrecht betreffend, vorliegen und im Nationalrat beraten werden. Auch die vor kurzem abgeschlossene Reform des Lebensmittelrechtes ist wesentlich auf Initiativen der SPÖ-Frauenorganisationen zurückzuführen.

2.3 Die Frauen in der Österreichischen Volkspartei

Die „Österreichische Frauenbewegung“, die Frauenorganisation der ÖVP, wurde im Jahr 1945 gegründet und zu Beginn von der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Nadine Paunovic geleitet. Ihre Nachfolge trat 1950 die Nationalrätin Lola Solar an, die 1969 von der Bundesrätin Edda Egger abgelöst wurde. Zu Beginn des Bestehens der ÖFB lag der Schwerpunkt der Arbeit auf karitativem und kulturellem Gebiet. Erst später wurde der Aufgabenbereich auf politische Arbeit ausgedehnt.

Diese Schwerpunktverlagerung entspricht der Akzentuierung in der Gesamtpartei. Während die ersten programmaticen Äußerungen der ÖVP nach 1945 keine Stellungnahme zur Frauenfrage enthielten, wird im Grundsatzprogramm der Österreichischen Volkspartei „Was wir wollen“ von 1958 auf die Berufstätigkeit der Frau Bezug genommen: „Durch materielle Besserstellung soll der Zwang zur außerhäuslichen Berufstätigkeit der Mütter beseitigt werden.“ (Vgl. Berchtold S. 389.) Auch im „Klagenfurter Manifest“ 1965 findet sich im wesentlichen ein Bekenntnis zur „gesunden Familie als Keimzelle der Gesellschaft“; ein weiterer Ausbau des Familienlastenausgleichs wird befürwortet, „durch den vielen Kindern die Mutter zurückgegeben würde“. Der Schwerpunkt der ÖVP liegt auf familienpolitischen Forderungen: „Die Familienpolitik der Österreichischen Volkspartei schließt die Sorge für die berufstätigen Frauen und Mütter ein, die am Gedeihen der Volkswirtschaft wesentlich beteiligt sind.“ (a. a. O. S. 401.) Ein Bekenntnis zur Gleichberechtigung von Mann und Frau ist im „Salzburger Programm der Österreichischen Volkspartei“ 1972 enthalten: „Die ÖVP bekennt

sich zu einer partnerschaftlichen Beziehung der Geschlechter zueinander. Diese erfordert eine neue Auffassung von der Rolle des Mannes und der Frau in der Familie, in den Bereichen der Kultur und Bildung, der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens.“ Gleiche Bildungs-, Berufs- und Aufstiegschancen, ebenso wie die Gewährleistung von gleicher Entlohnung bei gleicher Leistung werden gefordert, die Anerkennung der Frau als Hausfrau und Mutter ebenso wie die berufstätige Frau: „Die Dienste der Gesellschaft müssen so gestaltet sein, daß es der Frau mit Familienpflichten möglich ist, frei zu entscheiden, ob sie berufstätig sein will oder nicht.“ (Vgl. *Salzburger Programm*, S. 28 f.)

Im politischen Programm der Österreichischen Frauenbewegung sind folgende zusätzliche Punkte enthalten: „Die Österreichische Frauenbewegung kämpft für gesunde geordnete Familien, für ihre materielle Sicherung und ideelle Anerkennung in der Öffentlichkeit. Gesunde und familiengerechte Wohnungen, alle Möglichkeiten zur Eigentumsbildung, Existenzsicherung sind ebenso notwendig wie Schaffung einer geistig-seelisch gesunden Atmosphäre, um der heranwachsenden Jugend in solchen Familien jenen Hort zu geben, in dem sie zu gefestigten, charakterstarken, sauberen, arbeitsfrohen und verantwortungsbewußten Persönlichkeiten heranreifen können. Der Überlastung der Mutter soll – soweit ein Erwerbsberuf für sie unvermeidlich ist – durch Schaffung von Halbtagsbeschäftigungen abgeholfen werden sowie alle Hausfrauen bei der Technisierung und Modernisierung des Haushaltes durch wirtschaftliche und finanzielle Aktionen unterstützt werden.“

Die Österreichische Frauenbewegung kämpft für die Rechte der Frau auf allen Gebieten, da vielen Frauen heute immer noch – trotz der in der Verfassung festgelegten Gleichheit der Rechte der Geschlechter – manche Rechte in der Praxis vorenthalten werden: sei es bei der Erlangung von Anstellungen, gleichen Löhnen wie männliche Arbeitnehmer, Besetzung von gehobenen Posten, insbesondere auch im Staatsdienst und in der Verwaltung, sei es bei Mandaten und Funktionen von gesetzgebenden Körperschaften oder öffentlich-rechtlichen Organisationen. Da der Frau heute theoretisch alle Bildungsmöglichkeiten offenstehen, dürfen jene Frauen, die diese Bildungsmöglichkeiten genutzt haben und ihr Wissen und Können nachweisen können, bei gleichen Voraussetzungen nicht bei einer Stellenbewerbung gegenüber männlichen Konkurrenten zurückgestellt werden.

Die Österreichische Frauenbewegung setzt sich auch für eine vernünftige und nutzbringende Verwendung der Freizeit ein. . . Sie soll dem Menschen, und ganz besonders der Frau, Gelegenheit bieten, aus ihr jene Kräfte zu sammeln, die sie befähigen, zum wahren harmonischen und ruhenden Pol in der Familie zu werden, in dem die ihrer Sorge Anvertrauten eine unentbehrliche Heimat finden.“ Die ÖFB wird seit 1972 vom neuen Parteistatut als gleichberechtigte Teilorganisation der ÖVP anerkannt. Ihren Vertretern in den Parteigremien kommt somit grundsätzlich die gleiche Funktion zu wie den Vertretern der anderen Teilorganisationen, nämlich Mitwirkung bei der allgemeinen politischen Arbeit der Partei. Die Frauenbewegung, die derzeit in ganz Österreich rund

70.000 Mitglieder hat, vertritt und betreut darüber hinaus alle in der ÖVP organisierten Frauen in allgemein-politischer Hinsicht.

Als Aufgaben und Ziele sind im Statut der ÖFB folgende festgelegt:

- Aktivierung des politischen Interesses der österreichischen Frau.
- Vertretung der politischen Interessen und Forderungen der ÖFB in der Öffentlichkeit.
- Vertretung der politischen und organisatorischen Interessen und Forderungen der ÖFB in allen Gremien der Partei.
- Mitwirkung an Meinungsbildung und Entscheidungsprozessen in der Öffentlichkeit und innerhalb der Partei, insbesondere bei der Kandidatenaufstellung.
- Koordination der allgemein-politischen Tätigkeit aller Frauengruppen der Teilorganisationen der ÖVP.
- Politische Schulung und Bildung der Mitglieder, Funktionärinnen und Mandatarinnen der ÖFB.
- Verbindung mit überparteilichen Frauenorganisationen des Inlandes und mit Frauenorganisationen gesinnungsverwandter Parteien des Auslandes.

(*Bundesorganstatut der ÖFB der ÖVP*, S. 8.)

Auf der letzten Arbeitstagung der ÖFB Ende 1974 bezeichnete Bundesrätin *Edda Egger* als die wichtigsten Anliegen der Frauenbewegung:

- Bessere Bildung und Ausbildung;
- mehr soziale Sicherheit, besonders bei sozialen Leistungen wie: Obsorge für Kinder, Behinderte, Kranke und Alte, aber auch Hebung des Bewußtseins der sozialen Verpflichtung jedes Menschen;
- bessere Bedingungen für die Berufstätigkeit der Frau;
- optimale Lösung der Jugend-, Hilfsbedürftigen- und Altenprobleme;
- Intensivierung der menschlichen Betreuung durch Neubewertung der Sozial-, Erzieher- und Dienstleistungsberufe;
- Stärkung der Familie sowie der Möglichkeit, „familiengerechte“ Berufe zu ergreifen;
- Neudurchdenkung des Systems der Sozialleistungen: Gesundheitsvorsorge, Finanzierung der Krankenbehandlung und bestmögliche Wiederherstellung in gleicher Weise und für alle. Beseitigung der Ungerechtigkeiten in der Altersversorgung.

(*„Die Frau in Wien“, Mitteilungsblatt der ÖFB Wien Dezember 1974*, S. 18.)

Territoriale Organisationsbereiche der ÖFB sind die Bundesorganisation für das gesamte Bundesgebiet, die Landesorganisation im Bereich des jeweiligen Bundeslandes, die Bezirksorganisation in jedem politischen Bezirk, in Wien in jedem Gemeindebezirk und die Gemeindeorganisation („Ortsgruppe“) in jeder Gemeinde. Die Organe der territorialen Organisationsbereiche sind für die Bundesorganisation der Bundestag, die Bundesleitung und der Bundesvorstand; für die Landesorganisationen der Landestag, die Landesleitung und der Landesvorstand; für die Bezirksorganisationen der Bezirkstag und die Bezirksleitung; für die Gemeindeorganisationen der Gemeindetag und die Gemeindeleitung. Die Funktionsperiode

de aller ÖFB-Organe beträgt drei Jahre. Beschlüsse von Bundespartei- und Landesparteiorganen bzw. Anordnungen des Bundesparteiobmannes oder der Landesparteiobmänner, die die Arbeit und Organisation der ÖFB berühren, sind für Organe und Funktionärinnen der ÖFB bindend.

2.4 Die Frauen in der FPÖ

Weder im Programm des Verbandes der Unabhängigen, 1949, noch im „Ausseer Programm“ des VdU, 1954, noch im Kurzprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs aus dem Jahr 1955 finden sich Forderungen, die sich auf spezifische Frauenprobleme beziehen, wenn man von der in allen drei Programmen wiederkehrenden Forderung, junge Ehen und kinderreiche Familien zu fördern, absieht.

Erst in den „Richtlinien freiheitlicher Politik in Österreich“, dem FPÖ-Programm, das 1957 auf dem 2. Bundesparteitag in Klagenfurt beschlossen worden ist, ist ein ausführlicher Passus zur Stellung der Frau in der Gesellschaft enthalten. Es wird vor allem gefordert, daß es der Frau freistehen soll, sich für die Arbeit im Haushalt oder berufliche Tätigkeit zu entscheiden und daß die Erfüllung der familiären Aufgaben nicht notwendigerweise eine wirtschaftliche Benachteiligung der Familie zur Folge haben soll. „Wir treten für die Gleichberechtigung der Frau in beruflicher und allgemein rechtlicher Hinsicht ein, wobei wir jedoch das Gewicht nicht auf eine rein formelle Gleichmacherei, sondern auf einen vollen Ausgleich der gegenseitigen Rechtsansprüche unter Berücksichtigung des Unterschiedes der Geschlechter legen.“ (Berchtold, S. 500.)

Die Frauen in der FPÖ sind in einem Frauenreferat organisiert, das zunächst Frau Dr. *Dora Jelinek* leitete, seit 1974 Frau *Dorothea Stich*. Das Frauenreferat ist eine Untergliederung der Partei wie das Arbeitnehmerreferat oder das Agrarreferat. Eine wichtige Forderung des Frauenreferates ist die nach Teilzeitarbeit für Frauen.

2.5 Österreichischer Frauenring

1969 wurde der „Österreichische Frauenring“ gemeinsam von der österreichischen Frauenbewegung der ÖVP-Frauen und dem Bundesfrauenkomitee der SPÖ gegründet. Mitglieder sind neben den beiden genannten Organisationen die Frauenorganisation der FPÖ und der Bund österreichischer Frauenvereine.

Im § 2 der Statuten werden folgende Aufgaben definiert:

- Erfahrungs- und Meinungsaustausch.
- Gemeinsame Aktionen zur Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten des Rechtes und der Gesellschaft.
- Schaffung fachlicher Grundlagen für die Arbeit der Mitgliedsorganisationen.
- Vertrautmachen der Öffentlichkeit und aller öffentlichen Organe mit Problemen und Forderungen der Frauen usw.

2.6 Bund österreichischer Frauenvereine

Der Bund österreichischer Frauenvereine besteht – unterbrochen durch das Verbot von 1938 bis 1945 – seit dem Jahr 1902. In ihm sind 20 Frauenvereine mit insgesamt zirka 10.000 Mitgliedern zusammengeschlossen. Präsidentin ist derzeit Frau *Dr. Hermine Stöckl*. Die Mitgliedsvereine sind zum Teil Zusammenschlüsse freiberuflich tätiger Frauen (z. B. Verband der Akademikerinnen Österreichs, Organisation der Ärztinnen, Vereinigung österreichischer Klubs berufstätiger Frauen, Verband der Musikerinnen, Verband der Schriftstellerinnen), zum Teil allgemeine Frauenvereine (z. B. Verband der Hausfrauen, Arbeitsgemeinschaft der Kleingärtnerinnen) und eher karitativ ausgerichtete Vereinigungen (z. B. Verband Soroptimist International, Zontar). Der Bund ist Mitglied des Internationalen Frauenrates und war mit der Durchführung des 20. Weltkongresses des Internationalen Frauenrates im Sommer 1973 in Wien betraut. Seine Tätigkeit besteht vor allem in der Veranstaltung von Vortragsreihen, Seminaren, Vorträgen und Diskussionen zu kulturellen Themen. Seine vordringlichste Zielsetzung ist das Eintreten für die Gleichberechtigung der Frau. Der Informationsdienst des Bundes österreichischer Frauenvereine erscheint seit 1971 vierteljährlich.

2.7 Bund demokratischer Frauen

Der Bund demokratischer Frauen wurde 1948 gegründet. Es besteht eine Aktionsgemeinschaft mit der KPÖ, die keine eigene Frauenorganisation hat. Der Bund entsendet Mitglieder in das Zentralkomitee der KPÖ und hat auch das Recht, neben diesen Zentralkomiteemitgliedern zu den Parteitagen der KPÖ Delegierte zu entsenden. Er hat rund 10.000 Mitglieder. Die Mitgliedschaft setzt jedoch nicht die Mitgliedschaft zur KPÖ voraus. Seine wichtigsten Zielsetzungen sind die Forderung nach der Gleichberechtigung der Frauen, die politische Mobilisierung der Frauen, die Förderung der Interessen der Familie und der Kinder und die Förderung der internationalen Solidarität. Zu diesem Zwecke beteiligt sich der Bund auch an Solidaritätsaktionen; z. B. für Vietnam und für Chile.

2.8 Katholisches Frauenwerk in Österreich/Katholische Frauenbewegung Österreichs

Die Katholische Frauenbewegung Österreichs umfaßt derzeit rund 150.000 Mitglieder. Die Mitglieder verpflichten sich schriftlich, in der Bewegung mitzuarbeiten. Die Ziele der Katholischen Frauenbewegung sind die Bildung der Frau zu einer christlichen Persönlichkeit und ihr Einsatz in Familie, Beruf und öffentlichem Leben.

Die Frauenbewegung unterhält ein eigenes Referat für Entwicklungshilfe, das die durch den Familienfasttag aufgebrachten – ausschließlich der Entwicklungshilfe gewidmeten – Mittel verwaltet. In einer durch Spenden finanzierten Stipendiatenaktion werden an Studenten aus Entwicklungsländern rund 20 Stipendien zum Studium in Österreich vergeben. Gearbeitet wird vorwiegend in Frauen- und Mütterrunden; in den Pfarren, Dekanaten und Diözesen,

wobei die Verantwortung jeweils einer Leiterin übertragen ist. Diskussionsthemen betreffen in der Regel Rechts- und Sozialfragen. Außerdem werden Schulungen, Seminare und Studientagungen veranstaltet. Die regionale Gliederung setzt sich fort in den Vorständen der Diözesen und schließlich in der Vollversammlung und im Bundesvorstand. Vorsitzende ist seit 1957 Frau *Prof. Herta Pammer*.

Die Katholische Frauenbewegung besitzt in der „Welt der Frau“ eine Monatsschrift mit einer Auflage von rund 75.000 Stück. Für die Tätigkeit der verantwortlichen Mitarbeiterinnen steht ein Führungsblatt zur Verfügung, das viermal im Jahr erscheint.

Die Katholische Frauenbewegung ist in allen Gremien der Katholischen Aktion Österreichs vertreten. Der Vizepräsident der Katholischen Aktion Österreichs ist jeweils eine Frau. Bei allen offiziellen kirchlichen Gremien (Synode, Katholikentag, Vorbereitungskomitee usw.) sind ebenfalls Frauen aus der Katholischen Frauenbewegung aktiv tätig.

3 PRÄSENZ DER FRAUEN IM ÖFFENTLICHEN LEBEN – QUANTITATIVE ERHEBUNG

Eine quantitative Erhebung über die Präsenz der Frauen im öffentlichen Leben ergibt in allen Bereichen eine weitgehende Unterrepräsentanz, gemessen am Verhältnis von Frauen zu Männern in der Bevölkerung (vgl. *Tabellenanhang 1*).

Vergleicht man die Ergebnisse aus einigen wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens, so lassen sich Unterschiede feststellen, deren teilweise Interpretation hier versucht werden soll. Da aber die zahlenmäßige Präsenz der Frauen in den verschiedenen Gremien nicht unbedingt auf ihren Einfluß schließen läßt, ist es notwendig, auch unter diesem Aspekt auf einige wesentliche Momente hinzuweisen.

Frauen sind in den höchsten staatlichen Organen, dem Parlament (hier nur im Bundesrat) und der Bundesregierung, stärker vertreten als in den Gremien der Parteien, aus denen sie stammen. Dies ist atypisch, da sonst in sämtlichen Institutionen die Präsenz der Frauen mit der Höhe der Funktionsebene abnimmt. Nur in zwei Bundesländern, nämlich in Wien und Niederösterreich, stellen die Frauen Mitglieder der Landesregierung, wobei sie in beiden Fällen der SPÖ zugehören.

Interessante Unterschiede lassen sich feststellen, wenn man die durchschnittliche Präsenz der Frauen in den Landtagen (7,1%) einerseits nach Bundesländern, andererseits nach Parteizugehörigkeit aufgegliedert betrachtet.

Innerhalb Österreichs ist ein deutliches Ost-West-Gefälle zu verzeichnen, wobei Wien als Großstadt eine Sonderstellung einnimmt. Sind 19% der Wiener und 9,4% der burgenländischen Abgeordneten weiblichen Geschlechts, so spielen Frauen in Vorarlberg (2,4%) kaum eine Rolle und sind im Tiroler Landtag als einzigen überhaupt nicht vertreten.

Die Chancen der Frauen, von ihrer Partei in den Landtag entsendet zu werden, sind innerhalb der SPÖ doppelt so groß wie in der ÖVP. 11,3% der sozialistischen Landtagsabgeordneten sind Frauen, in der Volkspartei sind es nur 5,5%. Die freiheitlichen

Abgeordneten sind ausschließlich männlichen Geschlechts.

Die Gerichtsbarkeit hat bis vor kurzem auf die Frauen weitgehend verzichtet. In den Höchstgerichten ist es bisher noch keiner Frau gelungen, eine höhere Funktion einzunehmen. In den letzten fünf Jahren ist die Anzahl der weiblichen Richter wesentlich gestiegen. Dies führt dazu, daß derzeit Frauen vorwiegend in den unteren Standesgruppen (Bezirksrichter) zu finden sind.

Die Situation im Unterrichtswesen scheint etwas günstiger zu sein. Doch gerade für diesen Bereich gilt, daß die Frauen zwar die Hauptlast des Unterrichts tragen (60% der Pflichtschullehrer sind Frauen), daß es ihnen aber relativ selten gelingt, leitende Positionen zu erreichen. Nur 13,5% der Direktoren und Schulleiter von Pflichtschulen sind weiblich; von den 177 weiblichen Direktoren an mittleren und höheren Lehranstalten (anteilmäßig 28%) sind mehr als die Hälfte an Lehranstalten für Frauenberufe tätig. Dagegen sind etwa 40% der Lehrer an weiterführenden Schulen weiblichen Geschlechts.

Unter den Präsidenten, amtsführenden Präsidenten und Vizepräsidenten der Landesschulräte gibt es keine Frau; ebenso nicht unter den Amtsdirektoren. Auch die Vorsitzenden der Bezirksschulräte sind nur Männer. Von den Landesschulinspektoren sind rund 10% Frauen, von den Bezirksschulinspektoren knapp 5%. Bei den Fachschulinspektoren beträgt ihr Anteil rund 50%, wobei allerdings die Zahl derer, die für spezifisch weibliche Fächer (z. B. Handarbeiten) oder Anstalten für Frauenberufe verantwortlich sind, beträchtlich ist. Man muß daher auch von einer sehr starken Unterrepräsentanz der Frauen in den oberen Funktionen des Unterrichtswesens sprechen.

In einer Reihe von Institutionen ist die Funktion einer Frauenreferentin statutarisch verankert. Ihre Aufgabe ist häufig auf die Vertretung der Fraueninteressen eingegrenzt. Die Frauenvertreterin, die in den höchsten Gremien wegen der geringen Zahl ihrer Mitglieder prozentuell ins Gewicht fällt, läßt dadurch bei oberflächlicher Betrachtung einen größeren Einfluß der Frauen vermuten, als er tatsächlich gegeben ist.

In keiner der politischen Parteien entspricht der Einfluß der Frauen in den höchsten Gremien auch nur annähernd ihrem Mitgliederanteil. So sind die Frauen in den Bundesparteileitungen nur zwischen 5% (ÖVP) und 12,9% (SPÖ) und in den Landesleitungen zwischen 6,4% (ÖVP) und 12,9% (KPÖ) vertreten. Ein Links-Rechts-Kontinuum, wonach die KPÖ und SPÖ den Frauen eher Aufstieg und Mitbestimmung ermöglichen als die ÖVP und FPÖ, deutet sich an. Jedoch bietet die FPÖ ein sehr widersprüchliches Bild. Eine Interpretation dieser Fakten ist ohne eingehende Untersuchung nicht möglich. In den Landesleitungen der ÖVP ist, mit Ausnahme von Wien, jeweils nur die Vertreterin der Österreichischen Frauenbewegung präsent. Doch auch in den Parteiorganisationen der jüngeren Generation, in denen man eventuell einen höheren Frauenanteil erwarten würde, ist die weibliche Mitbestimmung auf die Funktion der Frauenreferentin beschränkt. Sowohl im Bundesvorstand als auch in den Landesvorständen der „Jungen Generation“

der SPÖ ist jeweils nur eine Frauenvertreterin. In der „Jungen ÖVP“ gibt es jeweils ein weibliches Mitglied im Bundesvorstand und in fünf Landesvorständen; die anderen vier Landesvorstände setzen sich nur aus Männern zusammen.

Im öffentlichen Leben spielen die gesetzlichen Interessenvertretungen eine außerordentlich bedeutsame Rolle. Demgemäß gehört die Präsenz der Frauen in diesen Gremien zum Spiegelbild ihres Einflusses im öffentlichen Leben.

In den Wirtschaftskammern sind die Frauen so gut wie gar nicht vertreten. Das höchste Gremium der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, der Kammertag, ist reine „Männerarbeit“, ebenso wie die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern. In den Länderkammern der gewerblichen Wirtschaft sind von insgesamt 703 Kammerräten nur drei (0,4%) weiblichen Geschlechts, in den Landeslandwirtschaftskammern sind fünf (1,8%) der 278 Kammeräte Frauen.

Bemerkenswert sind auch die Ergebnisse in den Ärztekammern. Obwohl die ärztliche Tätigkeit zu jenen freien Berufen zählte, die den Frauen früh zugänglich waren und die Frauen auch 30% der berufsausübenden Ärzte stellen, sind sie im Ärztekammertag überhaupt nicht vertreten. Nur sieben (2,3%) der 302 Kammeräte in den Bundesländern sind weiblichen Geschlechts.

Die Situation ist in den Kammern für Arbeiter und Angestellte etwas günstiger, jedoch sind auch hier die Frauen stark unterrepräsentiert. In der Hauptversammlung des Arbeiterkammertages beträgt der Frauenanteil 5,7%. Der Einfluß der Frauen in den Landeskammern ist unterschiedlich. Stellen im Durchschnitt die Frauen 6,4% der Arbeiterkammeräte, so gibt es einzelne Bundesländer, in denen sie relativ stark präsent sind (mehr als 10% in Wien, im Burgenland und in Vorarlberg) und solche, in denen sie kaum mitbestimmen können (weniger als 3% in Kärnten, Salzburg und Tirol). Im Landarbeiterkammertag ist nur eine Frau (2,9%) vertreten.

Die Unterrepräsentanz der Frauen in den gesetzlichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmer hängt sicherlich, ebenso wie die Situation in den Gewerkschaften, in beträchtlichem Maß mit der Problematik ihrer Doppelbelastung durch Beruf und Haushalt zusammen.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund, der mehr als eineinhalb Millionen Mitglieder zählt, hat für die Arbeitnehmer eine zentrale Funktion. Der Organisationsgrad der Frauen ist wesentlich geringer als der der Männer. 37% der unselbständigen Erwerbstätigen sind Frauen, aber nur 28% der Gewerkschaftsmitglieder sind weiblichen Geschlechts. Auch hier entspricht die Präsenz der Frauen in den höchsten Gremien nicht dem Mitgliederanteil (4,8% des Bundesvorstandes, 5,7% der Vertreter in den Landessexekutiven).

Die Erscheinung, daß der Anteil der Frauen mit der Höhe der Funktionsebene abnimmt, wird auch am Beispiel der Gewerkschaften deutlich. So machten 1973 in der Gewerkschaft der Privatangestellten die Frauen 41,9% der Mitglieder aus, stellten 21,3% der Betriebsräte, 9,8% der Delegierten des Gewerkschaftstages, waren in den Landesleitungen mit 8,8%, in den

Sektionsvorständen mit 6,9%, im Zentralausschuß mit 5,7% und im Präsidium gar nicht vertreten. Oder: in der Gewerkschaft der Textilarbeiter waren 65,8% der Mitglieder und 55,6% der Betriebsobeleute Frauen. Der Anteil in den Landesleitungen betrug 34,3%, im Zentralvorstand 22,7%. In der Gewerkschaft des Hotel- und Gastgewerbes gibt es bei einem überdurchschnittlich hohen Frauenanteil unter den Mitgliedern (58,2%) im Vorstand nur eine Frau (3,8%). Bei der Interpretation der Daten der katholischen Organisationen ist folgendes zu berücksichtigen: Bis vor kurzem war jede katholische Organisation geteilt in eine Männer- bzw. Burschengruppe und eine Frauen- bzw. Mädchengruppe. Die höchsten Gremien wurden daher zu gleichen Teilen mit männlichen und weiblichen Vertretern beschickt. Auch gilt die Regelung, daß einem männlichen Vorsitzenden eine weibliche zweite Vorsitzende zur Seite zu stellen ist und umgekehrt.

Der Anteil der weiblichen Redakteure in den Zeitungen bzw. die Ressorts, mit denen sie sich beschäftigen, geben ein gutes Bild von der Möglichkeit des Einflusses der Frauen auf die Meinungsbildung und spiegeln damit indirekt die gesellschaftspolitische Bedeutung der Frau wider.

Allein die anteilmäßige Präsenz der Frauen in den Redaktionen der Tageszeitungen zeigt, daß Frauen stark unterrepräsentiert sind. Bei zwei Zeitungen gibt es keine Redakteurinnen, bei zwei über 30%. Insgesamt machen die Frauen nur 17,5% der Redakteure aus. (Siehe Tabellenanhang 1, S. 44.)

Die Zahl allein gibt jedoch noch sehr wenig Auskunft über den tatsächlichen Stellenwert der Frauen in der Presse. Wesentlich ist vielmehr, ob die Redakteurinnen auch in Ressorts von politischer und öffentlicher Relevanz arbeiten. Die meisten Journalistinnen arbeiten noch immer im „Frauengetto“ (Frauenseite, Familie, Erziehung, Mode). (Siehe Tabellenanhang 1, S. 45.) Politik, Wirtschaft und Sport sind zum größten Teil „Männersache“. Diese Ressorts sind fast in jeder der 24 Tageszeitungen zu finden und zumeist auch mit mehreren Redakteuren belegt. Insgesamt elf weibliche Redakteure in diesen Sparten stellen eine verschwindende Minderheit dar. Am häufigsten sind Frauen in den Lokalredaktionen beschäftigt (25%). Die Größe dieser Zahl muß jedoch relativiert werden, da dieses Ressort in den meisten Zeitungen personenmäßig am stärksten besetzt ist. Außerdem arbeitet noch eine größere Zahl von Frauen in den Kulturredaktionen, wo sie auch fünf Ressortchefs stellen. In den anderen Sparten ist dagegen der Anteil der weiblichen Ressortchefs außerordentlich gering.

Abgesehen von den neun Redakteurinnen, die für Reportagen bzw. Bundesländernachrichten eingesetzt werden, sind fast alle anderen dem Sektor der Unterhaltung zuzurechnen. Fünf sind in der Frauenredaktion, drei beschäftigen sich mit Mode, elf mit Beilage oder Magazin und drei mit Chronik. Ferner muß in Betracht gezogen werden, daß in zwei Fällen den Chefsekretärinnen und in vier Fällen im Archivtäglichen Angestellten der Redakteurstatus gegeben wurde.

4 EINSTELLUNGEN FÜHRENDER MÄNNLICHER FUNKTIONÄRE ZU PROBLEmen DER ROLLE DER FRAU IM ÖFFENTLICHEN LEBEN

Um einen Überblick über Ansichten und Einstellungen von führenden männlichen Funktionären zum Problem der geringen Rolle der Frauen im öffentlichen politischen Geschehen zu gewinnen, wurden Landesobeleute, Landesparteisekretäre, Mitglieder der Parteipräsidien bzw. -vorstände von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPO (insgesamt 105 Personen) angesprochen, wovon sich 90 für ein Interview zur Verfügung stellten. Die Durchführung der Befragung, also der Interviews mit den Spitzenpolitikern, und die statistische Auswertung wurde vom IFES vorgenommen. Die Interpretation der Ergebnisse und die Erstellung des Berichts lag beim Institut für Gesellschaftspolitik.

Der Fragebogen umfaßte folgende Themenbereiche:

- a) Persönliche Backgrounddaten der Befragten, um den persönlichen und sozialen Kontext mit Faktoren wie Alter, regionale Zugehörigkeit, soziale Herkunft, Bildungsweg, berufliche Laufbahn, politisches Karrieremuster, Familienverhältnisse, zur Analyse der Einstellungen heranziehen zu können.
- b) Fragen zur allgemeinen politisch-weltanschaulichen Tendenz, um die zum Teil starken Divergenzen zwischen politischen Parteien, „Lagern“ und eventuell „Generationen“ erfassen und mit den Einstellungen zur politischen Lage der Frauen vergleichen zu können.
- c) Fragen zum sozialen Rollenbild der Frau, also zur Haltung der Politiker zur Stellung der Frau in Familie, Bildung, Berufstätigkeit und Berufskarriere und anderen gesellschaftlichen Aspekten.
- d) Fragen zum politischen Rollenbild der Frau, also zur Beteiligung der Frau am politischen Leben, zur politischen Karriere von Frauen, zu Problemen der Frauenorganisationen.
- e) Schließlich Fragen nach der Relevanz, der politischen Verbindlichkeit dieser Einstellungen und Haltungen für das eigene, faktische Verhalten.

Dabei sollte neben dem als wünschenswert erachteten Soll-Zustand auch nach der Einschätzung des Ist-Zustandes und der Rolle verschiedener gesellschaftlicher Einflußinstanzen für die jeweils vorherrschende Situation gefragt werden. Dies war jedoch innerhalb des eingegangenen und gekürzten Fragebogen- und Interviewrahmens nicht in der vorhergesehenen Form möglich.

Ebenso mußte die statistische Auswertung auf die lineare Verteilung der Antworten und deren Aufgliederung nach Alter, Region, Schulbildung, Parteizugehörigkeit beschränkt werden. Eine statistische Auswertung der sozialen Zusammenhänge und Bedingungen der erhobenen Einstellungen konnte nicht vorgenommen werden.

Die gewonnenen Ergebnisse sind trotz dieser Einschränkungen interessant, weil relevante Punkte des Problembeußtseins und der Einstellungsmuster in politischen Spitzenpositionen erfaßt wurden und weil es sich bei dieser Erhebung um eine der ersten für die Veröffentlichung vorgesehenen Befragungen unter österreichischen Spitzenpolitikern handelt.

Ein Schlaglicht auf Probleme der Meinungsforschung durch die üblichen Befragungsmethoden werfen Mitteilungen, Informationen, die sich in Zusammenhang mit der Durchführung der Interviews ergaben. Unter den 15 Spitzenspolitikern, vorwiegend aus den Großparteien, die innerhalb des mehrwöchigen Erhebungszeitraumes keine Zeit für ein Interview hatten, aber auch im Rahmen einer größeren Anzahl von durchgeführten Interviews kam mit der schroffen Ablehnung der Befragung auch eine deutliche Geringschätzung des ganzen Problems der Rolle der Frau in der Politik zum Ausdruck.

Derart deutliche, negative Stellungnahmen kamen in den Antworten auf die gestellten Fragen nicht zum Vorschein, wohl aber außerhalb der eigentlichen Befragungssituation, bei Ablehnung des Interviews bzw. vor oder nach der Durchführung des Interviews. Eine ebenso anonym und vertraulich wie die Auswertung der Fragebogen selbst vorgenommene Analyse dieser Begleitumstände aufgrund der Interviewerprotokolle läßt die „inoffizielle“ Einstellung zur Rolle der Frau in der Politik bemerkenswert wenig tabuiert und offenherzig erscheinen. Diese Einstellung steht, was betont werden muß, im schroffen Gegensatz zu den für das Interview im engeren Sinn gewählten diplomatischen Formulierungen. Probleme dieser Art sollen durch folgende Beispiele verdeutlicht werden: Einer der Befragten (*Interview 1*) gestattete das Interview nur im Beisein seines Sekretärs, ein anderer (*Interview 3*) sprach während der Befragung mehrmals von Manipulation, ein weiterer (*Interview 5*) ließ das IFES durch seine Sekretärin wissen, daß ihm der Auftraggeber unsympathisch sei und er deswegen das Interview ablehne. Der Befragte (*Interview 8*) schlug vor, das Interview mit seinem Sekretär durchzuführen.

Insofern müssen die im folgenden dargestellten Ergebnisse über deklarierte Einstellungsmuster im Zusammenhang mit objektiven Daten zur tatsächlichen Lage der Frau gesehen werden. Denn trotz der in den Großparteien SPÖ und ÖVP (mit Akzentunterschieden) überwiegend positiven, allgemeinen Haltung zur Verbesserung der Lage der Frau sind die Frauen in vielen gesellschaftlichen Bereichen, besonders des öffentlichen politischen Lebens, erheblich unterrepräsentiert bzw. benachteiligt.

Im folgenden sollen die Ergebnisse in ihren Haupttrends dargestellt und interpretiert werden.

Eine Übersicht über die persönlichen und sozialen Backgrounddaten, die „statistischen“ Merkmale der Befragten ergibt folgendes Bild:

Die 90 Befragten verteilten sich infolge der stärkeren Ausfallsquote unter den Vertretern der Großparteien proportional auf die Parteien: 18% SPÖ, 26% ÖVP, 30% FPÖ und 27% KPÖ.

Die Verteilung nach Altersgruppen zeigt folgendes Bild:

Tabelle 1 (in %)

Alter gesamt (90)	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
bis unter 40 Jahre (13)	31	46	23	–
40 bis unter 50 Jahre (24)	29	29	25	17
50 bis unter 60 Jahre (42)	10	21	33	36
60 Jahre und älter (11)	9	9	36	46

Insgesamt waren unter den Befragten 14% bis unter 40, 27% 40 bis 50 und 12% über 60 Jahre alt. Damit zeigt sich in allen vier Parteien eine Dominanz der älteren Jahrgänge. Der Anteil der unter 40jährigen ist mit 14% zu gering, um aus dieser Untergruppe Schlüssefolgerungen für Einstellungsänderungen und Generationswechsel in der Zukunft ziehen zu können, obwohl sich, wie im weiteren gezeigt werden kann, gewisse Generationsunterschiede zum Teil quer durch die politischen „Lager“ und Parteien ergeben.

Anhand des Indikators der absolvierten formalen Schulbildung treten die Unterschiede nach sozialer Herkunft zwischen den Parteien, damit auch die unterschiedliche soziale Rekrutierungsbasis sowie die verschiedene Ausformung der politischen Laufbahnen zutage.

Tabelle 2: Schulbildung (in %)

	nur Pflichtschule	Lehre	Fach-, Handels- schule	Mittel- schule ohne Matura	Matura	abgeschlossene Hochschule
	1	2	3	4	5	6
Gesamt (90)	8	19	6	1	34	32
Parteimitgliedschaft						
SPÖ (16) . . .	6	31	–	–	44	19
ÖVP (23) . . .	–	4	9	–	26	61
FPÖ (27) . . .	–	11	7	4	41	37
KPÖ (24) . . .	25	33	4	–	29	9

Die Aufgliederung zeigt deutliche Unterschiede zwischen den Parteien: unter den Befragten der KPÖ überwiegt die Gruppe derjenigen, die Pflichtschule bzw. Lehre abgeschlossen haben, gegenüber der Gruppe der Maturanten und der Akademiker. Bei ÖVP und FPÖ liegt das Verhältnis umgekehrt, mit deutlichem Übergewicht der Akademiker (besonders bei der ÖVP). In der SPÖ hat trotz ähnlichem Übergewicht höherer formaler Schulbildung über ein Drittel der Befragten Pflichtschule und vor allem eine Berufsschule absolviert.

Eine Ergänzung zur Schulbildung bilden zusätzliche Schulungen, wie Sozialakademie, Parteischulen, Volkshochschule. 40% der Befragten geben an, derartige Einrichtungen besucht und Kursprogramme absolviert zu haben.

Die familiäre Situation zeigt keine besonderen Unterschiede zwischen den Parteien.

Nahezu alle Befragten sind verheiratet (94%) und haben Kinder, am häufigsten zwei Kinder (38%).

Tabelle 3: Familiäre Situation (in %)

keine	eines	zwei	drei	vier oder mehr
1	2	3	4	5
7	18	38	20	18

Auf die Bundesländer verteilen sich die Befragten wie folgt:

Tabelle 4: Regionale Herkunft (in %)

Wien	Niederösterreich	Burgenland	Steiermark	Kärnten	Oberösterreich	Salzburg	Tirol	Vorarlberg
1	2	3	4	5	6	7	8	9
32	9	9	10	9	7	10	9	6

Im politischen Karrieremuster männlicher Spitzenpolitiker zeigen sich schließlich wieder deutliche Unterschiede zwischen den Parteien:

Bei der SPÖ überwiegt zu 56% der Typ des „Hinaufdienens“ in die Politik, wobei häufig Berufstätigkeit direkt zur politischen Tätigkeit führt: 44% entsprechen dem Typ des „Berufspolitikers“, der, oft mit der Tätigkeit in Jugendorganisationen beginnend, einer bezahlten politischen Tätigkeit nachging.

Bei der ÖVP und FPÖ dominiert hingegen der Typ des aus leitender beruflicher Stellung in die Politik hinüberwechselnden mit jeweils zirka 57% die beiden anderen Karrieretypen.

Die verschiedenen Karrieremuster stehen in Zusammenhang mit den Unterschieden in der sozialen Herkunft zwischen den verschiedenen Parteien: Insgesamt befinden sich unter den Vätern der Befragten 27% Selbständige, 12% leitende Angestellte, 21% Angestellte, 8% Facharbeiter, 13% angelernte Arbeiter und 3% Landwirte.

Bei SPÖ-Politikern wird am häufigsten (von der Hälfte der Befragten) als Beruf des Vaters Angestellter und Beamter angegeben sowie zu immerhin 1/5 Selbständiger bei 1/5 Arbeiter.

Bei den ÖVP-Politikern dominieren unter den Vätern Selbständige und leitende Angestellte bzw. Beamte (je ein Drittel). Bei der FPÖ liegen die Verhältnisse ähnlich, mit stärkerem Anteil der Selbständigen und mittleren Angestellten bzw. Beamten.

Diese deutlichen Unterschiede der sozialen Herkunft erklären auch die bereits vorher dargestellten Differenzen in der Schulbildung (vgl. Tab. 2).

Für die Fragestellung der Umfrage ist es auch von Bedeutung, daß mehr als ein Fünftel der Befragten in unvollständigen Familien aufgewachsen ist, überwiegend allein bei der Mutter.

Soziales Rollenbild der Frau

Die allgemeine Einstellung der Politiker zur Stellung der Frau in der Gesellschaft, besonders zur Position in Familie, Beruf, Bildung, war vor allem in Gegenüberstellung zum politischen Rollenbild der Frau von Bedeutung.

Im einzelnen ergaben sich zu diesem Themenkomplex folgende Ergebnisse:

Stellung der Frau in Familie und Haushalt

Die Frage, ob die meisten wichtigen Entscheidungen im Leben einer Familie vom Mann als Haushaltungsvorstand getroffen werden sollten, wurde von insgesamt 83% der Befragten als „nicht richtig“ beantwortet. Die unter 40jährigen Befragten beantworteten diese Frage mit dem Prozentanteil von 23% mit „richtig“, während 9% der über 60jährigen diese Antwort gaben.

Nach Parteizugehörigkeit aufgegliedert halten es 96% KP-Funktionäre, gefolgt von 94% SP-Funktionären, für falsch, daß die wichtigen familialen Entscheidungen vom Mann als Haushaltungsvorstand getroffen werden, bei den FP-Funktionären sind es 85%, bei der ÖVP lehnen 61% der Befragten die alleinige Entscheidungsgewalt des Haushaltungsvorstandes ab. Die Befürworter von partnerschaftlichen Entscheidungen in der Ehe fügen meist hinzu, daß nur „ein

gemeinsames Entscheiden richtig ist“, während VP- und FP-Politiker sich bisweilen noch zusätzlich ausdrücklich zu einer patriarchalischen Eheführung bekennen.

Die Frage, ob in einer Ehe, in der die Frau berufstätig ist, die Arbeit unter den Partnern aufgeteilt werden soll oder die Frau trotzdem die Hausarbeit allein übernehmen soll, wurde nur von 6% dahingehend beantwortet, daß die Frau die Haushaltstlasten allein zu tragen habe, wobei sich bei einer Aufgliederung nach Alter die über 60jährigen mit 18% dafür aussprachen, die 50- bis 60jährigen mit 2%, die unter 40jährigen mit 8% die Ansicht vertraten, daß den berufstätigen Frauen die gesamte Hausarbeit aufgebürdet werden solle.

Nach Parteizugehörigkeit gegliedert will von den SP-Politikern keiner der Befragten der Frau die doppelte Belastung zumuten, während Befragte aus der Gruppe der VP-Funktionäre mit 9%, der FP-Funktionäre mit 7% und der KP-Funktionäre mit 5% ablehnen, Hausarbeit zu übernehmen, wenn die Frau berufstätig ist.

Zu der Frage, ob Kinder berufstätiger Mütter im späteren Leben dieselben Chancen haben wie andere Kinder oder im Vorteil bzw. im Nachteil sind, vertraten insgesamt 44% der Befragten die Ansicht, daß Kinder berufstätiger Mütter die gleichen Chancen haben, 33% vertraten die Meinung, daß diese Kinder Nachteile haben, 7% meinten, sie hätten Vorteile. Allerdings ist aus den zusätzlichen Bemerkungen zu dieser Frage ersichtlich, daß sie sich nicht so eindeutig interpretieren läßt. Unter den KP-Funktionären z. B., von denen 46% meinen, Kinder berufstätiger Frauen seien benachteiligt, fügten einige hinzu, daß dies nicht grundsätzlich der Fall sei, sondern deshalb, weil nicht ausreichende Einrichtungen vorhanden sind, die die Betreuungsfunktion übernehmen könnten; ähnlich bei einigen befragten SP-Funktionären.

In zusätzlichen Bemerkungen zu diesen Fragen kommen die typischen Begründungen bzw. Erklärungen für die besondere Stellung der Frau zum Ausdruck. So z. B. bei der Frage, ob Männer bei entsprechender Erziehung Kinder pflegen und mit ihnen umgehen könnten.

Natur der Frau, natürliche Veranlagung, die sich (für die alleinige Arbeit im Haushalt) besonders eignet; „gefühlsmäßige Fähigkeiten“;

Natur der Männer, die für diese Tätigkeiten und den Umgang mit Kleinkindern nicht geeignet seien; „Übungssache“, die Rollenteilung sei zwar sozial geworden, nicht natürlich begründet, aber als feste Gewohnheit nur schwer aufhebbar;

„Zumutung“ für Männer, die ihren gesellschaftlichen, beruflichen Verpflichtungen nachkommen müssen.

Zusammenfassend ergeben sich erhebliche Unterschiede zwischen den Parteien; die Einstellung zur gesellschaftlichen Rolle der Frau variiert mit der allgemeinen politisch-weltanschaulichen Einstellung.

Die Haltung zu Frauen in politischen Funktionen; das politische Rollenbild der Frau

In der Haltung der männlichen Spitzenpolitiker zu diesem Problembereich können zum Teil unschwer Widersprüche freigelegt werden.

So wird die Frage, ob Frauen ihren Fähigkeiten nach für leitende Funktionen in der Politik geeignet sind, überwiegend positiv beantwortet (78% der Befragten). Weiters sind nur 11% der Befragten der Meinung, daß der Anteil der derzeit in der Politik tätigen Frauen ausreichend ist, um die Interessen der Frauen zu vertreten.

93% der Befragten gestehen zu, daß Frauen es schwerer als Männer haben, eine politische Karriere zu ergreifen bzw. politisch aktiv zu werden.

91% meinen, daß Frauen es schwerer haben, in politische Führungspositionen zu gelangen.

Nur 13% sind dagegen der Meinung, daß vermehrte staatsbürgerliche Erziehung und politische Bildung die Situation für die Frauen verbessern könnten.

70% der Interviewten können sich sogar eine Frau als Vorsitzende ihrer Partei vorstellen.

In Widerspruch zu diesen Einstellungen und Einschätzungen steht jedoch die mit 83% dominierende Meinung der führenden Politiker, daß es Aufgabenbereiche gäbe, für die Frauen besonders geeignet sind, wobei prompt jene Bereiche genannt werden, die von den weiblichen Spitzenpolitikerinnen in ihrer Funktion, unabhängig von ihrer eigentlichen Bedeutung, eher als „Frauenreservate“ bezeichnet wurden: Soziales, Fürsorge, Wohltätigkeit u. a. dominiert weitaus in den Vorstellungen der männlichen Spitzenpolitiker. Politische Aufgabenbereiche, die mehr im Zentrum der Entscheidungsstrukturen liegen, wie z. B. Wirtschaftspolitik, werden höchst selten genannt.

Diese Haltung steht in krassem Widerspruch zu der Meinung, wonach 78% der Politiker Frauen ihren Fähigkeiten nach für genauso gut wie Männer halten, leitende Funktionen auszufüllen.

Ein weiterer Widerspruch ergibt sich zwischen den vorher referierten Haltungen und der Tatsache, daß nur 48% der Befragten sich für eine Beteiligung der Frauen an Parteigremien entsprechend ihrem Anteil unter den Parteimitgliedern aussprechen. Aus den zusätzlichen Bemerkungen zu dieser Frage wird klar,

daß sich ein wesentlich geringerer Prozentsatz der Befragten tatsächlich für eine anteilmäßige Beteiligung der Frauen an Parteigremien ausspricht.

63% der Befragten sehen Differenzen zwischen den Parteien in bezug auf die Haltung zur politischen Laufbahn von Frauen.

Tatsächlich gibt es bei den Befragten folgende Unterschiede: während bei den SPÖ-Politikern alle, bei den KPÖ-Befragten nahezu alle (96%), Frauen für leitende Funktionen in der Politik genauso geeignet halten wie Männer, sind es bei der FPÖ 63%, bei der ÖVP 61%. Weiters sind 6% Befragte der SPÖ und 8% der KPÖ der Meinung, daß der Anteil der derzeit in der Politik tätigen Frauen ausreichend sei, um die Interessen der Frauen zu vertreten, während 17% der Befragten der ÖVP und 11% der FPÖ diese Ansicht vertreten.

Auch bei der Frage, ob es Frauen schwerer haben, in politische Führungspositionen zu kommen, unterscheiden sich die Befragten nach den Parteirichtungen: sämtliche SPÖ-Befragten und nahezu alle Befragten der KPÖ sind der Meinung, daß die Frauen es schwerer haben, ebenso 93% der FPÖ-Politiker, während es bei den ÖVP-Befragten nur 78% sind. Eine Frau als Vorsitzende ihrer Partei können sich 92% der Befragten der KPÖ, 69% der SPÖ, 63% der FPÖ und 57% der ÖVP vorstellen.

Spezielle Aufgabenbereiche innerhalb der Partei, für die die Frauen besonders geeignet sind, werden von 93% der Befragten der FPÖ, 87% der ÖVP, 81% der SPÖ und 71% der KPÖ gesehen.

Eine Abweichung in den Einstellungsmustern der Parteien ergab sich bei der Entscheidung, ob die Befragten bei einer Parteistatuten-Änderung dafür stimmen würden, daß die Frauen entsprechend ihrem Anteil an Parteimitgliedern in allen Parteigremien vertreten sein müssen. Hier gaben 67% der Befragten der KPÖ, 48% der ÖVP, 41% der FPÖ und nur 31% der SPÖ an, daß sie für eine derartige Statutenänderung stimmen würden.

5 INTENSIVINTERVIEWS MIT POLITIKERINNEN

In der derzeitigen Phase gesellschaftlicher Entwicklung bedingt die untergeordnete, benachteiligte Stellung der Frau die minoritäre, nur beigeordnete Rolle der Frau im öffentlichen Leben und das damit verbundene teilweise geringere politische Interesse und Engagement der Frau. Umgekehrt ist aber nur über ein verstärktes gesellschaftliches und politisches Engagement eine weitergehende Gleichstellung und Integration der Frau zu verwirklichen. Damit gewinnt die Frage nach den sozialen Bedingungen für die politische Karriere der Frauen und den aktuellen Problemen, die sich für die wenigen Frauen in politischen Spitzengremien ergeben, besondere Bedeutung.

In einer Erhebung wurde versucht, einige dieser Probleme in Tiefeninterviews mit führenden Politikerinnen (ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Ausschließlichkeit) zu beleuchten. Die Selbsteinschätzung und Problemsicht führender österreichischer Politikerinnen wurde mit der Fremdeinschätzung durch die männlichen Spitzenpolitiker (vgl. 4) in einigen Punkten konfrontiert.

Von den 183 Mandaten im Nationalrat werden derzeit elf von Frauen besetzt (acht SPÖ, drei ÖVP), das entspricht etwa 6%; von den 58 Sitzen im Bundesrat werden zwölf von Frauen besetzt (neun SPÖ, drei ÖVP), immerhin 20%.

Der Vergleich mit der ersten Gesetzgebungsperiode 1920 bis 1923, in der im Bundesrat und Nationalrat insgesamt 16 Frauen waren (Nationalrat elf Frauen), zeigt, daß sich die Situation der Frauen im politischen Leben in den letzten 50 Jahren kaum verbessert hat. 1945 bis 1949 gab es im Nationalrat zehn weibliche Abgeordnete und 1971 waren es acht von 165.

Insgesamt wurden 27 Interviewgespräche mit den weiblichen Mitgliedern des Nationalrates, des Bundesrates, den weiblichen Mitgliedern der Regierung, den Vorsitzenden der Frauenorganisationen von Parteien und Gewerkschaften durchgeführt, davon waren 19 Mandatarinnen und Funktionärinnen der SPÖ, sechs der ÖVP und jeweils eine der FPÖ und der KPÖ. Bei der FPÖ, die keine weibliche Mandatarin hat, und bei der KPÖ, die derzeit nicht im Parlament vertreten ist, wurden die Vorsitzenden der jeweiligen Frauenorganisationen bzw. des Frauenreferates befragt. Eine Nationalrätin (ÖVP) und eine Bundesrätin (SPÖ) konnten aus Termingründen nicht interviewt werden. Demgemäß ergeben diese Interviews zwar keine repräsentativen Aussagen, zeigen jedoch exemplarisch Probleme auf.

Die Verteilung über die Altersgruppen zeigt die schwache Vertretung der Altersgruppen bis 40 Jahre:

Altersgruppen	Befragte
31-35	1
35-40	0
41-45	4
46-50	6
51-55	10
56-60	2
61-65	3
65-70	0
71-75	1

Von den 27 Befragten sind 17 verheiratet, fünf verwitwet, zwei geschieden, drei ledig; 21 haben Kinder.

Sieben von 14 SP-Befragten haben Hochschulbildung, drei von fünf VP-Befragten. Von den SP-Befragten sind alle berufstätig, bei den VP-Befragten waren drei vor ihrer politischen Tätigkeit im Haushalt.

Typische Merkmale der politischen Laufbahn

Der Zeitpunkt des Beginns der politischen Laufbahn zeigt deutliche Unterschiede nach den Parteirichtungen: Die Mandatarinnen und Funktionärinnen der ÖVP begannen ihre politische Karriere mit dem Durchschnittsalter von 39 Jahren, während die Politikerinnen der SPÖ bereits zu zwei Dritteln in Jugendorganisationen tätig waren und die restlichen mit einem Durchschnittsalter von 25 Jahren ihre politische Tätigkeit begannen.

Dieses „hohe“ Eintrittsalter bei den Mandatarinnen und Funktionärinnen der ÖVP läßt sich mit einer traditionellen Einschätzung der Rolle der Frau in der Gesellschaft in Zusammenhang bringen. Das „Dreiphasenmodell“ (Beruf – Ehe, Kinder – Wiedereintritt in den Beruf, in diesem Fall: politische Laufbahn) herrscht hier stärker vor. Ein großer Teil der Befragten vertrat die Ansicht, daß die familiären Pflichten für die Frau vorrangig seien. Sie haben daher mit ihrer politischen Tätigkeit erst begonnen, als die Kinder nahezu erwachsen waren. Durchwegs wird betont, daß das Familienleben wichtiger sei als das Ausüben einer politischen oder beruflichen Funktion. Dazu ein Beispiel:

„... ich möchte aber keiner jungen Frau raten, daß sie sich politisch engagieren sollte, wenn sie damit ihre Ehe aufs Spiel setzen könnte, und das ist meistens der Fall, ... wenn man älter wird, dann ist das etwas besser ...“

Die Voraussetzung für die politische Laufbahn war bei den Befragten der SPÖ vor allem über die politisch interessierten bzw. aktiven Eltern gegeben (alle Frauen dieser Gruppe gaben an, daß die Eltern zumindest politisch interessiert waren). Zwei Drittel waren in Jugendorganisationen aktiv tätig, wobei für den Eintritt in die Jugendorganisationen ebenfalls die Eltern aktiv oder passiv eine Rolle spielten (ebenso bei der einen KP-Befragten).

Die Befragten der ÖVP und der FPÖ hatten nur zur Hälfte politisch interessierte Eltern; ebenfalls die Hälfte der Befragten waren Mitglieder bei Jugendorganisationen. Bei der SPÖ und KPÖ führte der Weg in die Politik über Elternhaus, Jugendorganisationen und zu einem großen Teil über die berufliche Tätigkeit. Bei der ÖVP, wobei natürlich keine repräsentativen Schlüsse gezogen werden können, führte der Weg in die Politik eher über das gemeinsame politische Interesse der Ehepartner. Das geht auch aus dem überwiegend späten Zeitpunkt des Eintritts in die Politik hervor. Bei drei von fünf ÖVP-Befragten wurde die politische Tätigkeit analog zum Dreiphasenmodell in der dritten Phase begonnen. Der Einstieg in die Politik erfolgte zum Teil über karitative Tätigkeiten.

Haushalt und politische Tätigkeit

Sowohl bei den Politikerinnen aus der SPÖ wie aus der ÖVP ist die positive Einstellung des Ehegatten zur politischen Tätigkeit eine notwendige Voraussetzung,

kann aber nicht als selbstverständlich betrachtet werden.

Auf die Frage, wer für die Führung des Haushaltes zuständig sei, gaben die ÖVP-Befragten an, selbst für die Erledigung der Haushaltarbeiten und die Pflege der Kinder verantwortlich zu sein. Gleichgültig, ob die Hausarbeit von den Befragten selber erledigt wird oder durch bezahltes Personal, sie betrachten sich als verantwortlich für den häuslichen Bereich und akzeptieren diese Verantwortung.

Von den zwölf verheirateten SPÖ-Mandatarinnen und Funktionärinnen gaben acht an, die Verantwortung für Haushalt und Kindererziehung mit dem Mann aufgeteilt zu haben, vier antworteten dahingehend, daß sie den Haushalt allein führen oder zumindest hauptverantwortlich sind. Die restlichen sieben Frauen aus dieser Gruppe sind entweder ledig, geschieden oder verwitwet. Nur eine von 27 Befragten bejahte die Frage, ob sie sich ein Leben ausschließlich als Hausfrau und Mutter vorstellen könne, alle anderen verneinten diese Frage ausdrücklich, auch wenn sie selbst für längere Zeit tatsächlich Hausfrau und Mutter ohne politische und berufliche Tätigkeit gewesen sind.

Widerstände und Konflikte im Lauf der politischen Aktivität

Daß die politische Karriere der Frau noch immer eine extreme Ausnahmesituation darstellt, spiegelt sich auch in der Bewertung der erreichten Position durch die Frauen der ÖVP und jene der FPÖ als Zufall bei der Hälfte der Befragten wider. Dafür folgende Beispiele:

„Ich habe mir nie vorgestellt, politische Karriere zu machen. Ich wollte einfach mitarbeiten, ich habe Kulturarbeit organisiert, etwa Ausstellungen, Führungen, Theaterbesuche, also Kulturarbeit. Und dann fängt man an mit Zettelauftragen für die Wahl und so geht es langsam weiter. Und dann kommt jemand und sagt, jetzt haben wir keine Referentin für Pernegg, könnten Sie am Sonntag hinfahren, ... ich fing sehr klein an, und es ging sehr langsam. Es ist meiner Meinung nach die einzige Manier, die ich für Frauen akzeptiere; wenn jemand in unsere Organisation kommt und sagt, ich will Gemeinderätin werden, die kann sich gleich wieder trollen. ... an sich lehne ich es ab, wenn jemand in die Politik geht mit dem Vorsatz, ich will das und das werden.“ (Interview 23, S. 6.)

„Ich bin eigentlich mehr durch Zufall auf die Liste gerutscht.“ (Interview 24, S. 6.)

„Dem Zufall, daß auf der Kandidatenliste kein einziger weiblicher Name zu verzeichnen war, habe ich es zu verdanken, daß man mir die Chance gab, in den Gemeinderat einzuziehen und mich politisch bewähren zu können.“ (Interview 21, S. 7.)

In derselben Gruppe (ÖVP) verneinen überraschenderweise zwei Drittel der Befragten, persönlich spezifische Widerstände erlebt zu haben, ein Drittel gibt dagegen an, sehr wohl Widerstände von Seiten der Männer erlebt zu haben. Manche der Befragten sehen sogar spezifische Vorteile in ihrer Rolle als Frau. Auch von den Befragten der SPÖ gaben immerhin drei von 19 an, dem „Zufall“ ihre jetzige Position zu verdanken, während alle anderen der Meinung sind, eine durchaus übliche Laufbahn gemacht zu haben. Auch die Frage nach persönlich erlebten Widerständen beantworteten 18 von 20 Befragten mit Nein, manchmal mit Einschränkungen, zwei bejahten diese Frage.

Das herrschende Aufstiegsmuster ist das der langsamem Erarbeitung von Funktionen; Seniorität ist das dominierende Auslesekriterium. Man steigt am unteren Ende der Karrierepyramide in die innerparteiliche Hierarchie ein und klettert allmählich nach oben, wobei das Tempo des Aufstiegs von der Fähigkeit zur Adaption an die jeweils konkreten Erfordernisse und vom Freiwerden oberer Positionen abhängt.

Die Frauen, die aussagen, persönlich keine Widerstände durch ihre Situation als Frau erlebt zu haben, sind zwar die überwiegende Mehrheit, allerdings wollte nur eine einzige dieser Befragten diese Erfahrungen uneingeschränkt für andere Frauen gelten lassen. Als Benachteiligungen bzw. besondere Schwierigkeiten wurden genannt: widersprüchliche Anforderungen (vgl. das folgende Beispiel), ein ausgeprägter Mangel an Selbstbewußtsein bei vielen Frauen, das Sich-Zufriedengeben mit untergeordneten Funktionen; aber auch speziell in ländlichen Regionen die offene Ablehnung der Männer von politisch tätigen Frauen wie auch der traditionelle Versammlungsstil, der für Frauen oft wenig attraktiv ist.

„Es ist ein Problem, daß man auf der einen Seite von einer Frau, die nicht verheiratet ist und keine Kinder hat, sagt, das ist ja nur eine Streberin, eine Ehrgeizlerin, nur die Karriere ist ihr wichtig, und ihr ankreidet, daß sie ihre Rolle als Frau nicht voll auslebt, auf der anderen Seite aber von einer Frau mit Kindern sagt, sie sei eine Rabenmutter, die die Kinder zu Hause verkommen läßt und den Mann auch nicht richtig betreuen kann, wenn sie etwa am Abend bei Referaten ist.“ (Interview 8, S. 7.)

Einige der Befragten brachten zum Ausdruck, daß der Konkurrenzkampf für die Frauen härter ist, wenn es um die Erlangung gehobener Positionen geht:

„Frauen müssen vielleicht noch ausdauernder sein als Männer, um die erste Stufe zu erreichen, ich vertrete ja überhaupt den Standpunkt, und ich habe das aus vielen Beobachtungen gesehen, daß der erste Erfolg für die Frauen schwieriger zu erreichen ist, sie muß sehr viel mehr arbeiten und sehr viel mehr an Leistung präsentieren, um überhaupt einmal erst anerkannt zu werden, aber wenn sie einmal das erreicht hat, dann hat sie's nicht schwerer als ihre männlichen Kollegen, diese erste Stufe ist nicht ganz leicht zu erreichen.“ (Interview 5, S. 7.)

Bewertung der Möglichkeiten für die Frauen

Die Frage, warum allgemein nur wenige Frauen politische oder sonstige Karriere machen, wurde mit unterschiedlicher Akzentsetzung beantwortet; als wichtigste Gründe wurden angegeben: Die Situation der Frau in der Familie (einerseits Behindern durch Mehrfachbelastung, anderseits die Erwartungen des Ehemannes, die mit einer politischen Laufbahn der Frau oft nicht vereinbar sind), allgemein vorhandene Vorurteile gegen Frauen in gehobenen Positionen, die Politik der Frauenorganisationen, der politisch organisierten Frauen in den Parteien wie auch die Haltung der Frauen selbst, die durch traditionelle Erziehung begründet ist.

Dazu folgende Beispiele aus der Gruppe der Befragten der VP:

„... wenn die Frau verheiratet ist, wird sie meistens das tun, was der Mann wünscht, und sie läßt sich auch vom Mann beeinflussen, sie wird auch das wählen, was der Mann sagt, anders glaube ich, ist es bei den berufstätigen Frauen bzw. den alleinstehenden Frauen, ...“ (Interview 22, S. 12.)

„Es liegt zum Teil auch sicherlich an der mangelnden Bereitschaft der Frauen, die gewisse Hemmungen haben, sich für eine Partei zu engagieren, dieses mangelnde Engagement

geht sicherlich auch darauf zurück, daß die Frau immer wieder mit Haushaltspflichten in ihrer Freizeit betraut ist und daher also kaum die nötige Zeit aufbringt, um sich anderweitig zu engagieren.“ (Interview 21, S. 7.)

Beispiele aus der Gruppe der Befragten der SP:

„Ich halte das für eine Sache der Frau. Solange die Frau nicht bereit ist, sich aus einem Klischee herauszuentwickeln, solange sie nicht selber mehr als kochen und nähren lernen möchte, solange sie Bildung haben möchte, um eine bessere Partie zu machen, wird es nicht sein.“ (Interview 9, S. 16.)

„Weil viele Frauen glauben, es ist nicht immer angenehm, im Blickfeld zu stehen für ihren Mann. Mancher Mann will nicht, daß seine Frau Kritik ausgesetzt ist. Wenn der Partner das Vertrauen nicht hat, wird es nicht möglich sein, eine Karriere zu machen.“ (Interview 17, S. 13.)

„Das liegt teils an den Frauen selbst, und zwar deshalb, weil sie zu wenig Druck entwickeln. Die Frauen müßten in die Organisationen gehen und sich dort in der Weise durchsetzen, daß sie Funktionen übernehmen und Sektionsleiter werden und dann in den entsprechenden Organisationen nachrücken, daß sie in größerer Anzahl in den Parteivorständen sitzen ... Hier müßten sie mehr Druck entwickeln, dann würde sich auch von selbst ergeben, daß man sie nicht umgehen kann, daß sie mehr Positionen besetzen.“ (Interview 16, S. 9.)

Als Voraussetzung für eine aktive Beschäftigung der Frau mit Politik wird vor allem die Beseitigung der Mehrfachbelastung betont. Als Lösungsmöglichkeiten werden die Schaffung von mehr Kindergärten u. ä. Einrichtungen, die Erziehung von Familienangehörigen zur Mithilfe im Haushalt, die Beteiligung des Ehemannes an der Haushaltarbeit und Kindererziehung, die berufliche Entlastung für die Frau und, vor allem bei Angehörigen der VP und FP, Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten für die Frau genannt. SP-Befragte stehen dagegen auf dem Standpunkt, daß eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung das Problem besser lösen könnte. Eine Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten wird ebenfalls als wichtige Voraussetzung betrachtet.

Folgende Beispiele sollen dies illustrieren:

„Rollenteilung besteht ja noch immer; wenn beide Partner politisch interessiert sind, muß es in der Regel die Frau sein, die verzichtet, um Haushalt und Kinder zu versorgen, das ist der eine Grund. Der zweite ist sicherlich die Bildungsbenachteiligung der Frau, sie sind weniger in der Lage sich zu bilden, auszubilden, einen qualitativen Beruf zu erlernen ...“ (Interview 5, S. 6.)

„Falsch ist es, wenn man den Fehler nur allein bei den Frauen sieht, ... es stimmt zwar bis zu einem gewissen Grad, daß die Frau nicht aktiv sein will, aber nicht in dem Maße, in dem man das gern ins Treffen führt. Ich glaube schon, daß die Frauen politisch interessiert sind, vielleicht in einer etwas anderen Art, vielleicht präsentiert sich das ein wenig anders, was ja auch wieder mit der Gesellschaft und der politischen Struktur zusammenhängt.“ (Interview 1, S. 12.)

„Das hängt mit der allgemeinen Diskriminierung der Frau zusammen. Mit ihrer ganzen Stellung im öffentlichen Leben. Mit den Vorurteilen. Aber auch auf der anderen Seite mit dem geringen Engagement der Frauen. Mit ihrer Doppelbelastung in Beruf und Haushalt. Das hat viele Seiten ...“ „Ich halte nichts von Appellen, die Vorurteile abzulegen. Es ist eine Sache, die Vorurteile abzulegen, aber es nützt ja nichts. Es gehören konkrete Maßnahmen dazu. In Wirklichkeit müßte es im Kindergarten schon beginnen ...“ (Interview 20, S. 8.)

Die Problematik der politischen Bereiche, zu denen Frauen Zugang haben

Die Frage, ob die Frauen in allen Bereichen gleichrangig eingesetzt werden, wird von den Frauen aus VP und FP fast durchwegs mit „Nein“ beantwortet. Beispiele für „sogenannte weibliche Interessengebiete“:

„Man setzt die Frauen bei sozialen Belangen ein, aber zum Beispiel von einem Baureferat hält man die Frauen fern, obwohl ein Mann, auch wenn er Bäcker ist, ein Baureferat übernehmen kann ...“ (Interview 22, S. 13.)

„Naturgemäß erwarten die Männer, daß sich Frauen für die sogenannten weiblichen Interessengebiete interessieren und engagieren ...“ (Interview 21, S. 8.)

„Gleichberechtigung“ bei der Arbeit, Benachteiligung bei der Entscheidung:

„Was die Arbeit anlangt, sind wir nicht benachteiligt. Wir dürfen alles arbeiten; ob es Wirtschaftsfragen sind, gewerkschaftliche Fragen, Sozialfragen spielt keine Rolle. Es ist selbstverständlich, daß wer sehr stark mitarbeitet, dann auch mitbestimmen will; und mitbestimmen, mitgestalten kann man nur in einer Funktion, und da sind wir eindeutig benachteiligt.“ (Interview 23, S. 10 f.)

Bei den Befragten der SPÖ sind die Einschätzungen ähnlich, wenn auch positive Stellungnahmen vorkommen, wie z. B. die folgende:

„Ich glaube, daß man uns in der Partei nicht weniger zuteilt. Wenn sich jemand engagiert und sich für eine Sache befähigt zeigt ... fördert man ihn, im Interesse der eigenen Organisation ...“ (Interview 9, S. 20.)

Dagegen überwiegen Hinweise auf die Beschränkung der politischen Teilnahme von Frauen:

„Sie werden absolut nicht in allen Bereichen gleich eingesetzt, sondern man ist teilweise gar nicht daran interessiert, daß sie mitarbeiten. Manche Männer sind nämlich der Meinung, Politik ist ihre Aufgabe, die Frauen gehören zu den Kochköpfen heim und nicht in die Politik. Darum werden sie teilweise überhaupt nicht eingesetzt, meiner Meinung nach geht dadurch sehr viel geistiges Kapital verloren, und wenn Frauen eingesetzt werden, werden sie oft einseitig eingesetzt, indem man sie spezialisiert auf Soziales, für Geburtstagsfeiern, ihnen aber keine anderen Tätigkeiten zutraut.“ (Interview 16, S. 11.)

„Es ist leider so, daß Frauen immer die Kapitel Fürsorge, Sozialpolitik übernehmen, weil die Frauen eben dienen sollen, helfen sollen, das sind die Eigenschaften, die man den Frauen zuschreibt.“ (Interview 15, S. 14.)

Auch für die SPÖ wird beobachtet, daß der Widerstand gegen Frauen mit dem Aufsteigen in der Parteihierarchie immer stärker wird, während Frauen an der „Basis“ gerne gesehen sind:

„Es ist durchaus so, daß heute in der Partei die Frauen sehr geschätzt sind zum Kassieren von Mitgliedsbeiträgen, als Schriftführerinnen, als Kinderfreundereferentin, das sind die Tätigkeiten, in denen man Frauen gern sieht, aber je höher man in der Parteihierarchie steigt, umso weniger gern läßt man Frauen hin, es gibt z. B. in Wien einen einzigen weiblichen Bezirksobmann, ... nur drei weibliche Bezirkssekretäre, dabei ist Wien noch wesentlich besser dran als andere Bundesländer ...“ (Interview 18, S. 11.)

„Man muß vor allem nach Organisationsstufen unterscheiden, in der niedrigsten, also in der Sektion, werden die Frauen überall eingesetzt, ... angefangen von Katasterführern, Schriftführern, Kassieren, Kaffeekochern bei Veranstaltungen, Brötchenservieren ... Hier findet man die Frauen in größerer Zahl als Männer tätig. Hier werden sie selbstverständlich gerne gesehen. ...“

„... ich glaube, es ist in der gesamten Partei und besonders in Wien so, daß man darauf achtet, daß auch jeweils eine Frau in der Parteispitze dabei ist, ... es ist zwar schwieriger, aber wenn einmal eine Frau die Chance hat, zu kandidieren, und man merkt, die möchte mitarbeiten und versteht auch das, kann sie sich vor Funktionen kaum retten ...“ (Interview 8, S. 4.)

Gesonderte Organisationen für die weiblichen Parteimitglieder

Die Einstellung der Befragten der ÖVP und FPÖ zu den Frauenorganisationen ist nicht sehr unterschiedlich; die separate Organisierung der Frauen in den

Parteien wird als eine Notwendigkeit betrachtet, begründet durch die zahlenmäßige Schwäche der Frauen und die Vorurteile der Männer; es wird für wünschenswert gehalten, daß die Frauenorganisationen eines Tages ihre Existenzgrundlage durch Integration der Frauen in alle Bereiche der Parteien verlieren.

Beispiele von VP-Befragten:

„Wir haben innerhalb der Partei eine eigene Frauenorganisation, die ich aber als eine vorübergehende Erscheinung ansehe. Ich glaube, es müßte uns gelingen, daß Frauen in allen politischen Gremien voll integriert sind, dann wird sich die Bildung einer eigenen Frauenorganisation erübrigen. ... vorläufig ist es ein Weg, weil wir Kandidatinnen nominieren können. Wir sind eine gleichberechtigte Teilarbeitung wie die übrigen ... und durch diese gleiche Berechtigung haben wir auch die Möglichkeit, unsere Kandidaten zu nominieren, aber ich hoffe, daß dieser Prozeß nur ein vorübergehender ist, daß wir irgendwann einmal voll integriert sind, daß Leistung und nicht Geschlecht maßgebend ist.“ (Interview 21, S. 10.)

„Ich würde wünschen, daß wir eines Tages überall normal integriert sind und es nicht nötig haben, durch einen eigenen Bund sozusagen unsere Schlagkraft herausstellen müssen.“ (Interview 23, S. 15.)

Die Befragten aus der SPÖ sind ebenfalls der Überzeugung, daß die separate Organisierung vorläufig sowohl innerparteilich notwendig als auch in der Öffentlichkeit von großer Bedeutung ist.

Als innerparteiliche Aufgaben der Frauenorganisationen werden u. a. die Unterstützung weiblicher Kandidaten und das Vertreten spezifischer Fraueninteressen gesehen, die sonst zu kurz kämen, dazu kommt die Betreuung der Frauen als Wählerinnen. Zu den Aufgaben in der Öffentlichkeit wird die allgemeine Politisierung der Frau, die Weckung des politischen Bewußtseins gezählt.

Beispiele für die Beurteilung der gesonderten Frauenorganisationen:

„Im Augenblick ist es notwendig, daß es gesonderte Frauenorganisationen gibt, aber natürlich ist es meiner Meinung nach keine Dauereinrichtung. Wenn die Integration da ist, wird auch eine Frauenorganisation nicht mehr nötig sein. Die Frauenorganisationen haben die Aufgabe eines Klubs, sind also eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit. Ich möchte wieder betonen, schauen Sie sich an, wieviel Frauen in wichtige Gremien entsendet werden, besonders was die Öffentlichkeitsarbeit angeht, ich möchte den Hörer- und Seherbeirat erwähnen, wo man doch immer die Sorgen mit der Mediengestaltung, dem falschen Leitbild usw. hat. Die Männer allein werden das nicht entscheiden können. Da gibt es noch Kämpfe. Daher ist die Frauenorganisation noch notwendig.“ (Interview 1, S. 15.)

„Zielvorstellung ist, daß ein organisatorischer Zusammenschluß der Frauen nicht notwendig sein sollte, aber heute, in der Praxis, ist es absolut notwendig, daß die Frauen die Fraueninteressen vertreten, es ergibt sich bei jeder Wahl, es wäre kaum eine Frau irgendwo drinnen, wenn nicht doch die Frauen für sie eintreten würden. ...“ (Interview 5, S. 10.)

„Ich träume zwar davon, daß eines Tages der Zeitpunkt kommt, wo es nicht mehr notwendig sein wird, eine gesonderte Frauenorganisation zu haben. Nämlich dann, wenn die Männer die Frauen als wirklich gleichberechtigte Partner betrachten. Ich hoffe, diesen Zeitpunkt noch zu erleben, aber ich bin nicht ganz zuversichtlich. Solange dies nicht der Fall ist, glaube ich, daß es notwendig ist, und zwar – verzeihen Sie mir dieses Wort – als Pressure Group oder als Lobby.“

„... In der Partei glaube ich, daß (das Bundesfrauenkomitee) nicht so ernstgenommen wird wie es sollte. Wie man ja überhaupt die Frauen in der Partei nicht immer ernst nimmt.“ (Interview 16, S. 12.)

„Die Aufgaben sind, die Belange der Frauen stärker zu vertreten, zu schauen, daß bei den Kandidaturen die Frauen nicht benachteiligt werden, die Belange wahrzunehmen, denen die Männer weniger Bedeutung beimessen. ...“

Es ist hier schon ein Wandel eingetreten. Heute erkennt man in der Gesamtpartei, daß Konsumentenfragen eminent politische Fragen sind, also es kommt hier zu einem Wandel, und die Dinge, die früher nur die Frauen gemacht haben, Konsumentenpolitik usw., sind heute Fragen, mit denen sich internationale Organisationen befassen und die auch in der Partei anerkannt werden.“ (Interview 18, S. 16.)

Es werden auch die Probleme unterstrichen, die die gesonderte Organisation der Frauen aufwirft:

„Ja, es ist ja auch eben die Schwierigkeit, daß wir unsere eigenen Frauenkomitees haben in unserem Arbeitsbereich, die sich natürlich nicht mit den großen politischen Aufgaben, sondern meistens mit dem für die Partei trotzdem sehr notwendigen Kleinkram abgeben müssen, und das ist auch das, was unter Umständen die Männer akzeptieren, weil das natürlich in der Partei notwendig ist, ob das nun die Markenkassiererin oder die Durchführung irgendwelcher Veranstaltungen ist und die überläßt man uns nach Möglichkeit gerne.“

Und damit natürlich sind die Frauenkomitees mit dem gewissen, sagen wir Negativem, schon abgestempelt, also daß man gewisse Aufgaben nur den Frauen überläßt.“ (Interview 2, S. 16.)

Einstellung zur Neuen Frauenbewegung

Die Einstellung zur Neuen Frauenbewegung ist bei den Befragten aller vier Parteien ähnlich, vor allem die Erscheinungsformen dieser politischen Strömung, zum Teil aber auch die Ziele werden abgelehnt.

Ein Unterschied zwischen den Parteien besteht insofern, als ÖVP-Befragte zum Teil der Meinung sind, daß die Neue Frauenbewegung sogar geeignet ist, der „Sache der Frau“ zu schaden, während Befragte der SPÖ zum Teil zugestehen, daß diese Bewegung zumindest die Funktion hatte, der Diskussion um die Emanzipation der Frau neue Impulse zu geben.

Allerdings sind Interesse an und Informationen über die politischen Ansätze und Ausprägungen dieser Frauenbewegung (die in Österreich bis jetzt nur schwache Ansätze zeigt) ganz allgemein gering, zum Teil kam eine starke emotionale Abwehr zum Ausdruck.

Folgende Beispiele erscheinen typisch:

„Was soll ich davon halten? Wenn Sie meinen, die Emanzipation der Frau, so möchte ich sagen, wir wollen als Frauen nichts anderes bleiben und werden als Frauen, das ist der Standpunkt, auf dem ich persönlich stehe. Nur gleichwertig und gleichrangig wollen wir sein.“ (Interview 19, S. 19.)

„Nein, ich glaube vielmehr, die Frauen müßten durch ihr Wirken und durch ihre eigene Kraft die Männer davon zu überzeugen suchen, daß wirklich nur in der Gemeinschaft, gemeinsam mit den Männern und Frauen eine Umwandlung der Gesellschaft, wenn Sie wollen, zustande kommt.“ (Interview 12, S. 11 f.)

„Also ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich halte nicht viel davon (von der modernen Frauenbefreiungsbewegung), denn ich finde, diese Bewegungen schießen ein wenig über das Ziel und die sind vielleicht passend für Amerika, aber ich glaube, unserer Mentalität entsprechend dienen sie als Denkanstöße oder so, aber ich glaube, daß gerade so radikale Bewegungen dem Gedanken der Frauenarbeit, wie ich ihn persönlich sehe, diesem Hineinwachsen in eine vielleicht ideale Gesellschaft hinderlich sind, weil sie das Bild der Frau etwas negativ verzerren.“ (Interview 18, S. 21.)

„Ich halte das nicht für gut. Vor allem weil sie meistens auch, sie wollen provozieren, aber sie tun das oft mit untauglichen Mitteln und damit wecken sie ja auch schon die Abneigung

bei den Frauen selber oft, umso mehr bei den Männern, also das war ja schon einmal um die Jahrhundertwende diese Bewegung, ich glaube nicht, daß das nützlich ist, diese Art. Ich halte viel mehr davon, daß die Frauen versuchen, in allen Bereichen sich zu integrieren und dort mit Vernunft die anderen zu überzeugen, dann die Männer natürlich, aber auch die eigenen, die Frauen selber. Denn wären alle Frauen überzeugt von unseren Vorstellungen, dann wäre schon vieles leichter, aber es ist ja nicht so." (Interview 15, S. 20.)

„Ich muß Ihnen sagen, daß ich zuwenig informiert bin. Ich habe nur das Gefühl, daß die Amerikaner, wie sie das immer tun, alles übertreiben. Ich glaube, daß das eher eine Gegnerschaft der Männer hervorruft oder vielleicht sogar eine Unterdrückung der Männer. Ich muß sagen, einen Pantoffelhelden möchte ich auch nicht haben.“ (Interview 24, S. 45.)

Strategien zur Veränderung der Situation der Frau

Bei der Einschätzung, wie man die Situation der Frauen verbessern könnte, welche Möglichkeiten die Frau in der Politik, im öffentlichen Leben hat, um die Position der Frauen allgemein zu verändern, unterschieden sich die Vorstellungen der Befragten der ÖVP wie auch die der FPÖ wiederum deutlich von den Vorstellungen der Vertreterinnen der SPÖ und der Vertreterinnen der KPÖ.

Die Befragten der ÖVP und auch der FPÖ streben weniger eine grundlegende Änderung der Lage der Frau als eine Umwertung der bis jetzt unterbewerteten traditionellen „weiblichen“ Betätigungsfelder in Haushalt und Beruf an. Es sollen Einrichtungen geschaffen werden, die es den Frauen erleichtern, ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter gerecht zu werden, wenn sie gezwungen sind, arbeiten zu müssen.

Nur eine der Befragten dieser Gruppe meinte, daß man auf die „Mithilfe des Mannes und der Kinder hält nicht wird verzichten können.“ Ansonsten betrachtet man die Einrichtung von Teilzeitarbeit und Betriebskindergärten, die die Betreuertätigkeit der Mütter erleichtern sollen, sowie den Einsatz von arbeitsparenden Haushaltmaschinen, pflegeleichter Wäsche und Fußböden und vorgefertigten Nahrungsmitteln als Möglichkeiten, die Belastung der doppelt- und dreifachbelasteten Frau zu reduzieren.

Dazu folgende Beispiele:

„... Ganztagsschulen, Kinderkrippen, Horte, und ich finde wesentlich die Schaffung von Betriebskindergärten, denn da ist doch die Mutter viel ruhiger, wenn ich im Betrieb bin und ich weiß, dort ist mein Kind, passiert irgend etwas, bin ich zur Hand, das läßt sich alles machen, nur der Wille muß da sein.“ (Interview 22, S. 16.)

„Mehr Aufklärung für die Frauen, das müßte in der Schule schon beginnen. Ich kann mir vorstellen, daß wir schon in der Mittelschule ein Fach für Lebenskunde oder ähnliches einführen, wo ganz allgemeine Fragen des täglichen Lebens behandelt werden. Man muß dem Mädchen schon bewußt machen, was für eine Stellung sie einnimmt, welche Aufgaben sie hat, da kann man sehr viel machen. Und man muß die Frauen ganz allgemein viel intensiver aufklären, ich kann es nicht anders nennen, informieren, aufklären, wer weiß denn heute, was das und das ist. ... Es müßte jeder Staatsbürger ganz genau wissen, was was ist. Das gilt für alle Lebensbereiche. Und dann erst kann ich von ihm eine mündige Entscheidung erwarten. Wenn er die Parteizeitung liest, wird er automatisch das glauben, was seine Partei ihm sagt. Ich würde aber gern haben wollen, daß er die Dinge überparteilich, von mehreren Seiten sehen kann. Das ist bei den Frauen das gleiche, Information, Aufklärung, das sind die Dinge, die man hämmern muß, daß wir mündige Staatsbürger bekommen, was automatisch auch mündige Frauen heißt.“ (Interview 23, S. 23.)

Die Befragten aus der Gruppe der SPÖ-Mandatarinnen und Funktionärinnen betonen weit stärker die Notwendigkeit der Einbeziehung des Mannes in die praktischen Aufgaben des Familienlebens, um die Situation der Frauen zu verbessern.

Als notwendige Voraussetzung für die Erreichung der vollen Gleichberechtigung werden die Verbesserung der Position der Frau durch Gesetze und Gewerkschaftsarbeit, berufliche Qualifikation, beispielgebende Wirkung von Frauen in gehobenen beruflichen und politischen Positionen, Einführung der 30-Stunden-Woche für Männer und Frauen, die es beiden ermöglichen soll, sich an der Hausarbeit und Kindererziehung zu beteiligen, eine veränderte Erziehung durch Elternhaus und Schule, Beeinflussung der „Volksmeinung“ durch die Massenmedien und die Verbesserung der Chancengleichheit in der Bildung. Dazu folgende Beispiele:

„Die Frauen können die Situation nur selbst ändern, indem sie die Dinge selbst in die Hand nehmen. Niemand anderer kann dies tun. Wenn es die Männer tun würden, wäre das künstlich. Solange das Bedürfnis der Frauen nicht größer ist, ihre Situation zu ändern, wird sich gar nichts ändern. Die Masse der Frauen scheint mit den Verhältnissen zufrieden zu sein, sonst würden die Verhältnisse schon längst geändert sein. Das politische Bewußtsein der Frauen ist offenbar noch nicht in dem Maße aktiviert, wie es aktiviert sein sollte. ... Die Gewerkschaft könnte dazu viel tun und wäre als überparteiliche Organisation dazu gerade prädestiniert. Die Wirklichkeit zeigt aber, daß die Frauen dort überhaupt nichts zu reden haben ...“

„... Gesetze allein genügen nicht. Es müssen Maßnahmen gesetzt werden. Um sich durchzusetzen, gibt es nur eines: Zusammensetzen, Organisieren, dann den nötigen Druck entwickeln. Mir scheint, daß wir in den verschiedenen Organisationen die Tendenz dazu haben, die Organisierung zu vernachlässigen. Augenblicklich ist es so, vielleicht ändert sich das einmal.“ (Interview 16, S. 21 f.)

„Es fängt damit an, daß man die Jugend dazu erziehen muß, daß wenn sie Kinder haben, daß sie sie gleich erziehen. Denn es fängt ja im Elternhause an und dann in der Schule.“ (Interview 19, S. 17.)

„Das beginnt bei der Hausfrau in der Wohnung, die sich auch einmal die politischen Nachrichten anhören sollte und die einen Leitartikel lesen soll, damit sie nicht total den Kontakt verliert. Das Entsetzliche ist ja, daß die Frauen ja oft in ihren vier Wänden frustriert sind und oft eine Gegnerschaft gegen politische Frauen zu entwickeln beginnen. Auch das haben wir erlebt. Hier müssen wir Kontakt finden ...“ (Interview 1, S. 21.)

„Die Situation der Frau und des Mannes gehört geändert; wenn wir von Emanzipation sprechen, da also auch Emanzipation, Befreiung des Mannes. Ich finde, es ist schlecht, daß der Mann in der Erziehung der Kinder praktisch abstinent ist. Jetzt kommen die Psychologen auch schon drauf, daß die Brutalität der Jugend daher röhrt, daß sie also ganz immer nur auf Frauen fixiert sind. Die Mutter, die Kindergärtnerin, die Lehrerin, daß also das männliche Element in der Erziehung fehlt. Man müßte also die Stellung der Frau und die Stellung des Mannes ändern, das was wir also anstreben und so auch schon August Bebel in seinem Buch geschrieben hat, Mann und Frau als gleichberechtigte Partner, das hat natürlich nichts mit der biologischen Verschiedenheit zu tun, die Frau wird immer die Kinder kriegen müssen und daher braucht sie also gewisse andere rechtliche Stellungen, einen gewissen Schutz, aber für diese Zeit, für diese Funktion, man müßte hier doch weitergehen, man müßte schauen, daß man die Frau dann wieder leichter in den Beruf integriert, mit den Versicherungsjahren usw., wenn sie eben diese biologische Stellung hat, ihr dies nicht als Nachteil anhängen, sondern im Gegenteil diese Jahre, diese Zeit überbrücken helfen, daß wirklich Mann und Frau als Partner in der Familie und in der Gesellschaft die gleichen Möglichkeiten haben.“ (Interview 18, S. 20 f.)

„Ich glaube, die Situation der Frau müßte von zwei Seiten, die sich gegenseitig beeinflussen, geändert werden. Auf der einen Seite, daß in der Gesellschaft ein neues Rollenbild entsteht, daß also die Frau nicht nur Hausfrau und Mutter zu sein hat, sondern auch ihre Aufgabe im Beruf, in der Politik, in der Wirtschaft zu erfüllen hat, und auf der anderen Seite, daß die Frauen selbst dieses Rollenbild erkennen, daß sie sich nicht nur diesem falschen Rollenbild anpassen, sondern daß sie sich ihrer Rolle als Frau wirklich in allen Bereichen bewußt werden und auch danach verhalten . . .“ (Interview 8, S. 16.)

„. . . Wenn man einmal 30 Stunden in der Woche nur mehr arbeiten muß, dann ist das Problem überhaupt weg. Denn die Belastung mit den Kindern ist ja doch relativ eine kurze Zeit, denn wenn wir sie dann im Kindergarten, in der Ganztagschule haben, wobei ich sagen muß, ich halte diese beiden Einrichtungen nicht nur für die Kinder berufstätiger Eltern wichtig, denn in der Kleinfamilie können wir sie einfach nicht mehr zur Gemeinschaft erziehen, das gehört einfach für alle Kinder . . .“ (Interview 4, S. 20.)

Auslesekriterien, typische Merkmale für die politische Karriere von Frauen, konnten in dieser Befragung nur subjektiv, nach der Meinung der Befragten erhoben werden.

Objektive Merkmale müßten durch Vergleich der tatsächlich ausgewählten Minderheit mit den verschiedenen Kategorien politisch interessierter, aber nicht in Spitzenpositionen vorgedrungener Frauen gewonnen werden.

Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen können dennoch einige Aspekte des Problems, warum die Frauen in der Politik so kraß in der Minderheit sind, beleuchtet werden.

- Allgemein sind die befragten Politikerinnen der Meinung, daß die politische Rolle der Frau mit ihrer sonstigen gesellschaftlichen Stellung und Benachteiligung zu erklären ist, wobei diese unterschiedlich beurteilt wird.
- Als Stufen des offensichtlich harten Ausleseprozesses ergaben sich:
 - Ein überdurchschnittlich politisch aktives Elternhaus, mit einem das politische Engagement begünstigenden Klima.
 - Damit verbunden der frühe Beginn politischer Tätigkeit über Jugendorganisationen.
 - Eine partnerschaftliche Ehesituation, in der berufliche Aktivität und berufliches Engagement möglich sind, wenn auch häufig mit Konflikten inner- und außerhalb der Familie verbunden, läßt sich bei der Mehrzahl der Verheirateten ableiten.
 - Die näheren Umstände der Karriere werden ungern erwähnt; daß die politische Karriere in der vorherrschenden „politischen Kultur“ eher etwas ist, was nicht offen angestrebt werden kann, äußert sich in der häufigen Nennung von „Zufall“ und „überraschender Berufung“ bzw. „Aufstellung“ als Kandidatin.
 - Von fast allen Befragten werden direkt oder indirekt langjährige Hartnäckigkeit beim (so wörtlich) „Hinaufdienen“ in der Parteihierarchie und innerhalb der Frauenorganisation selbst als Voraussetzung für die Erlangung des öffentlichen Mandats genannt. Dabei gehören Widerstände, Vorurteile und Konflikte in den männlich dominierten Parteigremien, aber auch im autonomen Bereich der Frauenorganisationen zum Alltag der politisch aktiven Frau.

- Als stark wirksamer Auslesefilter wird übereinstimmend der Widerstand der männlichen Majorität in den entsprechenden Gremien gegen ein Vordringen von Frauen über einfache politische Funktionen an der „Basis“ hinaus genannt. So sind Frauen für die Organisationsarbeit sehr gefragt, in Entscheidungsgremien dagegen weniger.
- Ein weiterer Filtermechanismus ist das Abdrängen der Frauen auf „weibliche Interessen“, auf bestimmte politische Bereiche, was oft trotz bester fachlicher Qualifikation nicht abgewendet werden kann.
- Die laufende Mehrfachbelastung durch Familie, Beruf und Politik wird von den meisten Befragten als ernstes Hindernis für intensive politische Tätigkeit gesehen.

6 POLITISCHES INTERESSE UND POLITISCHE AKTIVITÄTEN DER ÖSTERREICHERINNEN

6.1 Geringes Interesse an Politik

In Österreich gibt es derzeit nur einen geringen Prozentsatz von Frauen, die sich häufig mit den Vorgängen im politischen Leben beschäftigen. Ein hoher Prozentsatz der befragten Frauen kümmert sich kaum oder nur sporadisch darum, was im öffentlichen Leben geschieht.

Von den . . . (in %)	N = 1064
kümmern sich nicht um Politik	43
meinen, man müßte sich wohl mit Politik beschäftigen, kommen aber nicht dazu	14
beschäftigen sich ab und zu mit Politik	36
beschäftigen sich häufig mit Politik	7

Das Interesse an Politik ist bei Frauen wie auch bei Männern stark von der Schulbildung und der beruflichen Position abhängig. Je höher Schulbildung und berufliche Stellung sind, umso stärker ist das Interesse an den Vorgängen im politischen Leben. Von den Frauen, die nur die Pflichtschule besucht haben, kümmert sich die Mehrheit (67%) überhaupt nicht um Ereignisse des öffentlichen Lebens, während sich von den Frauen mit Matura oder abgeschlossener Hochschulbildung 74% gelegentlich oder häufig mit Politik beschäftigen. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch, wenn man die Antworten auf diese Frage aufgeschlüsselt nach dem Beruf betrachtet. Desinteresse zeigen vor allem Landwirtinnen (68%) und Arbeiterinnen (63%). Interesse an Vorgängen im politischen Leben hingegen zeigen vor allem leitende Angestellte und Beamten (87% beschäftigen sich mit Politik) und auch kleine und mittlere Angestellte und Beamten (56% beschäftigen sich, zumeist sporadisch, mit Politik). Frauen, die entweder selbst als Freischaffende oder Selbständige tätig sind oder im Betrieb des Mannes mitarbeiten, zeigen hingegen am häufigsten schlechtes Gewissen, was ihr Interesse am politischen Leben angeht. Knapp drei Zehntel (29%) meinen, sie müßten sich wohl mit Politik beschäftigen, aber sie kämen nicht dazu – im Gegensatz zu 14% im Gesamtdurchschnitt.

Das geringste Interesse an Politik jedoch zeigen Frauen, die 60 Jahre oder älter sind (66% Desinteresse), in der Regel also Pensionistinnen (65% Desinteresse).

Durch die Heirat wird das Interesse an Vorgängen im politischen Leben stark verändert. Frauen, die nur die Pflichtschule besucht haben, beschäftigen sich nach ihrer Heirat etwas öfter mit Politik (26% bei alleinstehenden, 31% bei verheirateten Frauen). Hingegen sinkt bei Frauen, die entweder eine Berufsausbildung erhalten haben oder die Matura oder Hochschulbildung haben, das Interesse etwas (Alleinstehende mit Berufsausbildung geben zu 54%, Verheiratete mit Berufsausbildung zu 44% Interesse an der Politik an). Im Alter allerdings nehmen verheiratete Frauen, die eine Berufsausbildung genossen haben, stärker am politischen Leben Anteile als es Alleinstehende tun (67%: 43%). Da diese Frauen zum großen Teil mit Männern verheiratet sind, die selbst auch Berufsausbildung haben, wird ihr Interesse von dem des Mannes wahrscheinlich mitbeeinflußt.

Neben den Faktoren Alter, Schulbildung und berufliche Stellung hat auch der Wohnort einen gewissen Einfluß auf das politische Interesse. So ist in ländlichen Gebieten recht großes Desinteresse an Vorgängen im öffentlichen Leben zu beobachten (67% beschäftigen sich nicht mit Politik); mit steigender Ortsgröße wächst auch das Interesse an Politik – in Wien beschäftigen sich 56% der Einwohnerinnen sporadisch oder häufig mit Vorgängen im öffentlichen Leben.

Das Desinteresse an Politik, das in Landgemeinden zu beobachten ist, wird durch die Apathie der Frauen mit nur Pflichtschulbildung hervorgerufen. 61% dieser Befragten kümmern sich überhaupt nicht um Vorgänge im politischen Leben. Bei steigender Ortsgröße verringert sich dieser Prozentsatz um rund 10 bis 15%. Ein deutlicher Anstieg des Grades des politischen Interesses ist jedoch nur bei Frauen, die Matura oder Hochschule haben, zu beobachten. So zeigen von Befragten dieser Bildungsstufe in Orten mit bis zu 5.000 Einwohnern zu 56% Interesse für Politik, während es bei den Wienerinnen mit gleicher Bildung 82% sind, die an den Vorgängen im öffentlichen Leben interessiert sind.

Im Vergleich zu ihrem Mann halten sich 13% der Befragten an politischen Vorgängen interessanter, 35% meinen, sie interessieren sich ungefähr gleich stark und 52%, sie interessieren sich weniger als der Mann für Politik.

Während sich junge verheiratete Frauen im Vergleich zum Gatten als eher weniger an politischen Vorgängen interessiert (52%) einstufen, behaupten über 60jährige von sich recht häufig, gleich (41%) oder mehr (14%) an Politik Anteil zu nehmen, als es der Gatte tut, was als ein Ausdruck eines gewissen biologischen Überlegenheitsgefühls über den doch oft beträchtlich älteren Gatten angesehen werden kann.

Im Vergleich zu 1969 ist das Interesse an Politik gestiegen

Obwohl das Interesse an Vorgängen im politischen Leben im großen und ganzen recht gering ist, ist es doch in den letzten Jahren zu einer Veränderung

gekommen: Bei einer repräsentativen Umfrage im Jahr 1969 waren es um 10% mehr Frauen, die sich nicht um Politik kümmerten. Wenn auch die Zahl derer, die sich häufig mit Politik beschäftigen, nicht gestiegen ist, so hat sich doch das schlechte Gewissen, daß man sich nicht mit Politik beschäftigt, verstärkt, und ein größerer Prozentsatz der Frauen beschäftigt sich zumindest sporadisch mit Vorgängen im öffentlichen Leben. Dieses gesteigerte Interesse ist vor allem bei Frauen zu beobachten, die nur die Pflichtschule besucht haben, während bei höher gebildeten Frauen eher stärkeres Desinteresse zu vermerken ist.

Dieser Zuwachs an Interesse an politischen Vorgängen dürfte auf eine wachsende Beschäftigung mit Ereignissen im öffentlichen Leben speziell in Klein- und Mittelstädten zurückzuführen sein, denn das politische Interesse der Wienerinnen hat sich in der Zeitspanne zwischen 1969 und 1974 nicht wesentlich geändert, es ist sogar etwas schwächer geworden. Innerhalb der Altersgruppen ist es zu spezifischen Änderungen gekommen. 1969 gab es unter den älteren Frauen neben einem großen Anteil Desinteressierter einen beachtlichen Prozentsatz an politisch Interessierten. Die jüngeren und mittleren Jahrgänge hingegen beschäftigen sich nur sporadisch und oberflächlich mit Vorgängen im öffentlichen Leben. 1974 zeigt sich ein völlig verändertes Bild: Bei den älteren Frauen steht einer großen Gruppe Desinteressierter nur mehr ein geringer Prozentsatz Interessierter gegenüber.

Erfreulich jedoch ist, daß 1974 die jüngeren Jahrgänge im Gegensatz zu den damals Gleichaltrigen von 1969 ein erheblich größeres und intensiveres Interesse an der Politik zeigen. Sowohl die regelmäßige wie auch die sporadische Beschäftigung mit den politischen Ereignissen ist gestiegen.

Diesem gesteigerten Interesse entspricht auch die Einschätzung des eigenen Interesses im Vergleich mit anderen Frauen oder mit dem Ehemann, wobei sich die Frauen heute im Vergleich zum Mann häufiger als gleich oder mehr interessiert beurteilen. Dieses Selbstbewußtsein beim Vergleich des politischen Interesses mit jenem des Mannes ist in allen Alters- und Bildungsschichten zu beobachten. Im Vergleich zu anderen Frauen halten sich speziell Befragte, die nur die Pflichtschule besucht haben, im Gegensatz zu 1969 häufiger als mehr oder zumindest gleich interessiert an politischen Dingen.

Der Einfluß, den die Berufstätigkeit auf das Interesse an Vorgängen im politischen Leben ausübt, scheint nun nicht mehr so deutlich gegeben zu sein. Im Vergleich zu 1969 ist speziell bei den nichtberufstätigen Frauen die Anteilnahme an Politik gestiegen, was dazu führt, daß diese Frauen, wenn sie sich mit anderen vergleichen, mehr Selbstbewußtsein zeigen. Bei den Pensionistinnen hingegen ist das Interesse an Politik gesunken. War es 1969 die Hälfte dieser Frauen, die sich nicht um Politik kümmerten, so gaben 1974 sechs Zehntel an, sich nicht mit Vorgängen im öffentlichen Leben zu beschäftigen.

Diese Steigerung der Anteilnahme an Vorgängen im öffentlichen Leben bei nichtberufstätigen Frauen bedeutet jedoch keineswegs mehr, als daß eben mehr über Politik gelesen, gehört und eventuell auch geredet wird. Denn im Gegensatz zu berufstätigen

Frauen zeigen die Hausfrauen nur wenig Bereitschaft und Interesse an politischer Aktivität. Im Gegenteil: Unter ihnen ist ein recht beträchtlicher Prozentsatz von Gegnerinnen jedes politischen Engagements zu finden, gleich ob von Männern oder Frauen.

6.2 Bereitschaft zum Engagement in der Politik

6.2.1 Mehrheit ist an politischer Aktivität nicht interessiert

Die Zahl der Frauen, die sich im politischen Leben engagieren, ist gering: Sie schwankt zwischen 13% (Mitgliedschaft bei einer Partei) und 2% (Teilnahme an Demonstrationen oder aktive Mitarbeit bei einer Partei). Nur kurzfristige Aktionen oder politische Veranstaltungen, die spezifisch auf Frauenprobleme eingehen, können größeres Interesse erwecken. Ansonsten ist man der Meinung, daß solche Aktivitäten doch eher für andere Frauen sinnvoll sind.

Von den Frauen ... (in %, N = 1064)

(1 = betreiben selbst, 2 = würden mich interessieren, 3 = interessieren mich nicht, mag aber für andere Frauen sinnvoll sein, 4 = ist für Frauen abzulehnen, für Männer [eventuell] passend, 5 = ist überhaupt abzulehnen, 6 = keine Angabe)

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
kurzfristige Teilnahme an Aktionen für bestimmte Probleme (Bürgerinitiativen)	7	27	39	11	12	4
Besuch von politischen oder politisch gefärbten Veranstaltungen in Angelegenheiten der Frauen ...	5	20	48	8	15	4
aktive Teilnahme an einer politischen Demonstration in Angelegenheiten der Frauen	4	9	41	12	30	4
Besuch von politischen oder politisch gefärbten Veranstaltungen ganz allgemein	6	16	39	19	16	4
aktive Teilnahme an einer allgemein politischen Demonstration	2	6	27	21	39	5
Mitgliedschaft bei einer politischen Frauenorganisation	4	11	59	4	18	4
Mitgliedschaft bei einer politischen Partei	13	5	47	14	17	4
aktive Mitarbeit bei einer Frauenorganisation	4	13	57	5	17	4
aktive Mitarbeit in einer politischen Partei	2	7	50	16	20	5

Wie das Interesse an Vorgängen im öffentlichen Leben, ist auch die Bereitschaft zum Engagement vom Alter, von der Schulbildung und der beruflichen Position abhängig. Je jünger die Frauen sind, je höher die berufliche und die schulische Qualifikation ist, umso mehr entfalten sie politische Aktivität oder zeigen Interesse an politischen Veranstaltungen bzw.

an der Mitgliedschaft oder Mitarbeit in einer politischen Organisation. Im Gegensatz zum ganz allgemeinen Interesse und zur Anteilnahme an Vorgängen im öffentlichen Leben wird jedoch die Bereitschaft oder das Interesse an einem Engagement in der Politik stark davon beeinflußt, ob die Frauen einem Beruf nachgehen oder nicht: Berufstätige zeigen viel mehr Interesse an einer Beteiligung an politischer Arbeit. Je geringer die Schulbildung und die berufliche Qualifikation ist und je älter die Befragten sind, umso mehr hält man politische Aktivität für Frauen nicht passend oder lehnt eine solche Beteiligung an der Politik überhaupt ab.

6.2.2 Größtes Interesse gilt kurzfristiger Teilnahme an Aktionen für bestimmte Probleme

An Aktionen für bestimmte Probleme (Bürgerinitiativen) haben vor allem Frauen mit Matura oder Hochschule (27%), Selbständige oder Freischaffende bzw. Mithelfende (12%) und Angestellte und Beamte (höhere zu 13%, kleinere und mittlere zu 16%) sowie Bewohnerinnen von Orten mit mehr als 5.000 Einwohnern – Wien ausgenommen – (mehr als 10%) Interesse. Auch die Bereitschaft zur Teilnahme ist in diesen Gruppen und bei jungen Befragten recht hoch: Zumeist ein Drittel oder mehr würde sich für eine kurzfristige Teilnahme an solchen Aktionen interessieren. Ablehnung äußern speziell ältere Frauen, Befragte, die nur die Pflichtschule besucht haben, Bäuerinnen und Pensionistinnen, von denen ein Viertel oder mehr die Beteiligung von Frauen und zum Teil auch von Männern als nicht passend empfinden.

6.2.3 Politische Veranstaltungen interessieren dann, wenn Frauenangelegenheiten zur Sprache kommen

Auch der Besuch politischer oder politisch gefärbter Veranstaltungen trifft – vor allem wenn es sich um Angelegenheiten der Frauen handelt – auf größeres Interesse. Allerdings ist die Teilnahme an solchen Veranstaltungen recht gering: 5% waren bei politischen Veranstaltungen zu Frauenfragen und 6% bei allgemeinen politischen Veranstaltungen. Teilnahme an Veranstaltungen in Frauenangelegenheiten wird im allgemeinen jedoch für Frauen als sinnvoller angesehen als eine Teilnahme an allgemeinen politischen Veranstaltungen, die für einen oft beträchtlichen Teil der Befragten nur Männerfrage ist. Bei dieser wie auch bei den anderen Fragen, die sich auf das Engagement im politischen Leben beziehen, zeigt sich bei der Meinung, die leitende Angestellte und Beamtinnen äußern, eine Polarisierung. Ein oft recht großer Prozentsatz beteiligt sich aktiv oder ist interessiert, und ein oft überdurchschnittlich hoher Anteil ist gegen jede politische Aktivität überhaupt. So nehmen 13% der leitenden Angestellten oder Beamtinnen an allgemein politischen Veranstaltungen teil (in ganz Österreich waren es 6%), aber 22% (in ganz Österreich 16%) lehnen eine solche politische Aktivität ab.

6.2.4 Teilnahme an Demonstrationen wird abgelehnt

Wird die Teilnahme an politischen Veranstaltungen für Frauen zum Großteil gutgeheißen, so wird die aktive Teilnahme an politischen Demonstrationen, vor allem wenn es sich um solche allgemeiner Natur handelt, abgelehnt. Wird in Frauenfragen demonstriert, so ist man zwar desinteressiert, meint aber eine aktive Beteiligung mag für andere Frauen noch sinnvoll sein. Die Antworten auf die Frage nach einer aktiven Teilnahme an einer allgemein politischen Demonstration zeigen eine recht negative Einstellung gegen solche politische Aktivitäten: Knapp vier Zehntel (39%) sprechen sich überhaupt gegen Demonstrationen aus, wobei es innerhalb der einzelnen Gruppen einen recht konstanten Anteil an Gegnern gibt. Interesse an Demonstrationen ist in etwas stärkerem Umfang nur bei unter 25jährigen zu finden.

6.2.5 Mehr Interesse für Mitarbeit bei Frauenorganisationen als bei politischen Parteien

Mitgliedschaft wie aktive Mitarbeit bei einer politischen Frauenorganisation ist nach Meinung der meisten Befragten für Frauen sinnvoll, doch ist das Interesse daran doch recht gering: 4% der Befragten sind bei einer solchen Organisation aktives Mitglied und 11% (bzw. 13%) interessieren sich für eine Mitgliedschaft bzw. aktive Mitarbeit. Wiederum ist die größte Bereitschaft zum Engagement bei jüngeren und höher gebildeten Frauen zu beobachten.

Von all den zur Auswahl stehenden politischen Aktivitäten wurde die Mitgliedschaft bei einer politischen Partei am meisten genannt. Doch bedeutet diese Mitgliedschaft keinerlei Engagement: 13% der Frauen sind Mitglied, aber nur 2% wirken aktiv mit. Allerdings ist auch das Interesse an der Tätigkeit im Rahmen einer politischen Partei viel geringer als z. B. an der Mitarbeit bei Frauenorganisationen, wo sich doppelt soviel Frauen für Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit interessieren.

Vor allem die jungen Frauen, die recht oft Bereitschaft zur Mitgliedschaft (20%) oder Mitarbeit (26%) bei Frauenorganisationen zeigen, sind wenig an einer Mitgliedschaft (9%) oder Mitarbeit (14%) bei einer Partei interessiert.

Gegen solche politische Aktivitäten spricht sich ungefähr ein Fünftel der Frauen in Österreich aus, wobei die stärksten Bedenken von älteren Frauen, insbesondere Pensionistinnen, geäußert werden.

6.2.6 Auch politisch interessierte Frauen zeigen geringe Bereitschaft für ein stärkeres Engagement in der Politik

Von den Frauen, die sich ihrer Meinung nach mehr für Politik interessieren als die Mehrzahl der Frauen ... (in %, N = 209)

(1 = betreiben selbst, 2 = würden sich interessieren, 3 = interessiert sie nicht, mag aber für andere Frauen sinnvoll sein, 4 = ist für Frauen abzulehnen, für Männer [eventuell] passend, 5 = ist überhaupt abzulehnen, 6 = keine Angabe)

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
kurzfristige Teilnahme an Aktionen für bestimmte Probleme (Bürgerinitiativen) ...	16	53	17	6	7	*
Besuch von politischen oder politisch gefärbten Veranstaltungen in Angelegenheiten der Frauen ...	15	36	35	4	9	1
aktive Teilnahme an einer politischen Demonstration in Angelegenheiten der Frauen ...	12	19	34	7	28	1
Besuch von politischen oder politisch gefärbten Veranstaltungen ganz allgemein ...	19	31	27	12	10	1
aktive Teilnahme an einer allgemein politischen Demonstration ...	10	12	20	19	37	2
Mitgliedschaft bei einer politischen Frauenorganisation ...	14	22	44	1	17	2
Mitgliedschaft bei einer politischen Partei ...	28	11	38	7	13	3
aktive Mitarbeit bei einer Frauenorganisation ...	14	27	41	3	13	2
aktive Mitarbeit in einer politischen Partei ...	10	22	44	10	13	1

Diese Ergebnisse zeigen deutlich, daß bei diesen Frauen das politische Interesse und die politischen Aktivitäten zwar stärker sind, sich aber ebenfalls auf kurzfristige Aktivitäten und spezielle Frauenangelegenheiten konzentrieren.

6.2.7 Faktoren politischer Aktivierbarkeit bei Frauen

Die grundlegende Bereitschaft von Frauen, sich in politischen Belangen aktiv zu betätigen, scheint in erster Linie eine Folge politischer Sozialisation in der Familie zu sein. Weder höhere Schulbildung noch die Berufstätigkeit an sich fördern politische Aktivität nennenswert, und Heirat sowie Kinder stellen kein Hindernis dar. Nur scheint die Heirat die Frau in eine bestimmte „Frauenrolle“ zu drängen: Das Interesse, sich in Frauenangelegenheiten zu engagieren, steigt, während das Interesse an einem allgemein politischen Engagement abnimmt. Die Politik ist Sache des Mannes, was durch weitere Ergebnisse dieser Untersuchung bestätigt wird.

Ebenfalls recht wenig Einfluß auf die Bereitschaft zu direkter politischer Aktivität hat die Mitgliedschaft bei politischen Parteien oder Organisationen allein. Erst wenn stärkeres Interesse an den Vorgängen im öffentlichen Leben mit der Mitgliedschaft verbunden ist, wird auch die Bereitschaft zum Engagement größer, wobei diese mehr Frauenangelegenheiten gilt. Während alle Arten politischen Engagements stark miteinander korrelieren, d. h. die Bereitschaft an der Teilnahme an politischen Veranstaltungen zur Teilnahme an Demonstrationen oder zur Mitarbeit bei Parteien oder Frauenorganisationen führt, ist die

kurzfristige Teilnahme an Aktionen für bestimmte Probleme, wie z. B. Bürgerinitiativen, relativ unabhängig vom sonstigen Engagement, ausgenommen in Frauenangelegenheiten.

6.2.8 Männer: Politisches Engagement ist für Frauen vor allem in ihren eigenen Angelegenheiten sinnvoll

Der Großteil der Männer hält die Teilnahme an kurzfristigen Aktionen, an politischen Veranstaltungen in Frauenfragen, die Mitgliedschaft und aktive Mitarbeit bei Frauenorganisationen auch für Frauen sinnvoll. Mehr als die Hälfte befürwortet auch die Teilnahme von Frauen an allgemein politischen Veranstaltungen und die Mitgliedschaft bei einer politischen Partei und mehr als vier Zehntel sprechen sich auch noch für eine Teilnahme von Frauen bei Demonstrationen in Frauenfragen und für eine aktive Mitarbeit bei einer politischen Partei aus. Daß Frauen sich aber aktiv an allgemein politischen Demonstrationen beteiligen, halten nur mehr drei Zehntel der befragten Männer für sinnvoll.

Es halten von den Männern... (in %, N = 912)
(1 = auch für Frauen sinnvoll, 2 = für Frauen abzulehnen, für Männer [eventuell] passend, 3 = überhaupt abzulehnen, 4 = keine Angabe)

1. 2. 3. 4.

kurzfristige Teilnahme an Aktionen für bestimmte Probleme (Bürgerinitiativen)	69	17	9	5
Besuch von politischen oder politisch gefärbten Veranstaltungen in Angelegenheiten der Frauen	68	14	13	5
aktive Teilnahme an einer politischen Demonstration in Angelegenheiten der Frauen	49	17	29	5
Besuch von politischen oder politisch gefärbten Veranstaltungen ganz allgemein	51	28	16	4
aktive Teilnahme an einer allgemein politischen Demonstration	31	30	35	4
Mitgliedschaft bei einer politischen Frauenorganisation ..	64	11	20	5
Mitgliedschaft bei einer politischen Partei	52	28	16	4
aktive Mitarbeit bei einer Frauenorganisation	69	10	16	5
aktive Mitarbeit bei einer politischen Partei	44	32	21	3

Wie bei den Frauen wird die Einstellung auch bei den Männern vom Alter, von der Schulbildung, der beruflichen Position und der Ortsgröße maßgeblich beeinflußt: Je jünger die Männer, je höher die Schulbildung und die berufliche Position und je größer der Wohnort ist, umso positiver beurteilen die Männer politische Aktivität von Frauen. Die geringste Zustimmung findet das Engagement von Frauen bei Landwirten, in Orten mit bis zu 5.000 Einwohnern und bei Pensionisten, die überhaupt wenig von politischer Aktivität halten.

Diese zum Teil recht heftige Ablehnung politischer Aktivität durch die Männer (wobei Ehemänner viel weniger mit solcher Teilnahme einverstanden sind als alleinstehende) hat sicher starken Einfluß auf die Haltung der Frauen, bei denen zwar eine latente Bereitschaft vorhanden ist, die aber durch die Opposition von Seiten des Gatten in den meisten Fällen verkümmern dürfte.

6.2.9 Von den Österreicherinnen sind 20% Mitglieder einer politischen Partei oder Organisation

Jede fünfte Frau in Österreich ist Mitglied bei einer Partei oder politischen Organisation, aber nur jede 50. hat eine Führungsposition oder ist als Funktionär aktiv. Die überwiegende Mehrheit der Frauen, die in einer solchen Organisation Mitglieder sind, sind zum „Fußvolk“ zu zählen, wobei etwa die Hälfte von ihnen nichtaktive Mitglieder sind. Der größte Organisationsgrad ist bei Befragten mit Matura oder Hochschule, Berufstätigen, vor allem höheren Angestellten und Beamtinnen, Wienerinnen und Frauen, die sich mehr als andere für Politik interessieren, zu beobachten. Mitglieder bei der Gewerkschaft sind 15% der Österreicherinnen, das sind etwa vier Zehntel der unselbstständig erwerbstätigen Frauen, wobei nur bei den Arbeiterinnen ein geringer Prozentsatz (2%) in Führungsposition tätig ist, der Großteil der befragten weiblichen Gewerkschaftsmitglieder aber setzt sich aus einfachen Mitgliedern, die sich weiter um die Gewerkschaftsarbeit nicht kümmern, zusammen.

6.3 Ausübung eines Mandats: Eignung und Möglichkeiten

Die überwiegende Mehrheit der befragten Männer und Frauen ist davon überzeugt, daß die Frauen ihren Fähigkeiten nach für leitende Funktionen in der Politik genauso geeignet wie Männer sind. Auch für die Vertretung der Fraueninteressen werden sie für gleich gut oder sogar für besser geeignet gehalten. Allerdings – und auch hier herrscht weitgehende Übereinstimmung – wird es den Frauen nicht leicht gemacht, eine politische Karriere zu ergreifen oder gar in Führungspositionen zu gelangen. Auch in der Frage, ob durch geeignete Maßnahmen Frauen für Vorgänge im öffentlichen Leben interessiert werden können, herrscht gleiche Meinung. Nur in der Frage des Anteils der derzeit in der Politik tätigen Frauen gibt es Meinungsdifferenzen. Während nämlich mehr als die Hälfte der Männer diesen Anteil für ausreichend hält, meint die Hälfte der Frauen, daß er nicht genüge.

	Männer (912)	Frauen (1064)
--	-----------------	------------------

Glauben Sie, daß Frauen ihren Fähigkeiten nach für leitende Funktionen in der Politik genauso gut, schlechter oder besser geeignet sind?

genauso gut	71	72
schlechter	24	19
besser	3	4
keine Angabe	2	4

Glauben Sie, daß Frauen die Interessen anderer Frauen in der Politik genauso gut, schlechter oder besser vertreten können als Männer?

genauso gut	54	54
schlechter	13	13
besser	31	29
keine Angabe	2	4

Glauben Sie, daß der Anteil der derzeit in der Politik tätigen Frauen ausreichend oder nicht ausreichend ist, um die Interessen der Frauen zu vertreten?

ausreichend	55	42
nicht ausreichend	41	50
keine Angabe	4	8

Glauben Sie, daß es Frauen genauso schwer, leichter oder schwerer als Männer haben, eine politische Karriere zu ergreifen?

genauso schwer	21	20
leichter	3	1
schwerer	74	74
keine Angabe	2	5

Glauben Sie, daß es Frauen genauso schwer, leichter oder schwerer haben, in politische Führungspositionen zu gelangen?

genauso schwer	17	16
leichter	3	•
schwerer	77	79
keine Angabe	2	5

Glauben Sie, daß man Frauen für Politik ebenso, mehr oder weniger interessieren könnte als Männer, wenn man in allen Bildungsinstitutionen staatsbürgerliche Erziehung und politische Bildung betreiben würde?

ebenso	52	53
mehr	14	18
weniger	29	20
keine Angabe	5	8

6.3.1 Wenig Zweifel an der Fähigkeit von Frauen, politische Funktionen auszuüben

Wie bereits dargestellt, ist die überwiegende Mehrheit der Österreicher von der Fähigkeit der Frauen überzeugt, in der Politik leitende Positionen einzunehmen. Diese Meinung wird vermehrt von jüngeren Befragten und Städtern geäußert. Vor allem Wiener zweifeln kaum an dieser Fähigkeit der Frauen, Wienerinnen hingegen sind sich da nicht ganz so sicher (83% : 75% genauso gut geeignet).

Wie bei den Fragen, die die Eignung von Frauen für leitende Funktionen in der Wirtschaft betreffen, gibt es

auch hinsichtlich der Eignung für leitende Funktionen in der Politik zwischen Männern und Frauen, die eine höhere Bildung bzw. Position in der Wirtschaft haben, divergierende Ansichten. Maturanten und Akademiker wie auch leitende Angestellte und Beamte sind in geringerem Maß von den Fähigkeiten der Frauen überzeugt, als es weniger gebildete Männer oder Frauen gleicher Bildung und mit gleichem beruflichen Status sind. Unter den Männern mit Matura oder Hochschule und unter den leitenden Angestellten und Beamten ist auch der höchste Prozentsatz an Österreicherinnen anzutreffen, die meinen, Frauen seien schlechter als Männer für diese Funktionen geeignet (Maturanten/Akademiker 32% und leitende Angestellte/Beamte 42% im Gegensatz zu 24% im Durchschnitt).

Auch Frauen, die selbst Mitglieder einer politischen Partei oder Organisation sind, halten im selben Maß wie der Durchschnitt der Österreicherinnen Frauen für weniger fähig, leitende Funktionen in der Politik zu übernehmen (17% : 19%).

6.3.2 Ein Drittel meint: Politikerinnen können Fraueninteressen besser vertreten als Politiker

Wenn auch die Eignung von Frauen für führende Positionen in manchen Bevölkerungsschichten vielfach angezweifelt wird, an der Fähigkeit, Interessen des eigenen Geschlechts zu vertreten, herrscht geringerer Zweifel. Bei dieser Frage ergaben sich keine gruppenspezifischen Ausprägungen innerhalb der Antwortrate, nur Freischaffende und Selbständige meinen, daß es die Männer vielleicht doch besser verstehen, Fraueninteressen zu vertreten. Bei den befragten Frauen wird diese Meinung eher von leitenden Angestellten oder Beamtinnen geäußert, doch ist in dieser Gruppe die Mehrheit davon überzeugt, daß Frauen ihre eigenen Interessen besser vertreten können. Alle anderen Frauen meinen zumeist, ihre Interessen könnten von Männern wie von Frauen gleich gut vertreten werden.

Daß ihre Ansprüche von Politikerinnen besser vorgebracht werden können, ist speziell die Ansicht von Frauen, die sich mehr als die anderen Frauen für Politik interessieren.

Sie vertraten zu 39% diese Ansicht (der Durchschnitt beträgt 29%). Österreicherinnen, die Mitglieder einer politischen Partei sind, meinen hingegen überwiegend, daß sowohl Politiker wie Politikerinnen ihre Interessen gleich gut vertreten (62% im Gegensatz zu 54% im Gesamtdurchschnitt und 48% bei politisch interessierten Frauen).

Die Mitgliedschaft bei einer politischen Partei bewirkt, daß die Frauen ihre Vertretung weniger „feministisch“ betrachten. Ein stärkeres Interesse für Politik und die Beschäftigung mit gesellschaftlichen Problemen führt hingegen eher zur Ansicht, daß Frauenangelegenheiten besser durch Frauen vertreten werden und vertreten werden sollten, wie auch die Ergebnisse auf die Frage nach dem gemäßen Anteil an Frauen in der Politik zeigen.

6.3.3 Anteil der Politikerinnen

Während mehr als die Hälfte der befragten Männer (55%) den Anteil der in der Politik tätigen Frauen für durchaus ausreichend empfindet, ist die Hälfte der Frauen der Meinung, daß der derzeitige Anteil an Politikerinnen nicht ausreicht, um die Interessen der Frauen vertreten zu können. In dieser Frage herrscht bei höher Gebildeten und Befragten in leitenden Positionen, gleich ob Männer oder Frauen, die gleiche Meinung: Sie finden den Anteil nicht groß genug, wobei allerdings der Prozentsatz der unzufriedenen Frauen größer ist als bei den Männern. Der größte Unterschied in dieser Bewertung ergibt sich bei der jüngeren Generation: Junge Männer halten überwiegend den Anteil für ausreichend (68% ausreichend), junge Frauen hingegen finden überwiegend die Zahl der Politikerinnen als zu gering (59% nicht ausreichend).

Auch Frauen, die sich als politisch interessiert einstufen, und Österreicherinnen, die Mitglied bei einer politischen Partei sind, finden den Anteil an Politikerinnen keineswegs ausreichend: 62% bzw. 60% würden gern mehr Frauen in der Politik sehen, damit auch die Interessen der Frauen ausreichend vertreten werden.

6.3.4 Chancen, eine politische Laufbahn einzuschlagen

Was die Möglichkeit für eine Frau, eine politische Karriere zu ergreifen oder in politische Führungspositionen zu gelangen, betrifft, so ist für Männer wie für Frauen klar, daß es die Frauen in dieser Hinsicht schwerer haben. Mehr als sieben Zehntel der Befragten schätzen die Chancen von Frauen in dieser Hinsicht sehr pessimistisch ein.

Daß es Frauen in gleichem Maß wie Männern möglich ist, eine politische Laufbahn einzuschlagen, wird öfter nur von jüngeren Männern (26% bei den 16- bis unter 25jährigen, 18% bei den 25- bis unter 40jährigen) und von Befragten, die nur die Pflichtschule besucht haben (27% der Männer und 22% der Frauen mit nur Pflichtschule, im Gegensatz zu 18% bei Männern und Frauen, die eine Lehre, Fach- oder Handelsschule absolviert haben), angenommen.

Ähnlich verhält es sich bei der Bewertung der Chancen von Frauen, leitende Positionen in der Politik zu erlangen. Auch in dieser Frage sind Männer wie Frauen, die nur die Pflichtschule besucht haben, öfter der Meinung, daß Frauen dieselben Chancen wie Männer haben.

An die Möglichkeit einer gleichverlaufenden politischen Karriere für Frauen wie für Männer glauben auch kleine und mittlere Angestellte. Vor allem bei den Männern sehen Angehörige dieser Berufsgruppen die Lage viel optimistischer als Männer in leitenden Positionen, die fast zu 100% davon überzeugt sind, daß es Frauen in dieser Hinsicht bedeutend schwerer haben.

Bei den Frauen hingegen sehen Berufstätige, was das Ergreifen einer politischen Laufbahn betrifft, weniger Hindernisse, als es die Nichtberufstätigen tun. Was die Möglichkeit, in Führungspositionen zu gelangen, betrifft, sind jedoch berufstätige wie nichtberufstätige

Frauen einer Meinung. Unter den erwerbstätigen Frauen selbst sind es die Arbeiterinnen und die Bäuerinnen, die eher an eine Chancengleichheit von Mann und Frau in der politischen Karriere glauben, höher Qualifizierte hingegen urteilen – zum Teil sicher aus eigenen Erfahrungen, die sie in der Wirtschaft gemacht haben – bedeutend pessimistischer.

Interessant ist bei diesem Fragenkomplex der Vergleich der Meinung der Wiener mit den Angaben der Wienerinnen. Wiener vertreten immerhin doppelt so oft wie die Gesamtbevölkerung (7% : 3%) die Ansicht, daß es die Frauen leichter haben, eine politische Karriere zu ergreifen und in Führungspositionen zu gelangen. Von den Wienerinnen hingegen hat keine einzige die Meinung, daß es Frauen in dieser Hinsicht leichter haben.

Unter den Frauen werden überhaupt die Möglichkeiten einer politischen Karriere vor allem in den Kleinst- und Mittelstädten außerordentlich schlecht bewertet. Am Land und in Wien ist man da etwas weniger pessimistisch eingestellt.

So meinen Bewohnerinnen von Orten bis zu 5.000 Einwohnern zu 69%, daß das Ergreifen einer politischen Karriere, und zu 73%, daß das Erlangen einer politischen Führungsposition für Frauen schwerer sei als für Männer. Hingegen sehen Frauen aus Orten mit 5.000 bis 100.000 Einwohnern schon viel mehr Schwierigkeiten (79% bzw. 85% für Frauen schwerer als für Männer).

Starke Zweifel an den Möglichkeiten für Frauen in dieser Hinsicht äußern auch Frauen, die sich mehr mit Politik abgeben oder Mitglied bei einer politischen Partei sind: 77% jener Österreicherinnen, die sich als politisch interessanter einstufen, und 79% der Frauen, die Mitglied bei einer politischen Partei sind, glauben, daß es Frauen schwerer haben, eine politische Karriere zu ergreifen, und 88% bzw. 85% meinen, daß Frauen schwerer in politische Führungspositionen gelangen als Männer.

6.3.5 Hebung des politischen Interesses durch verstärkte politische Bildung

Mehr als die Hälfte der Österreicher (52 bzw. 53%) ist der Meinung, daß man Frauen ebenso wie Männer für Politik interessieren kann, wenn man in allen Bildungsinstitutionen staatsbürgerliche Erziehung und politische Bildung betreiben würde. Während aber Frauen zu einem größeren Prozentsatz glauben, daß man ihre Geschlechtsgenossinnen sogar mehr interessieren könnte (18% : 14%), meinen Männer öfter, daß dies nicht der Fall sei (29% : 20%). Solche Zweifel vertreten vor allem 40- bis 60jährige, Männer mit Matura oder Hochschulbildung, Freischaffende, Selbständige, leitende Angestellte und Beamte, Landwirte sowie Bewohner von Orten mit mehr als 5.000 Einwohnern, Wien ausgenommen. Bei der Beurteilung durch die Befragten mit Matura oder Hochschule kommt es allerdings zu einer gewissen Polarisierung der Meinungen, da ein recht großer Teil dieser Befragten meint, durch geeignete Maßnahmen könnte man Frauen sogar mehr als Männer für Politik interessieren.

Man könnte nach Ansicht der Männer Frauen für Politik durch geeignete Maßnahmen interessieren...
(in %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

	Gesamt (912)	Männer mit Matura, Hochschule (117)
gleich als Männer	52	38
mehr als Männer	14	25
weniger als Männer	29	35
keine Angabe	5	2

In dieser Bewertung kommen sowohl die Bildungsgläubigkeit als auch die Geringschätzung der Fähigkeiten der Frau, die sich auch in den Angaben zu anderen Fragen durch männliche Angehörige dieser Bildungsschicht ergeben, zum Ausdruck. Denn gerade diese Befragten sind ja auch der Meinung, daß die Frau am Arbeitsplatz weniger als der Mann selbstständig, sachlich, bereit zur Zusammenarbeit und unternehmungsbereit ist und daß sich die Frauen nicht für leitende Positionen eignen (vgl. das Kapitel „Die Frau im Beruf“).

Bei den Frauen ist es ein recht konstanter Anteil von etwa einem Fünftel der Befragten in allen Untergruppen, die an der Möglichkeit zweifeln, im Rahmen der Bildung Frauen für Politik interessieren zu können. Was die Möglichkeit, Frauen durch politische Bildung für Vorgänge im öffentlichen Leben zu interessieren, betrifft, so sind politisch interessierte Frauen und Österreicherinnen, die Mitglieder einer Partei sind, öfter der Meinung, daß man Frauen mehr durch Bildung motivieren und interessieren könnte (58 bzw. 57%). Diese optimistischen Aussagen kommen aller-

dings dadurch zustande, daß in beiden Gruppen mehr Frauen Stellung nehmen. Das bedeutet, daß auch bei diesen Frauen ein beträchtlicher Anteil an der politischen Bildungsfähigkeit der Frau zweifelt.

Alle Fragen, die im vorliegenden Kapitel dargestellt wurden, wurden einer Korrelationsanalyse unterzogen. Wesentlichste Ergebnisse dieser Analyse sind:

- Politik gilt nicht als ein Aktivitätsfeld für Frauen, eine Meinung, die besonders in den Angaben der Männer durchkommt. Die geringe Chance für Frauen, überhaupt eine politische Laufbahn zu ergreifen, korreliert stark mit der Meinung über die geringe Chance von Frauen, innerhalb der Politik in eine leitende Position zu kommen. Diese Einschätzung der Möglichkeiten für Frauen steht weder im Zusammenhang mit der Beurteilung der Eignung von Frauen, politische Funktionen zu übernehmen, noch mit dem Vertretungsanspruch oder einer bestimmten politischen Bildung. Politik ist noch immer Männerache.
- Frauen gelten in der Politik als wenig durchschlagskräftig. So korreliert die Beurteilung der Eignung der Frauen, leitende Funktionen in der Politik zu übernehmen, nur gering mit der Meinung, daß Frauen die Interessen anderer Frauen besser vertreten können.
- In der Beurteilung der Auswirkungen gesteigerter politischer Bildung gibt es keine einheitliche Auffassung. Bildung und Sozialisation werden selten in Zusammenhang gebracht. Es wird von einer gesteigerten politischen Bildung kein Einfluß auf die politischen Fähigkeiten oder Möglichkeiten von Frauen angenommen.

TABELLENANHANG 1**Quantitative Erhebung über die Präsenz der Frauen im öffentlichen Leben****Vorbemerkung**

Die Erhebung wurde in der Zeit vom 1. Feber 1974 bis zum 31. Mai 1974 durchgeführt. Die Daten beziehen sich auf diesen Zeitraum, häufig ist der 31. Dezember 1973 Stichtag. Die Angaben über die Zahlen der männlichen und weiblichen Delegierten bei Vollversammlungen, Parteitagen u. ä. beziehen sich auf die letzte Veranstaltung dieser Art. Es wurden jeweils alle erhaltenen Informationen in die Tabellen aufgenommen, auch wenn sie nicht bei allen Institutionen zu eruieren waren.

Informationsquellen:

Österreichischer Amtskalender 1973

Österreichischer Amtskalender 1974/75

SPÖ: Bericht zum Parteitag 1974

ÖVP: Bericht zur Parteiarbeit 1971-1974, Organisationshandbuch

Gewerkschaft: Einzelne Berichte zu Gewerkschaftstagen, Broschüren

Fragebögen

- a) an Ärzte-, Bundeswirtschafts-, Landwirtschafts- und Landarbeiterkammern
- b) an die ÖVP-Landesorganisationen
- c) an die FPÖ-Landesorganisationen
- d) an die Diözesen der katholischen Kirche

Arbeiterkammern: Jahrbücher der Länderkammern

Auskünfte aus persönlichen Gesprächen mit Sachverständigen

Telephonische Auskünfte

I. BUND**1. Nationalrat**

- (1) Gesamtzahl
- (2) davon Männer
- (3) davon Frauen
- (4) Anteil der Frauen in %

	(1)	(2)	(3)	(4)
Abgeordnete	183	172	11	6,0
davon				
SPÖ	93	85	8	8,6
ÖVP	80	77	3	3,8
FPÖ	10	10	-	-
davon				
Präsidium	3	3	-	-
2. Bundesrat				
Mitglieder	58	46	12	20,7
davon				
SPÖ	29	20	9	31,0
ÖVP	29	26	3	10,3
davon				
Vorsitzende	2	1	1	50,0
(davon 1 SPÖ, 1 ÖVP)				
Stellvertreter	2	2	-	-
Schriftführer	2	-	2	100,0
(davon 1 SPÖ, 1 ÖVP)				

- (1) Gesamtzahl
- (2) davon Männer
- (3) davon Frauen
- (4) Anteil der Frauen in %

3. Bundesregierung

	(1)	(2)	(3)	(4)
Bundeskanzler	1	1	-	-
Vizekanzler	1	1	-	-
Bundesminister	13	11	2	15,4
Staatssekretäre	3	2	1	33,3

II. BUNDESLÄNDER**Burgenland**

Landtag				
Abgeordnete	32	29	3	9,4
davon				
SPÖ	16	14	2	12,5
ÖVP	15	14	1	6,7
FPÖ	1	1	-	-
Präidenten	3	3	-	-

Landesregierung

Landeshauptmann	1	1	-	-
Stellvertreter	1	1	-	-
Landesräte	4	4	-	-

Kärnten

Landtag				
Abgeordnete	36	35	1	2,8
davon				
SPÖ	20	19	1	5,0
ÖVP	12	12	-	-
FPÖ	4	4	-	-
Präidenten	3	3	-	-

Landesregierung

Landeshauptmann	1	1	-	-
Stellvertreter	2	2	-	-
Landesräte	4	4	-	-

Niederösterreich

Landtag				
Abgeordnete	56	53	3	5,4
davon				
ÖVP	30	28	2	6,7

SPÖ	26	25	1	3,8
Präidenten	3	3	-	-

Landesregierung				
Landeshauptmann	1	1	-	-
Stellvertreter	2	2	-	-
Landesräte	4	3	1	25,0

davon				
ÖVP	2	2	-	-
SPÖ	2	1	1	50,0

SPÖ	2	1	1	50,0
-----------	---	---	---	------

- (1) Gesamtzahl
 (2) davon Männer
 (3) davon Frauen
 (4) Anteil der Frauen in %

- (1) Gesamtzahl
 (2) davon Männer
 (3) davon Frauen
 (4) Anteil der Frauen in %

Oberösterreich

	(1)	(2)	(3)	(4)
Landtag				
Abgeordnete	58	55	3	5,2
davon				
ÖVP	29	28	1	3,4
SPÖ	25	23	2	8,0
FPÖ	4	4	—	—
Präsidenten	3	3	—	—
Landesregierung				
Landeshauptmann	1	1	—	—
Stellvertreter	2	2	—	—
Landesräte	6	6	—	—

Vorarlberg

	(1)	(2)	(3)	(4)
Landtag				
Abgeordnete	36	35	1	2,8
davon				
ÖVP	20	19	1	5,0
SPÖ	9	9	—	—
FPÖ	7	7	—	—
Präsident	1	1	—	—
Vizepräsidenten	2	2	—	—
Landesregierung				
Landeshauptmann	1	1	—	—
Landesstatthalter	1	1	—	—
Landesräte	5	5	—	—

Salzburg

Landtag				
Abgeordnete	32	30	2	6,3
davon				
ÖVP	13	12	1	7,7
SPÖ	13	12	1	7,7
FPÖ	6	6	—	—
Präsident	1	1	—	—
Stellvertreter	2	2	—	—
Landesregierung				
Landeshauptmann	1	1	—	—
Stellvertreter	2	2	—	—
Landesräte	4	4	—	—

Wien

Landtag (Gemeinderat)				
Bürgermeister	1	1	—	—
Vizebürgermeister	2	1	1	50,0
Vorsitzende	6	5	1	16,7
Schriftführer	9	5	4	44,4
Abgeordnete	100	81	19	19,0
davon				
SPÖ	66	51	15	24,2
ÖVP	31	27	4	12,9
FPÖ	3	3	—	—
1. Präsident	1	—	1	100,0
2. Präsident	1	1	—	—
3. Präsident	1	1	—	—

Landesregierung (Stadtsenat)

Amtsführende Stadträte	11	10	1	9,1
------------------------	----	----	---	-----

III. LANDESHAUPTSTÄDTE

Freistadt Eisenstadt

Bürgermeister	1	1	—	—
Vizebürgermeister	2	2	—	—
Stadträte	4	3	1	25,0
davon				
ÖVP	2	2	—	—
SPÖ	2	1	1	50,0
Gemeinderäte	21	20	1	4,8
davon				
ÖVP	13	12	1	7,7
SPÖ	8	8	—	—

Klagenfurt

Bürgermeister	1	1	—	—
Vizebürgermeister	2	2	—	—
Stadträte	4	4	—	—
Gemeinderäte	35	33	2	5,7
davon				
SPÖ	19	18	1	5,3
ÖVP	12	11	1	8,3
FPÖ	3	3	—	—
O. P.	1	1	—	—

Tirol

Landtag				
Abgeordnete	36	36	—	—
davon				
ÖVP	23	23	—	—
SPÖ	12	12	—	—
FPÖ	1	1	—	—
Präsident	1	1	—	—
Vizepräsidenten	2	2	—	—
Landesregierung				
Landeshauptmann	1	1	—	—
Stellvertreter	2	2	—	—
Landesräte	4	4	—	—

(1) Gesamtzahl	(1) Gesamtzahl
(2) davon Männer	(2) davon Männer
(3) davon Frauen	(3) davon Frauen
(4) Anteil der Frauen in %	(4) Anteil der Frauen in %

Linz	(1)	(2)	(3)	(4)		(1)	(2)	(3)	(4)
Bürgermeister	1	1	—	—	Gemeinderat (Gemeindevertretung)	36	35	1	2,8
Stellvertreter	3	3	—	—	davon				
Stadträte	6	5	1	16,7	ÖVP	15	15	—	—
davon					SPÖ	13	12	1	7,7
SPÖ	4	3	1	25,0	FPÖ	8	8	—	—
ÖVP	2	2	—	—					
Gemeinderäte	50	45	5	10,0					
davon									
SPÖ	29	26	3	10,3					
ÖVP	15	14	1	6,7					
FPÖ	5	4	1	20,0					
KLS	1	1	—	—					
Salzburg									
Bürgermeister	1	1	—	—	IV. PARTEIEN/PARTEIORGANISATIONEN				
Stellvertreter	2	2	—	—	Sozialistische Partei Österreichs				
Stadträte	2	1	1	50,0	Delegierte zum Bundesparteitag 1974	549	476	73	13,3
davon					Bundesparteivorstand	70	61	9	12,9
SPÖ	1	1	—	—	davon				
ÖVP	1	—	1	100,0	Vorsitzender	1	1	—	—
Gemeinderäte	40	36	4	10,0	Stellvertreter	7	6	1	14,3
davon					Zentralsekretär	1	1	—	—
SPÖ	17	15	2	11,8	Landesparteivorstände	274	248	26	9,5
ÖVP	14	13	1	7,1	Landesparteioberhämlner	9	9	—	—
FPÖ	9	8	1	11,1	Stellvertreter	29	21	8	27,6
Graz					Landesparteisekretäre	9	9	—	—
Bürgermeister	1	1	—	—	Bezirkssekretäre	114	106	8	7,0
Stellvertreter	3	3	—	—	Mitglieder	697.961	461.182	236.779	33,9
Stadtsenat	7	6	1	14,3					
Gemeinderäte	56	50	6	10,7	Junge Generation in der SPÖ				
davon					Bundesvorstand	7	6	1	14,3
SPÖ	26	23	3	11,6	davon				
ÖVP	20	17	3	15,0	Bundesvorsitzender	1	1	—	—
FPÖ	9	9	—	Stellvertreter	3	3	—	—	
KPÖ	1	1	—	Bundessekretär	1	1	—	—	
Innsbruck					Delegierte zur Bundeskonferenz	227	209	18	7,9
Bürgermeister	1	1	—	—					
Stellvertreter	1	1	—						
Amtsführender Stadtrat	1	1	—						
Sozialistische Jugend									
Amtsführender Gemeinderat	1	1	—						
Stadtsenat	7	7	—						
Gemeinderäte	42	39	3	7,1	Vorstand	12	12	—	—
davon				davon					
ÖVP	23	22	1	4,3	Obmann	1	1	—	—
SPÖ	15	13	2	13,3	Verbandskonferenz	40	37	3	7,5
FPÖ	2	2	—	Verbandstag	200	177	23	11,5	
Innsbruck Liste für Ordnung und Fortschritt	2	2	—	Mitglieder (zirka)	28.000				30,0
Bregenz									
Bürgermeister	1	1	—						
Vizebürgermeister	1	1	—						
Stadträte	8	7	1	12,5	Österreichische Kinderfreunde				
davon									
ÖVP	3	3	—						
SPÖ	3	2	1	33,3	Bundesvorstand	56 ¹⁾	50	6	10,7
FPÖ	2	2	—	davon					

¹⁾ Inklusive kooptierte Mitglieder.

	(1) Gesamtzahl	(2) davon Männer	(3) davon Frauen	(4) Anteil der Frauen in %		(1) Gesamtzahl	(2) davon Männer	(3) davon Frauen	(4) Anteil der Frauen in %		(1)	(2)	(3)	(4)
Österreichischer Arbeitsbauernbund					Junge ÖVP									
Bundesvorstand	28	27	1	3,6	Bundesleitung	16	15	1	6,3					
Verbandstag 1971	247	219	8	3,2	Bundesvorstand	7	6	1	14,3					
Mitglieder (zirka)	61.000		25,0		davon									
Freier Wirtschaftsverband Österreichs					Obmann	1	1	—	—					
Bundesvorstand	30	28	2	6,7	Stellvertreter	4	3	1	25,0					
Präsidium	25	23	2	8,0	Bundessekretär	1	1	—	—					
davon					Leiter der Arbeitskreise	7	7	—	—					
Vizepräsidenten ¹⁾	5	5	—	—										
Zentralsekretär	1	1	—	—										
Verbandstag	250	220	30	12,0										
(zirka) (zirka)														
¹⁾ Präsidentenamt derzeit unbesetzt.														
Österreichische Volkspartei					Freiheitliche Partei Österreichs									
Delegierte zum Bundesparteitag 1974	648	567	81	12,5	Delegierte zum Parteitag 1972	360	307	53	14,7					
Bundesparteileitung	40	38	2	5,0	Bundesparteileitung	80	75	5	6,3					
Bundesparteivorstand	11	10	1	9,1	davon									
Bundesparteiobermann	1	1	—	—	Bundesparteiobermann	1	1	—	—					
Stellvertreter	4	3	1	25,0	Stellvertreter	4	4	—	—					
Generalsekretär	1	1	—	—	Bundesgeschäftsführer	1	1	—	—					
Stellvertreter	1	1	—	—	Landesparteileitungen	479	432	47	9,8					
Abteilungsleiter	7	7	—	—	Landesparteiobermänner	9	9	—	—					
Landesparteileitungen	501	470	31	6,2	Landesgeschäftsführer	9	9	—	—					
Landesparteivorstände	134	123	11	8,2	Mitglieder zirka	32.000	25.000	7.000	22,0					
Landesparteiobermänner	9	9	—	—										
Landesparteisekretäre	9	9	—	—										
Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund					Kommunistische Partei Österreichs									
Bundestag	367	341	26	7,0	Delegierte zum Parteitag 1973	333	283	50	15,0					
Bundesleitung	69	65	4	5,8	Zentralkomitee	73	67	6	8,2					
Bundesvorstand	22	20	2	9,1	davon									
davon					Parteivorsitzender	1	1	—	—					
Bundesobmann	1	1	—	—	Landesparteileitungen	294	256	38	12,9					
Stellvertreter	4	3	1	25,0	Mitglieder	19.614	11.308	8.306	42,3					
Bundesfachreferent	12	11	1	8,3										
Mitglieder	276.903		80.000	30,2										
Österreichischer Bauernbund					V. INTERESSENVERTRETUNGEN									
Präsidium	10	10	—	—	Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft									
Referenten	5	5	—	—	Präsident	1	1	—	—					
Landesobmann	9	9	—	—	Vizepräsident	1	1	—	—					
Landesdirektoren	9	9	—	—	Generalsekretär	1	1	—	—					
Mitglieder	412.000	272.000	140.000	33,9	Stellvertreter	1	1	—	—					
Österreichischer Wirtschaftsbund					Leiter der Fachabteilungen	15	15	—	—					
Präsident	1	1	—	—	Kammertag	125	125	—	—					
Vizepräsidenten	7	7	—	—	Bundessektionen (Gewerbe, Industrie, Handel, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen, Fremdenverkehr, Verkehr)									
Generalsekretär	1	1	—	—	Obmänner	6	6	—	—					
Referenten	7	5	2	28,6	Stellvertreter	12	12	—	—					
Landesobmann	9	9	—	—	Syndici	6	6	—	—					
Landessekretäre	9	9	—	—										

(1) Gesamtzahl	(1) Gesamtzahl
(2) davon Männer	(2) davon Männer
(3) davon Frauen	(3) davon Frauen
(4) Anteil der Frauen in %	(4) Anteil der Frauen in %

Landeskammern der gewerblichen Wirtschaft

	(1)	(2)	(3)	(4)
Kammerräte	703	700	3	0,4
davon				
Präsidenten	9	9	—	—
Vizepräsidenten	25	25	—	—
Kammeramtsdirektoren	9	9	—	—
Leiter der Fachabteilungen ..	90	88	2	2,2
Sektionen				
Obmänner	54	54	—	—
Stellvertreter	117	117	—	—
Geschäftsführer	54	54	—	—

Kammern für Land- und Forstwirtschaft

Präsidentenkonferenz	(1)	(2)	(3)	(4)
Präsident	1	1	—	—
Vizepräsidenten	2	2	—	—
Generalsekretär	1	1	—	—
Fachreferenten	19	18	1	5,3
Vollversammlung	20	20	—	—
Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften:				
Vorsitzende	14	13	1	7,1
Arbeitsgemeinschaft für Landfrauen				
Arbeitsgemeinschaft für Landjugendfragen				
restliche Ausschüsse und Arbeitsgemeinschaften				

Landeskammern

	(1)	(2)	(3)	(4)
Präsidenten	9	9	—	—
Vizepräsidenten	18	18	—	—
Kammerräte	278	273	5	1,8
Kammeramtsdirektoren	9	9	—	—
Leiter der Fachabteilungen ..	112	105	7 ¹⁾	6,3

¹⁾ 6 Fachabteilungen für ländliche Hauswirtschaft. 1 Fachabteilung für Rechts- und Sozialwesen.

Kammern für Arbeiter und Angestellte

Österreichischer Arbeiterkammertag	(1)	(2)	(3)	(4)
Hauptversammlung	70	66	4	5,7
davon				
Vorstand	8	8	—	—
Präsident	1	1	—	—

Landeskammern

	(1)	(2)	(3)	(4)
Kammerräte	810	758	52	6,4
davon				
Wahlkörper				
Arbeiter	529	495	34	6,4
Angestellte	211	193	18	8,5
Verkehrsbedienstete	70	70	—	—
Vorstandsmitglieder	112	109	3	2,7
davon				
Präsidenten	9	9	—	—
Vizepräsidenten	32	31	1	3,1
Kammeramtsdirektoren	9	9	—	—

Landarbeiterkammer

	(1)	(2)	(3)	(4)
Österreichischer Landarbeiterkammertag				
Vollversammlung	34	33	1	2,9
Vorstand	6	6	—	—
davon				
Präsident	1	1	—	—
Vizepräsidenten	2	2	—	—
Leitender Sekretär	1	1	—	—
Landeskammern ¹⁾				
Kammerräte	213	203	10	4,7
davon				
Präsidenten	5	5	—	—
Vizepräsidenten	10	9	1	10,0
Kammeramtsdirektoren	5	5	—	—

¹⁾ Soweit Daten zur Verfügung standen, aus den Landeskammern Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol, Vorarlberg.

Ärztekammer

Österreichische Ärztekammer	(1)	(2)	(3)	(4)
Vorstand	10	10	—	—
Präsident	1	1	—	—
Vizepräsidenten	3	3	—	—
Kammeramtsdirektor	1	1	—	—
Ärztekammertag	29	29	—	—

Landeskammern¹⁾

Landeskammern ¹⁾	(1)	(2)	(3)	(4)
Kammerräte	323	314	9	2,8
Präsidenten	9	9	—	—
Vizepräsidenten	16	16	—	—
Kammeramtsdirektoren	9	9	—	—

¹⁾ Angaben über die Vorstandsmitglieder standen nur für einige Bundesländer zur Verfügung. Es war keine Frau darunter.

Österreichische Apothekerkammer

	(1)	(2)	(3)	(4)
Vorstand	34	30	4	11,8
Präsident	1	1	—	—
Vizepräsidenten	2	2	—	—
Kamerdirektor	1	1	—	—
Stellvertreter	1	1	—	—
Delegiertenversammlung	72	59	13	18,1

Österreichische Dentistenkammer (keine Frauen)

	(1)	(2)	(3)	(4)
Vorstand	18	18	—	—
Präsident	1	1	—	—
Vizepräsident	1	1	—	—
Kammeramtsdirektor	1	1	—	—

Bundeskammer der Tierärzte Österreichs (keine Frauen)

	(1)	(2)	(3)	(4)
Vorstand	14	14	—	—
Präsident	1	1	—	—
Vizepräsidenten	2	2	—	—
Kammeramtsdirektor	1	1	—	—
Hauptversammlung	67	67	—	—

- (1) Gesamtzahl
 (2) davon Männer
 (3) davon Frauen
 (4) Anteil der Frauen in %

- (1) Gesamtzahl
 (2) davon Männer
 (3) davon Frauen
 (4) Anteil der Frauen in %

Kammer der Wirtschaftstreuhänder (keine Frauen)

	(1)	(2)	(3)	(4)
Vorstand	11	11	—	—
Präsident	1	1	—	—
Vizepräsidenten	2	2	—	—
Kamerdirektor	1	1	—	—
Kammersekretär	1	1	—	—
Kammertag	66	66	—	—

Österreichische Hochschülerschaft

	(1)	(2)	(3)	(4)
Mandate	52	50	2	3,8
Vorsitzender	1	1	—	—
Stellvertreter	2	2	—	—
Generalsekretär	1	1	—	—

Bundeskonferenz der Kammern der Freien Berufe Österreichs (keine Frauen)

	(1)	(2)	(3)	(4)
Präsident	1	1	—	—
Vizepräsidenten	3	3	—	—
Präsidialmitglieder	6	6	—	—
Vorstandsmitglieder	11	11	—	—
Generalsekretär	1	1	—	—
Delegiertentag	28	28	—	—

Österreichischer Gewerkschaftsbund

	(1)	(2)	(3)	(4)
Bundesvorstand	63	60	3	4,8
davon				
Präsident	1	1	—	—
Vizepräsidenten	3	3	—	—
Leitende Sekretäre	2	2	—	—
Landessexekutiven	227	214	13	5,7
davon				
Landesvorsitzende	8	8	—	—
Landessekretäre	8	8	—	—

Österreichischer Rechtsanwaltskammertag (keine Frauen)

	(1)	(2)	(3)	(4)
Präsident	1	1	—	—
Vizepräsidenten	2	2	—	—
Vertreterversammlung	14	14	—	—

Gewerkschaft der Privatangestellten

	(1)	(2)	(3)	(4)
Zentralvorstand	87	82	5	5,7
davon				
Zentraler Leitungsausschuß	19	17	2	10,5
Präsidium	3	3	—	—
Sektionsvorstände	244	228	16	6,6
Delegierte zum Gewerkschaftstag ¹⁾	245	221	24	9,8
Betriebsräte	9.421	7.413	2.008	21,3
Mitglieder ²⁾	280.183	162.920	117.263	41,9

¹⁾ Die Angaben auf dieser und auf der folgenden Seite beziehen sich auf den vor dem Zeitpunkt der Erhebung zuletzt abgehaltenen Gewerkschaftstag.

²⁾ Die Mitgliederzahlen auf dieser und auf der folgenden Seite beziehen sich auf den Mitgliederstand vom 31. Dezember 1973.

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Obmänner der Versicherungsträger und Vorsitzende der Landesstellen	52	52	—	—
1. Stellvertreter	52	52	—	—
2. Stellvertreter	42	41	1	2,4
Vorsitzende der Überwachungsausschüsse	27	27	—	—
Leitende Angestellte der Sozialversicherungsträger	29	29	—	—
Stellvertreter	53	53	—	—
Leitende Angestellte der Landesstellen	20	20	—	—
Stellvertreter	25	25	—	—

Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten

	(1)	(2)	(3)	(4)
Vorstand	22	19	3	13,6
davon				
Präsidium	6	6	—	—
Bundessektionsleitungen	341	314	27	7,9
Zentralausschüsse	151	147	4	2,7
Mitglieder	148.240	97.098	51.142	34,5

Gewerkschaft der Gemeindebediensteten

	(1)	(2)	(3)	(4)
Präsidium	6	6	—	—
Zentralvorstand	70	65	5	7,1
Delegierte zum Gewerkschaftstag	450	400	50	11,1
Mitglieder	102.207	61.198	41.009	40,1

(1) Gesamtzahl	(1) Gesamtzahl
(2) davon Männer	(2) davon Männer
(3) davon Frauen	(3) davon Frauen
(4) Anteil der Frauen in %	(4) Anteil der Frauen in %

Gewerkschaft Kunst und freie Berufe

	(1)	(2)	(3)	(4)
Vorstand (stimmberrechtigt)	32	32	—	—
davon				
Präsidium	7	7	—	—
Vorstand (inklusive nicht stimmberrechtigt)	46	43	3	6,5
Bundessektionsleitungen	127	116	11	8,7
Betriebsräte zirka ...	800	700	100	12,5
Mitglieder	14.885	10.272	4.613	31,0

Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr

	(1)	(2)	(3)	(4)
Vorstand				
davon				
Präsidium				
Sektionsleitungen				
Betriebsräte				
Delegierte zum Gewerkschaftstag				
Mitglieder				

Gewerkschaft gastgewerblicher Arbeitnehmer

	(1)	(2)	(3)	(4)
Vorstand				
davon				
Präsidium				
Fachausschüsse				
Delegierte zum Gewerkschaftstag				
Mitglieder				

Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter

	(1)	(2)	(3)	(4)
Hauptvorstand zirka	60	59	1	1,7
davon				
Präsidium	5	5	—	—
Delegierte zum Gewerkschaftstag ...	379	364	15	4,0
Betriebsräte	9.922	9.821	101	1,0
Mitglieder	201.481	194.299	7.182	3,6

Gewerkschaft der Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft

	(1)	(2)	(3)	(4)
Zentralvorstand				
davon				
Präsidium				
Delegierte zum Gewerkschaftstag ...				
1969				
Mitglieder				

Gewerkschaft der Chemiearbeiter

	(1)	(2)	(3)	(4)
Zentralvorstand	25	23	2	8,0
davon				
Präsidium	7	7	—	—
Fachgruppenleitungen	64	64	—	—
Delegierte zum Gewerkschaftstag ...	226	209	17	7,5
Betriebsräte	1.370	1.104	266	19,6
Mitglieder	71.346	54.415	16.931	23,7

	(1)	(2)	(3)	(4)
Vorstand				
davon				
Präsidium				
Delegierte zum Gewerkschaftstag ...				
1969				
Mitglieder				

Gewerkschaft der Eisenbahner

	(1)	(2)	(3)	(4)
Präsidium	11	11	—	—
Zentralleitung	44	43	1	2,3
Erweiterte Zentralleitung	86	85	1	1,1
Delegierte zum Gewerkschaftstag ...	537	531	6	1,1
Mitglieder	115.037	108.844	6.139	5,4

	(1)	(2)	(3)	(4)
Zentralvorstand				
davon				
Vorstand				
Delegierte zum Gewerkschaftstag ...				
1969				
Mitglieder				

Gewerkschaft Druck und Papier

	(1)	(2)	(3)	(4)
Zentralausschuß	45	42	3	6,7
davon				
Präsidium	4	4	—	—
Delegierte zum Gewerkschaftstag ...	70	63	7	10,0
Mitglieder	25.106	18.647	6.459	25,7

	(1)	(2)	(3)	(4)
Zentralvorstand				
davon				
Fachausschüsse				
Sektionsleitungen				
Delegierte zum Gewerkschaftstag ...				
1969				
Mitglieder				

(1) Gesamtzahl
 (2) davon Männer
 (3) davon Frauen
 (4) Anteil der Frauen in %

(1) Gesamtzahl
 (2) davon Männer
 (3) davon Frauen
 (4) Anteil der Frauen in %

Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbediensteten

	(1)	(2)	(3)	(4)
Personalausschüsse				
Post- und Telegraphenbedienstete				
gesamt	56	55	1	1,8
Delegierte zum				
Gewerkschaftstag ..	362	350	12	3,3
Mitglieder	63.281	50.133	13.148	20,7

(1) (2) (3) (4)

	Erzdiözese Salzburg			
Pastoraler Diözesanrat	30	26	4	13,3
Ordensrat	7	4	3	42,9
Diözesankirchenrat	12	12	-	-
Diözese Graz-Seckau				
Pastoraler Diözesanrat	56	49	7	12,5
Ordensrat	8	4	4	50,0
Diözesankirchenrat	13	12	1	7,7

Gewerkschaft persönlicher Dienst

	(1)	(2)	(3)	(4)
Präsidium	5	4	1	20,0
davon				
Obmann	1	1	-	-
Stellvertreter	3	2	1	33,3
Zentralsekretär ..	1	1	-	-
Zentralvorstand	15	8	7	46,7
Sektionsvorstände ..	66	24	42	63,6
Mitglieder	19.758	1.637	18.121	91,7

	Diözese Gurk			
Pastoraler Diözesanrat	44	36	8	18,0
Ordensrat	7	4	3	42,9
Diözesankirchenrat	3	3	-	-
Diözese Innsbruck				
Pastoraler Diözesanrat	64	58	6	9,4
Ordensrat	8	4	4	50,0
Laienrat	28	22	6	21,4
Diözesankirchenrat	6	6	-	-

Vereinigung österreichischer Industrieller (keine Frauen)

	(1)	(2)	(3)	(4)
Präsident	1	1	-	-
Vizepräsidenten	3	3	-	-
Ehrenpräsidenten	2	2	-	-
Vorsitzende der Landesgruppen	6	6	-	-
Generalsekretär	1	1	-	-

	Diözese Feldkirch			
Pastoraler Diözesanrat	43	34	9	20,9
Laienrat	43	31	12	27,9
Diözesankirchenrat	15	15	-	-

Österreichischer Bundesjugendring

	(1)	(2)	(3)	(4)
Vorstand	22	21	1	4,5
Vorsitzender	1	1	-	-
1. Sekretär	1	1	-	-
Vollversammlung 1973	186	125	51	27,4

	Diözese Linz			
Pastoraler Diözesanrat	68	59	9	13,2
Forum des Laienapostolates ..	18	15	3	16,7
Diözesankirchenrat	12	12	-	-

VI. KIRCHE

Katholische Kirche

Diözesane Gremien

Erzdiözese Wien

	(1)	(2)	(3)	(4)
Pastoraler Diözesanrat	36	30	6	16,7
davon				
Vorstand	12	11	1	8,3
Ordensrat	12	6	6	50,0
Laienrat	18	15	3	16,7
Diözesankirchenrat	17	16	1	5,9

	Arbeitsgemeinschaft der katholischen Aktion Österreichs (In allen Gremien muß eine Frau als Vorsitzende oder Stellvertreterin eingesetzt werden.)			
--	---	--	--	--

Arbeitsgemeinschaft Katholische Jugend

1. Vorsitzender	1	1	-	-
2. Vorsitzender	1	-	1	100,0
3. Vorsitzender	1	1	-	-

Katholische Jugend Stadt

Vorsitzende	5	4	1	20,0
-------------------	---	---	---	------

Katholische Jugend Land

Vorsitzende	3	2	1	33,3
-------------------	---	---	---	------

Katholische Jungschar Österreichs

1. Vorsitzender	1	-	1	100,0
2. Vorsitzender	1	1	-	-
3. Vorsitzender	1	1	-	-

Diözese St. Pölten

Pastoraler Diözesanrat	29	24	5	17,2
Diözesankirchenrat	12	12	-	-

- (1) Gesamtzahl
 (2) davon Männer
 (3) davon Frauen
 (4) Anteil der Frauen in %

(1) (2) (3) (4)

Katholische Hochschuljugend

Vorsitzender 1 1 - -
 Stellvertreter 1 - 1 100,0

Katholischer Akademikerverband

Präsident 1 1 - -
 Vizepräsident 1 - 1 100,0

Katholische Arbeiterjugend

Gruppen: 173 Burschengruppen
 175 Mädchengruppen
 87 gemischte Gruppen

Mitglieder zirka 3.550 1.800 1.750 49,3
 Gruppenverantwortliche 435 220 215 49,4
 Gebietsverantwortliche zirka 50,0

Katholische Lehrerschaft Österreichs

Bundesobeleute 5 4 1 20,0

Landesvereine (Christliche bzw. katholische Landeslehrervereine)

Landesobeleute 33 23 10 30,3

Evangelische Kirche

Generalsynode	keine Frauen
Oberkirchenrat	keine Frauen
Superintendenturen	keine Frauen
Synodale	70 68 2 2,9
Aktive Pfarrer	217 216 1 0,5

VII. TAGES- UND WOCHEZETITUNGEN

Zahl und Anteil der weiblichen Redakteure in den Tageszeitungen¹⁾

Name der Zeitung	Zahl der Redakteure insgesamt	Zahl der weiblichen Redakteure	Prozent-	
			Redakteure insgesamt	weiblichen Redakteure
Arbeiter-Zeitung	33	7	21,2	2
Kronen-Zeitung	58	6	10,4	-
Kurier	75	17	22,6	2

¹⁾ Es wurde eine telefonische Erhebung bei sämtlichen österreichischen Tages- und Wochenzeitungen durchgeführt. Tages- und Wochenzeitungen müssen bei der Interpretation der Daten getrennt werden, da sie ihrem Aufbau und Inhalt nach nicht zu vergleichen sind. Tageszeitungen beschäftigen sich mit aktuellen Wochenereignissen auf verschiedenen Gebieten, während die vorliegenden Wochenzeitungen zumeist eine ganz spezifische Thematik (Wirtschaft, Sport ...) zum Inhalt haben. Zudem ist der Redakteursstab in den Wochenzeitungen häufig so klein, daß eine Zuordnung von Ressorts nicht möglich ist.

Name der Zeitung	Zahl der Redakteure insgesamt	Zahl der weiblichen Redakteure	Prozent-	
			Redakteure insgesamt	weiblichen Redakteure
Presse	47	14	29,8	3
Volksstimme	32	3	9,4	3
Wiener Zeitung	11	1	9,1	-
Kleine Zeitung (Klagenfurt)	13	-	-	-
Kärntner Tageszeitung	17	2	11,8	-
Volkszeitung	14	2	14,3	2
Linzer Volksblatt	17	3	17,6	1
Neue Kronenzeitung Linz	8	2	25,0	2
Oberösterreichische Nachrichten	45	10	22,2	-
Linzer Tagblatt	14	-	-	-
Salzburger Nachrichten	27	3	11,1	-
Salzburger Tagblatt	6	1	16,7	-
Salzburger Volksblatt	13	4	30,8	2
Salzburger Volkszeitung	6	1	16,7	-
Kleine Zeitung (Graz)	30	3	10,0	1
Neue Kronenzeitung Graz	Auskunft verweigert			
Neue Zeit	29	5	-	-
Südost-Tagespost	28	6	21,4	-
Neue Tiroler Zeitung	11	4	36,4	1
Tiroler Tageszeitung	14	3	21,4	2
Neue Vorarlberger Tageszeitung	11	1	9,1	1
Vorarlberger Nachrichten	12	2	16,7	2
Insgesamt	571	100	17,5	24

Anteil der weiblichen Redakteure bzw. weiblichen Ressortchefs an den einzelnen Ressorts

Ressort	Zahl der weiblichen Redakteure	Zahl der weiblichen Ressortchefs	Prozent-		
			weiblichen Redakteure Prozentsatz (N = 100) ¹⁾	Ressortchefs (N = 24)	anteil an diesem Ressort ²⁾
Außenpolitik	4	-	-	-	-
Innenpolitik	4	1	4,2	-	-
Wirtschaft	2	-	-	-	-
Kultur	14	5	20,7	-	-
Lokal	25	2	8,3	-	-
Sport	1	-	-	-	-
Frauenredaktion	5	1	4,2	-	-
Gericht	4	2	8,3	-	-
Beilage	5	2	8,3	-	-
Verschiedene Reportagen	7	-	-	-	-
Bundesländer Nachrichten	2	1	4,2	-	-
Magazin	6	2	8,3	-	-
Mode	3	2	8,3	-	-
Film, Fernsehen	2	1	4,2	-	-
Chronik	3	1	4,2	-	-
Archiv	4	1	4,2	-	-
Ombudsmansteam	1	-	-	-	-
Motor	1	1	4,2	-	-

¹⁾ d. h. 4%, in diesem Fall vier (da N = 100) aller weiblichen Redakteure sind in der Außenpolitik beschäftigt.

²⁾ d. h. 4,2% aller weiblichen Ressortchefs sind in der Außenpolitik tätig (in diesem Fall ist das eine Frau).

Ressort	Zahl der weiblichen Redakteure Prozentsatz (N = 100) ¹⁾	Zahl der Ressort- chef(s) (= 24)	Prozent- an diesem Ressort ²⁾	Name der Zeitung	Zahl der Redakteure insgesamt	Zahl der weiblichen Redakteure	Prozent anteil der weiblichen Redakteure
Feuilleton	1	1	4,2	Freiheit	3	—	—
Reiseredaktion	1	—	—	Die Furche	4	—	—
Tierecke	1	—	—	Die Industrie	3	—	—
Schöner Leben	1	—	—	Internationale Wirtschaft	33	4	12,1
Stellvertretender Chef- redakteur	1	1	4,2	Neue Illustrierte Wochen- schau	5	1	20,0
Chefsekretär	2	—	—	Neue Freie Zeitung	4	1	25,0
¹⁾ d. h. 4%, in diesem Fall vier (da N = 100) aller weiblichen Redakteure sind in der Außenpolitik beschäftigt.							
²⁾ d. h. 4,2% aller weiblichen Ressortchefs sind in der Außenpolitik tätig (in diesem Fall ist das eine Frau).							
Zahl und Anteil der weiblichen Redakteure in den Wochenzeitungen							
Name der Zeitung	Zahl der Redakteure insgesamt	Zahl der weiblichen Redakteure	Prozent anteil der weiblichen Redakteure				
Echo	4	—	—				
Die Frau	5	5	100,0				

TABELLENANHANG 2**Politisches Interesse und politische Aktivitäten der Österreicherin (Umfrage)**

Die vorliegende Untersuchung wurde im Auftrag des Bundeskanzleramtes vom Institut für empirische Sozialforschung (IFES), Wien durchgeführt, die wissenschaftliche Betreuung und die Redaktion des Berichtes besorgte Frau Dr. Diemut Graf.

Die Daten wurden im Rahmen einer der regelmäßig stattfindenden Mehrthemen-Umfragen des Instituts für empirische Sozialforschung gewonnen. Für diese Untersuchung wurden 2.582 Zielpersonen at random aus dem dem Institut vorliegenden Adressenmaterial ausgewählt. Es konnten 1.978 Interviews erreicht werden, die Ausfälle erwiesen sich als qualitätsneutral. Damit ergibt sich eine repräsentative Stichprobe der Österreicher im Alter zwischen 16 und 70 Jahren.

Die Feldarbeit wurde in der Zeit vom 25. Jänner bis 7. Feber 1974 durch geschulte Interviewer durchgeführt. Nach der Feldkontrolle wurden die Interviews im Institut kontrolliert, vercodet und auf Lochkarten übertragen. Die Auswertung erfolgte mittels einer IBM 1401-Anlage.

Frage: „Über die Einstellung zur Politik kann man heute verschiedener Meinung sein. Wie ist das bei Ihnen: Welche von den folgenden Behauptungen trifft auf Sie am ehesten zu?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

- 1 = ich kümmere mich nicht darum
- 2 = man müßte sich wohl damit beschäftigen, aber ich komme nicht dazu
- 3 = ich beschäftige mich ab und zu damit
- 4 = ich beschäftige mich häufig mit Politik

	1.	2.	3.	4.
Frauen gesamt (1064)	43	14	36	7
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (133)	41	13	36	10
25 bis unter 40 Jahre (312)	34	18	39	9
40 bis unter 60 Jahre (389)	41	15	38	6
60 Jahre und älter (230)	59	7	30	4
Schulbildung				
nur Pflichtschule (609)	55	12	28	5
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	30	17	45	8
Matura/Hochschule (86)	12	14	56	18
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (383)	45	13	35	7
verheiratet ohne Kind (287)	47	13	32	8
verheiratet mit einem Kind (151)	38	12	42	8
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	38	18	37	7
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (466)	38	17	36	9
und zwar als:				
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	32	29	29	11
höhere Angestellte/Beamte (23)	9	4	70	17
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	30	14	48	8
Arbeiter (138)	44	19	27	10
Landwirte (90)	55	13	26	6
nicht berufstätig (420)	42	15	37	7
in Pension (158)	61	4	32	3
in Ausbildung (20)	30	15	45	10
Region				
Wien (242)	33	11	43	13
Ost (234)	54	12	27	7
Süd (240)	43	17	33	7
West (348)	42	15	40	3
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (512)	52	15	29	4
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	37	13	42	8
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	33	17	43	7
Politisches Interesse				
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	16	14	42	28

Frage: „Glauben Sie, daß Sie sich eher mehr oder weniger für Politik interessieren als die Mehrzahl der Frauen in Österreich?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

a = eher weniger

b = eher mehr

c = gleich wie die anderen

	a	b	c
Frauen gesamt (1064)	43	20	37
Alter			
16 bis unter 25 Jahre (133)	50	20	30
25 bis unter 40 Jahre (312)	38	20	42
40 bis unter 60 Jahre (389)	40	20	40
60 Jahre und älter (230)	50	19	31
Schulbildung			
nur Pflichtschule (609)	47	16	37
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	42	17	41
Matura/Hochschule (86)	17	56	27
Familienstand			
ledig/verwitwet/geschieden (383)	45	22	33
verheiratet ohne Kind (287)	44	18	38
verheiratet mit einem Kind (151)	39	16	45
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	40	20	40
Berufstätigkeit			
selbst berufstätig (466)	41	19	40
und zwar als:			
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	30	32	38
höhere Angestellte/Beamte (23)	22	48	30
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	40	16	43
Arbeiter (138)	43	16	41
Landwirte (90)	50	14	36
nicht berufstätig (420)	42	19	39
in Pension (158)	51	19	30
in Ausbildung (20)	40	45	15
Region			
Wien (242)	34	26	40
Ost (234)	44	16	40
Süd (240)	49	21	30
West (348)	44	17	39
Gemeindegröße			
bis 5.000 Einwohner (512)	50	17	33
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	38	18	44
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	39	23	38
Politisches Interesse			
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	—	100	—

Frage: „Und wenn Sie sich mit Ihrem Mann vergleichen: Interessieren Sie sich für Politik eher mehr, ungefähr gleich oder eher weniger als er?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

- a = eher mehr
- b = ungefähr gleich
- c = eher weniger

	a	b	c
Frauen gesamt (681)	13	35	52
Alter			
16 bis unter 25 Jahre (53)	15	28	57
25 bis unter 40 Jahre (252)	10	31	59
40 bis unter 60 Jahre (267)	15	36	49
60 Jahre und älter (109)	14	45	41
Schulbildung			
nur Pflichtschule (393)	14	34	52
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (249)	12	35	53
Matura/Hochschule (39)	13	44	44
Familienstand			
ledig/verwitwet/geschieden (–)	–	–	–
verheiratet ohne Kind (287)	12	39	49
verheiratet mit einem Kind (151)	18	28	54
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	11	35	54
Berufstätigkeit			
selbst berufstätig (254)	11	29	60
und zwar als:			
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (32)	13	28	59
höhere Angestellte/Beamte (10)	10	40	50
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (71)	10	32	58
Arbeiter (66)	14	23	64
Landwirte (75)	9	29	61
nicht berufstätig (398)	14	38	18
in Pension (29)	10	52	38
in Ausbildung (–)	–	–	–
Region			
Wien (129)	15	34	51
Ost (158)	13	35	52
Süd (164)	13	32	55
West (230)	12	38	50
Gemeindegröße			
bis 5.000 Einwohner (344)	14	32	54
5.001 bis 100.000 Einwohner (148)	9	39	52
über 100.000 Einwohner (60)	13	45	42
Politisches Interesse			
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (124)	19	48	32

Frage: „Welche der folgenden politischen Aktivitäten betreiben Sie selbst, welche würden Sie interessieren, interessieren Sie nicht – mögen aber für andere Frauen sinnvoll sein, welche sind für Frauen abzulehnen, für Männer eventuell passend und welche sind überhaupt abzulehnen?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

- 1 = betreibe selbst
- 2 = würde mich interessieren
- 3 = interessiert mich nicht, mag aber für andere Frauen sinnvoll sein
- 4 = ist für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend
- 5 = ist überhaupt abzulehnen
- 6 = keine Angabe

Kurzfristige Teilnahme an Aktionen für bestimmte Probleme (z. B. Bürgerinitiative)

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Frauen gesamt (1064)	7	27	39	11	12	4
Alter						
16 bis unter 25 Jahre (133)	8	35	35	9	8	5
25 bis unter 40 Jahre (312)	9	28	45	7	9	2
40 bis unter 60 Jahre (389)	7	28	38	12	12	3
60 Jahre und älter (230)	5	22	35	13	17	7
Schulbildung						
nur Pflichtschule (609)	4	26	39	12	14	5
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	9	28	42	10	9	2
Matura/Hochschule (86)	27	38	22	3	9	—
Familienstand						
ledig/verwitwet/geschieden (383)	8	31	36	9	12	4
verheiratet ohne Kind (287)	7	28	37	11	11	5
verheiratet mit einem Kind (151)	8	24	45	12	10	1
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	5	24	41	12	14	4
Berufstätigkeit						
selbst berufstätig (466)	10	28	39	10	9	4
und zwar als:						
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	12	36	36	9	5	2
höhere Angestellte/Beamte (23)	13	48	22	4	13	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	16	26	45	6	7	1
Arbeiter (138)	4	30	44	8	8	6
Landwirte (90)	6	20	30	23	14	7
nicht berufstätig (420)	5	30	40	10	12	3
in Pension (158)	5	16	37	15	20	6
in Ausbildung (20)	15	55	10	—	10	10
Region						
Wien (242)	7	37	33	7	14	2
Ost (234)	8	19	38	14	16	5
Süd (240)	9	27	43	8	9	3
West (348)	6	27	40	13	9	5
Gemeindegröße						
bis 5.000 Einwohner (512)	5	23	40	12	13	6
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	10	29	42	9	9	1
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	13	23	39	15	7	3
Politisches Interesse						
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	16	53	17	6	7	—

Besuch von politischen oder politisch gefärbten Veranstaltungen in Angelegenheiten der Frauen

1 = betreibe selbst

2 = würde mich interessieren

3 = interessiert mich nicht, mag aber für andere Frauen sinnvoll sein

4 = ist für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend

5 = ist überhaupt abzulehnen

6 = keine Angabe

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Frauen gesamt (1064)	5	20	48	8	15	4
Alter						
16 bis unter 25 Jahre (133)	8	25	47	7	9	4
25 bis unter 40 Jahre (312)	8	23	51	6	11	2
40 bis unter 60 Jahre (389)	3	17	49	10	17	3
60 Jahre und älter (230)	5	17	45	9	18	6
Schulbildung						
nur Pflichtschule (609)	4	17	49	9	15	5
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	7	21	47	8	15	2
Matura/Hochschulé (86)	8	33	45	2	10	1
Familienstand						
ledig/verwitwet/geschieden (383)	6	21	47	7	14	5
verheiratet ohne Kind (287)	4	16	50	10	15	4
verheiratet mit einem Kind (151)	6	23	44	11	15	1
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	6	20	50	7	14	3
Berufstätigkeit						
selbst berufstätig (466)	8	21	47	8	12	4
und zwar als:						
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	9	20	63	5	3	—
höhere Angestellte/Beamte (23)	4	30	39	4	17	4
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	8	23	53	5	10	1
Arbeiter (138)	7	20	44	11	12	6
Landwirte (90)	10	17	34	13	19	7
nicht berufstätig (420)	4	19	50	9	16	2
in Pension (158)	1	17	47	8	20	6
in Ausbildung (20)	10	45	35	—	—	10
Region						
Wien (242)	2	26	43	9	18	2
Ost (234)	12	15	44	8	17	4
Süd (240)	6	21	49	6	15	3
West (348)	3	18	54	9	11	3
Gemeindegröße						
bis 5.000 Einwohner (512)	6	17	46	9	16	6
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	8	22	54	5	10	—
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	5	13	59	10	10	3
Politisches Interesse						
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	15	36	35	4	9	1

Aktive Teilnahme an einer politischen Demonstration in Angelegenheiten der Frauen

- 1 = betreibe selbst
 2 = würde mich interessieren
 3 = interessiert mich nicht, mag aber für andere Frauen sinnvoll sein
 4 = ist für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend
 5 = ist überhaupt abzulehnen
 6 = keine Angabe

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Frauen gesamt (1064)	4	9	41	12	30	4
Alter						
16 bis unter 25 Jahre (133)	10	15	41	8	20	5
25 bis unter 40 Jahre (312)	5	11	46	8	28	2
40 bis unter 60 Jahre (389)	2	10	39	14	32	3
60 Jahre und älter (230)	2	3	38	14	56	7
Schulbildung						
nur Pflichtschule (609)	3	9	41	12	30	5
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	5	10	40	11	31	2
Matura/Hochschule (86)	6	8	46	9	29	3
Familienstand						
ledig/verwitwet/geschieden (383)	3	9	44	9	30	4
verheiratet ohne Kind (287)	2	9	36	17	31	5
verheiratet mit einem Kind (151)	9	10	45	8	26	1
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	3	10	40	11	32	3
Berufstätigkeit						
selbst berufstätig (466)	7	10	44	10	26	3
und zwar als:						
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	3	7	59	13	18	—
höhere Angestellte/Beamte (23)	13	4	39	4	39	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	9	11	48	8	24	—
Arbeiter (138)	6	12	41	8	28	5
Landwirte (90)	3	10	34	18	28	7
nicht berufstätig (420)	2	10	37	13	35	3
in Pension (158)	—	4	41	12	35	8
in Ausbildung (20)	—	25	65	—	—	10
Region						
Wien (242)	5	6	41	11	35	2
Ost (234)	6	9	41	10	28	5
Süd (240)	2	10	42	11	30	4
West (348)	2	11	40	13	29	5
Gemeindegröße						
bis 5.000 Einwohner (512)	3	10	38	13	30	6
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	6	12	45	12	24	1
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	1	8	48	7	34	2
Politisches Interesse						
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	12	19	34	7	28	1

Besuch von politischen oder politisch gefärbten Veranstaltungen ganz allgemein

- 1 = betreibe selbst
 2 = würde mich interessieren
 3 = interessiert mich nicht, mag aber für andere Frauen sinnvoll sein
 4 = ist für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend
 5 = ist überhaupt abzulehnen
 6 = keine Angabe

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Frauen gesamt (1064)	6	16	39	19	16	4
Alter						
16 bis unter 25 Jahre (133)	14	24	33	14	9	6
25 bis unter 40 Jahre (312)	7	17	46	15	13	2
40 bis unter 60 Jahre (389)	3	16	36	23	20	2
60 Jahre und älter (230)	4	11	40	19	18	8
Schulbildung						
nur Pflichtschule (609)	6	13	39	20	17	5
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	4	20	41	16	17	2
Matura/Hochschule (86)	14	23	36	17	9	1
Familienstand						
ledig/verwitwet/geschieden (383)	7	17	38	16	17	5
verheiratet ohne Kind (287)	5	11	44	21	15	5
verheiratet mit einem Kind (151)	7	19	37	19	17	4
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	4	19	38	20	17	2
Berufstätigkeit						
selbst berufstätig (466)	8	18	41	18	13	2
und zwar als:						
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	5	27	30	34	4	—
höhere Angestellte/Beamte (23)	13	17	39	9	22	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	10	18	48	10	14	—
Arbeiter (138)	7	17	41	18	12	5
Landwirte (90)	6	12	36	24	17	5
nicht berufstätig (420)	4	15	38	21	19	3
in Pension (158)	4	12	41	15	21	7
in Ausbildung (20)	25	40	25	—	—	10
Region						
Wien (242)	5	18	45	13	17	2
Ost (234)	10	13	32	21	19	5
Süd (240)	7	17	42	14	16	4
West (348)	3	17	39	24	14	3
Gemeindegröße						
bis 5.000 Einwohner (512)	6	16	36	21	16	5
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	9	16	40	17	17	1
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	2	16	43	21	16	2
Politisches Interesse						
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	19	31	27	12	10	1

Aktive Teilnahme an einer allgemein politischen Demonstration

1 = betreibe selbst

2 = würde mich interessieren

3 = interessiert mich nicht, mag aber für andere Frauen sinnvoll sein

4 = ist für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend

5 = ist überhaupt abzulehnen

6 = keine Angabe

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Frauen gesamt (1064)	2	6	27	21	39	5
Alter						
16 bis unter 25 Jahre (133)	5	13	26	19	32	5
25 bis unter 40 Jahre (312)	4	7	34	19	36	5
40 bis unter 60 Jahre (389)		6	22	23	46	3
60 Jahre und älter (230)	2	3	28	21	37	9
Schulbildung						
nur Pflichtschule (609)	2	7	26	22	38	5
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369) ..	2	5	31	18	41	3
Matura/Hochschule (86)	3	10	19	28	38	2
Familienstand-						
ledig/verwitwet/geschieden (383)	3	6	27	20	39	5
verheiratet ohne Kind (287)	1	6	26	26	36	5
verheiratet mit einem Kind (151)	5	5	27	17	45	1
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	1	8	28	19	40	4
Berufstätigkeit						
selbst berufstätig (466)	4	5	29	20	39	3
und zwar als:						
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	4	4	30	23	39	—
höhere Angestellte/Beamte (23)	9	—	39	9	43	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	3	5	32	19	40	1
Arbeiter (138)	5	8	25	19	38	5
Landwirte (90)	2	4	26	24	38	6
nicht berufstätig (420)	1	8	24	23	42	2
in Pension (158)	1	4	28	20	39	8
in Ausbildung (20)	—	20	50	20	—	10
Region						
Wien (242)	3	5	29	21	41	1
Ost (234)	3	9	26	17	41	4
Süd (240)	2	8	31	18	37	4
West (348)	1	5	24	26	39	5
Gemeindegröße						
bis 5.000 Einwohner (512)	2	7	25	20	40	6
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	3	8	27	22	38	2
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	—	4	34	23	37	2
Politisches Interesse						
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	10	12	20	19	37	2

Mitgliedschaft bei einer politischen Frauenorganisation

- 1 = betreibe selbst
 2 = würde mich interessieren
 3 = interessiert mich nicht, mag aber für andere Frauen sinnvoll sein
 4 = ist für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) sinnvoll
 5 = ist überhaupt abzulehnen
 6 = keine Angabe

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Frauen gesamt (1064)	4	11	59	4	18	4
Alter						
16 bis unter 25 Jahre (133)	2	20	56	—	17	5
25 bis unter 40 Jahre (312)	6	14	64	1	12	3
40 bis unter 60 Jahre (389)	4	9	55	7	21	4
60 Jahre und älter (230)	4	4	60	4	20	8
Schulbildung						
nur Pflichtschule (609)	4	11	58	4	17	6
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	4	12	60	3	19	2
Matura/Hochschule (86)	10	6	58	7	16	3
Familienstand						
ledig/verwitwet/geschieden (383)	4	11	57	2	21	5
verheiratet ohne Kind (287)	3	9	60	8	15	5
verheiratet mit einem Kind (151)	7	13	58	4	15	3
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	4	12	62	1	18	3
Berufstätigkeit						
selbst berufstätig (466)	6	11	60	4	16	3
und zwar als:						
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	11	9	67	4	9	—
höhere Angestellte/Beamte (23)	—	17	48	4	31	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	6	10	62	3	18	1
Arbeiter (138)	6	10	61	3	14	6
Landwirte (90)	8	14	51	8	14	5
nicht berufstätig (420)	3	11	59	5	19	3
in Pension (158)	2	6	58	3	23	8
in Ausbildung (20)	—	45	45	—	—	10
Region						
Wien (242)	4	7	63	5	19	2
Ost (234)	5	15	53	6	18	3
Süd (240)	4	15	58	2	18	3
West (348)	4	8	60	4	18	6
Gemeindegröße						
bis 5.000 Einwohner (512)	4	12	55	4	19	6
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	6	13	61	3	14	3
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	2	8	64	5	19	2
Politisches Interesse						
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	14	22	44	1	17	2

Mitgliedschaft bei einer politischen Partei

- 1 = betreibe selbst
 2 = würde mich interessieren
 3 = interessiert mich nicht, mag aber für andere Frauen sinnvoll sein
 4 = ist für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend
 5 = ist überhaupt abzulehnen
 6 = keine Angabe

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Frauen gesamt (1064)	13	5	47	14	17	4
Alter						
16 bis unter 25 Jahre (133)	15	9	46	11	16	3
25 bis unter 40 Jahre (312)	16	6	50	15	12	1
40 bis unter 60 Jahre (389)	12	5	46	15	19	2
60 Jahre und älter (230)	9	1	48	13	21	8
Schulbildung						
nur Pflichtschule (609)	11	4	45	15	19	6
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	14	6	49	13	17	1
Matura/Hochschule (86)	20	12	52	8	6	2
Familienstand						
ledig/verwitwet/geschieden (383)	15	7	44	10	19	5
verheiratet ohne Kind (287)	9	4	51	15	15	6
verheiratet mit einem Kind (151)	17	4	46	17	14	2
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	10	4	49	18	18	1
Berufstätigkeit						
selbst berufstätig (466)	18	7	45	13	14	3
und zwar als:						
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	13	4	55	14	10	4
höhere Angestellte/Beamte (23)	35	9	52	—	4	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	19	10	47	8	15	1
Arbeiter (138)	18	5	43	14	14	6
Landwirte (90)	13	6	39	22	16	4
nicht berufstätig (420)	8	4	50	17	18	3
in Pension (158)	11	1	45	11	24	8
in Ausbildung (20)	15	20	55	—	—	10
Region						
Wien (242)	24	5	49	10	9	3
Ost (234)	15	6	44	13	18	4
Süd (240)	9	5	52	12	20	2
West (348)	6	5	45	19	20	5
Gemeindegröße						
bis 5.000 Einwohner (512)	8	6	46	15	20	5
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	13	4	47	16	18	2
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	9	4	53	12	20	2
Politisches Interesse						
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	28	11	38	7	13	3

Aktive Mitarbeit bei einer Frauenorganisation

- 1 = betreibe selbst
 2 = würde mich interessieren
 3 = interessiert mich nicht, mag aber für andere Frauen sinnvoll sein
 4 = ist für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend
 5 = ist überhaupt abzulehnen
 6 = keine Angabe

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Frauen gesamt (1064)	4	13	57	5	17	4
Alter						
16 bis unter 25 Jahre (133)	6	26	43	2	18	5
25 bis unter 40 Jahre (312)	6	16	59	3	13	3
40 bis unter 60 Jahre (389)	2	10	61	8	16	3
60 Jahre und älter (230)	3	7	57	3	21	9
Schulbildung						
nur Pflichtschule (609)	4	12	57	4	18	5
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	4	16	57	4	17	2
Matura/Hochschule (86)	8	15	58	6	10	3
Familienstand						
ledig/verwitwet/geschieden (383)	4	15	53	3	20	5
verheiratet ohne Kind (287)	4	9	62	8	13	4
verheiratet mit einem Kind (151)	7	13	58	5	16	1
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	2	16	57	3	16	6
Berufstätigkeit						
selbst berufstätig (466)	5	14	57	5	16	3
und zwar als:						
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	2	13	73	3	9	—
höhere Angestellte/Beamte (23)	4	17	66	9	4	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	6	17	55	1	19	2
Arbeiter (138)	4	12	57	6	15	6
Landwirte (90)	9	9	49	10	17	6
nicht berufstätig (420)	3	14	59	5	15	4
in Pension (158)	3	6	54	3	25	9
in Ausbildung (20)	—	60	30	—	—	10
Region						
Wien (242)	2	15	59	4	17	3
Ost (234)	6	10	53	6	19	6
Süd (240)	5	13	59	3	15	5
West (348)	3	14	57	5	16	5
Gemeindegröße						
bis 5.000 Einwohner (512)	5	11	54	5	19	6
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	5	18	60	3	12	2
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	3	11	62	6	15	3
Politisches Interesse						
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	14	27	41	3	13	2

Aktive Mitarbeit in einer politischen Partei

- 1 = betreibe selbst
 2 = würde mich interessieren
 3 = interessiert mich nicht, mag aber für andere Frauen sinnvoll sein
 4 = ist für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend
 5 = ist überhaupt abzulehnen
 6 = keine Angabe

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Frauen gesamt (1064)	2	7	50	16	20	5
Alter						
16 bis unter 25 Jahre (133)	5	14	38	16	22	5
25 bis unter 40 Jahre (312)	4	8	55	14	16	3
40 bis unter 60 Jahre (389)	1	6	52	17	20	4
60 Jahre und älter (230)	*	3	49	15	23	10
Schulbildung						
nur Pflichtschule (609)	2	6	48	17	21	6
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	1	6	53	15	22	3
Matura/Hochschule (86)	7	15	60	9	7	1
Familienstand						
ledig/verwitwet/geschieden (383)	3	9	50	10	22	6
verheiratet ohne Kind (287)	1	4	53	21	15	6
verheiratet mit einem Kind (151)	5	5	50	19	19	2
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	*	8	49	16	22	5
Berufstätigkeit						
selbst berufstätig (466)	4	8	51	15	18	4
und zwar als:						
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	—	7	64	18	10	—
höhere Angestellte/Beamte (23)	13	13	65	—	9	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	4	11	54	10	21	1
Arbeiter (138)	5	8	45	17	19	6
Landwirte (90)	2	3	43	24	18	9
nicht berufstätig (420)	*	5	51	18	21	4
in Pension (158)	1	1	47	14	26	10
in Ausbildung (20)	—	45	45	—	—	10
Region						
Wien (242)	2	13	55	10	16	4
Ost (234)	4	6	44	16	23	6
Süd (240)	3	5	55	15	18	4
West (348)	1	4	49	20	21	5
Gemeindegröße						
bis 5.000 Einwohner (512)	2	4	47	18	22	7
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	3	7	52	17	20	1
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	1	5	54	18	18	3
Politisches Interesse						
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	10	22	44	10	13	1

Frage: „Sind Sie Mitglied bei einer Partei oder politischen Organisation? Sind Sie dort ...?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

1 = ja

2 = in Führungsposition

3 = aktiv, als Funktionär

4 = aktiv, als einfaches Mitglied

5 = nicht aktiv

6 = nein

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Frauen gesamt (1064)	19	1	1	8	9	81
Alter						
16 bis unter 25 Jahre (133)	21	3	2	9	7	79
25 bis unter 40 Jahre (312)	24	*	3	10	11	76
40 bis unter 60 Jahre (389)	17	—	1	8	8	83
60 Jahre und älter (230)	14	—	1	4	9	86
Schulbildung						
nur Pflichtschule (609)	16	*	1	9	5	84
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	21	1	1	6	13	79
Matura/Hochschule (86)	30	2	5	5	18	70
Familienstand						
ledig/verwitwet/geschieden (383)	23	1	1	7	14	77
verheiratet ohne Kind (287)	13	—	1	6	6	87
verheiratet mit einem Kind (151)	22	1	2	13	6	78
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	16	—	1	7	8	84
Berufstätigkeit						
selbst berufstätig (466)	25	1	2	10	12	75
und zwar als:						
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	20	4	—	4	12	80
höhere Angestellte/Beamte (23)	48	9	—	22	17	52
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	29	—	3	10	16	71
Arbeiter (138)	23	1	1	9	12	77
Landwirte (90)	18	—	2	11	5	82
nicht berufstätig (420)	12	—	1	6	5	88
in Pension (158)	17	—	1	5	11	83
in Ausbildung (20)	25	—	—	10	15	75
Region						
Wien (242)	36	1	2	7	26	64
Ost (234)	20	1	3	11	5	80
Süd (240)	13	1	1	8	3	87
West (348)	10	—	1	5	4	90
Gemeindegröße						
bis 5.000 Einwohner (512)	12	—	1	8	3	88
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	17	2	2	9	4	83
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	13	—	—	4	9	87
Politisches Interesse						
ehler mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	37	3	6	14	14	63

Frage: „Sind Sie Gewerkschaftsmitglied? Sind Sie dort ...?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

- 1 = ja
 2 = in Führungsposition
 3 = aktiv, als Funktionär
 4 = aktiv, als einfaches Mitglied
 5 = nicht aktiv
 6 = keine Angabe

	1.	2.	3.	4.	5.	6.
Frauen gesamt (1064)	15	*	1	5	8	85
Alter						
16 bis unter 25 Jahre (133)	24	—	—	10	14	76
25 bis unter 40 Jahre (312)	15	1	1	5	8	85
40 bis unter 60 Jahre (389)	15	—	1	6	8	85
60 Jahre und älter (230)	10	*	*	2	7	90
Schulbildung						
nur Pflichtschule (609)	11	*	*	4	6	89
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	18	*	2	6	10	82
Matura/Hochschule (86)	31	—	1	10	20	69
Familienstand						
ledig/verwitwet/geschieden (383)	24	1	1	9	13	76
verheiratet ohne Kind (287)	13	*	*	4	8	87
verheiratet mit einem Kind (151)	11	—	2	6	3	89
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	7	—	1	1	5	93
Berufstätigkeit						
selbst berufstätig (466)	28	1	1	11	15	72
und zwar als:						
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	7	—	—	4	4	93
höhere Angestellte/Beamte (23)	30	—	4	26	—	70
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	41	—	3	12	26	59
Arbeiter (138)	40	2	1	17	20	60
Landwirte (90)	—	—	—	—	—	100
nicht berufstätig (420)	2	—	*	*	1	98
in Pension (158)	11	—	—	3	8	89
in Ausbildung (20)	—	—	—	—	—	100
Region						
Wien (242)	24	—	1	4	19	76
Ost (234)	16	1	1	11	3	84
Süd (240)	13	*	1	6	5	87
West (348)	10	—	1	2	7	90
Gemeindegröße						
bis 5.000 Einwohner (512)	8	*	*	3	4	92
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	22	*	1	11	10	78
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	16	—	3	7	6	84
Politisches Interesse						
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	19	1	1	7	10	81

Frage: „Glauben Sie, daß Frauen ihren Fähigkeiten nach für leitende Funktionen in der Politik genauso gut, schlechter oder besser geeignet sind?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

a = genauso gut

b = schlechter

c = besser

d = keine Angabe

	a	b	c	d
Frauen gesamt (1064)	72	19	4	4
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (133)	71	19	6	4
25 bis unter 40 Jahre (312)	77	19	2	2
40 bis unter 60 Jahre (389)	72	20	4	4
60 Jahre und älter (230)	67	20	6	7
Schulbildung				
nur Pflichtschule (609)	69	22	4	6
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	78	14	5	3
Matura/Hochschule (86)	76	21	3	—
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (383)	69	22	4	5
verheiratet ohne Kind (287)	73	17	5	5
verheiratet mit einem Kind (151)	80	14	3	3
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	72	21	4	3
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (466)	72	21	3	4
und zwar als:				
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	66	23	7	4
höhere Angestellte/Beamte (23)	78	22	—	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	73	19	4	4
Arbeiter (138)	75	19	4	2
Landwirte (90)	68	23	1	8
nicht berufstätig (420)	75	17	5	3
in Pension (158)	64	22	6	7
in Ausbildung (20)	95	5	—	—
Region				
Wien (242)	75	18	7	—
Ost (234)	73	17	3	7
Süd (240)	72	17	5	6
West (348)	71	22	3	4
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (512)	69	22	3	6
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	77	13	5	5
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	74	20	2	4
Politisches Interesse				
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	79	16	4	1

Frage: „Glauben Sie, daß Frauen die Interessen anderer Frauen in der Politik genauso gut, schlechter oder besser vertreten können als Männer?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

a = genauso gut

b = schlechter

c = besser

d = keine Angabe

	a	b	c	d
Frauen gesamt (1064)	54	13	29	4
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (133)	60	13	26	1
25 bis unter 40 Jahre (312)	56	13	28	3
40 bis unter 60 Jahre (389)	50	11	34	5
60 Jahre und älter (230)	53	13	26	8
Schulbildung				
nur Pflichtschule (609)	53	14	26	7
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	54	9	34	2
Matura/Hochschule (86)	55	14	31	—
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (383)	53	15	26	6
verheiratet ohne Kind (287)	54	11	30	5
verheiratet mit einem Kind (151)	54	11	32	3
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	53	12	31	3
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (466)	56	13	27	4
und zwar als:				
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	59	12	29	—
höhere Angestellte/Beamte (23)	26	22	52	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	60	10	27	3
Arbeiter (138)	59	12	25	4
Landwirte (90)	51	20	21	8
nicht berufstätig (420)	52	11	33	3
in Pension (158)	49	15	25	10
in Ausbildung (20)	65	—	35	—
Region				
Wien (242)	59	11	29	1
Ost (234)	55	10	28	7
Süd (240)	50	10	35	5
West (348)	51	17	27	5
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (512)	51	15	28	6
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	55	7	33	4
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	51	14	29	6
Politisches Interesse				
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	48	11	39	1

Frage: „Glauben Sie, daß der Anteil der derzeit in der Politik tätigen Frauen ausreichend oder nicht ausreichend ist, um die Interessen der Frauen zu vertreten?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

a = ausreichend

b = nicht ausreichend

c = keine Angabe

	a	b	c
Frauen gesamt (1064)	42	50	8
Alter			
16 bis unter 25 Jahre (133)	37	59	4
25 bis unter 40 Jahre (312)	42	52	6
40 bis unter 60 Jahre (389)	41	50	8
60 Jahre und älter (230)	47	40	13
Schulbildung			
nur Pflichtschule (609)	44	46	10
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369) ..	43	51	6
Matura/Hochschule (86)	31	67	1
Familienstand			
ledig/verwitwet/geschieden (383)	42	50	8
verheiratet ohne Kind (287)	41	48	11
verheiratet mit einem Kind (151)	44	50	5
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	43	50	7
Berufstätigkeit			
selbst berufstätig (466)	43	49	8
und zwar als:			
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	43	41	16
höherer Angestellte/Beamte (23)	30	70	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	50	48	2
Arbeiter (138)	37	56	7
Landwirte (90)	42	39	19
nicht berufstätig (420)	42	51	7
in Pension (158)	44	44	12
in Ausbildung (20)	35	65	—
Region			
Wien (242)	42	55	3
Ost (234)	45	45	9
Süd (240)	42	48	10
West (348)	41	50	9
Gemeindegröße			
bis 5.000 Einwohner (512)	45	45	10
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	35	56	9
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	43	49	8
Politisches Interesse			
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	35	62	3

Frage: „Glauben Sie, daß es Frauen genauso schwer, leichter oder schwerer als Männer haben, eine politische Karriere zu ergreifen?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

a = genauso schwer

b = leichter

c = schwerer

d = keine Angabe

	a	b	c	d
Frauen gesamt (1064)	20	1	74	5
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (133)	16	1	83	—
25 bis unter 40 Jahre (312)	20	2	76	2
40 bis unter 60 Jahre (389)	23	1	72	4
60 Jahre und älter (230)	16	2	69	13
Schulbildung				
nur Pflichtschule (609)	22	2	68	8
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	18	1	80	1
Matura/Hochschule (86)	10	—	90	—
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (383)	21	•	73	6
verheiratet ohne Kind (287)	17	3	74	6
verheiratet mit einem Kind (151)	21	1	75	3
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	20	2	74	4
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (466)	23	1	73	3
und zwar als:				
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	20	—	77	3
höhere Angestellte/Beamte (23)	22	—	78	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	14	1	85	—
Arbeiter (138)	28	2	66	4
Landwirte (90)	35	1	57	7
nicht berufstätig (420)	17	2	77	4
in Pension (158)	18	1	68	13
in Ausbildung (20)	20	—	80	—
Region				
Wien (242)	25	—	74	1
Ost (234)	24	2	65	9
Süd (240)	18	2	75	5
West (348)	15	1	80	4
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (512)	22	2	69	7
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	15	1	79	5
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	8	2	87	3
Politisches Interesse				
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	20	2	77	•

Frage: „Glauben Sie, daß es Frauen genauso schwer, leichter oder schwerer haben, in politische Führungspositionen zu gelangen?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

a = genauso schwer
b = leichter
c = schwerer
d = keine Angabe

	a	b	c	d
Frauen gesamt (1064)	16	*	79	5
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (133)	16	—	82	2
25 bis unter 40 Jahre (312)	17	1	79	3
40 bis unter 60 Jahre (389)	13	—	83	4
60 Jahre und älter (230)	20	1	69	10
Schulbildung				
nur Pflichtschule (609)	18	1	73	8
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369)	15	*	83	1
Matura/Hochschule (86)	2	—	98	—
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (383)	15	*	79	5
verheiratet ohne Kind (287)	17	1	76	6
verheiratet mit einem Kind (151)	16	—	81	3
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	15	1	79	5
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (466)	15	*	80	5
und zwar als:				
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	9	—	88	3
höhere Angestellte/Beamte (23)	—	—	100	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	12	1	86	1
Arbeiter (138)	20	—	75	5
Landwirte (90)	20	—	68	12
nicht berufstätig (420)	15	1	80	4
in Pension (158)	18	1	71	10
in Ausbildung (20)	25	—	75	—
Region				
Wien (242)	18	—	81	1
Ost (234)	21	1	71	7
Süd (240)	17	1	76	7
West (348)	10	—	84	5
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (512)	18	1	73	8
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	11	*	85	3
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	9	—	88	3
Politisches Interesse				
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	11	1	88	*

Frage: „Glauben Sie, daß man Frauen für Politik ebenso, mehr oder weniger interessieren könnte als Männer, wenn man in allen Bildungsinstitutionen staatsbürgerliche Erziehung und politische Bildung betreiben würde?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

a = ebenso

b = mehr

c = weniger

d = keine Angabe

	a	b	c	d
Frauen gesamt (1064)	53	18	20	8
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (133)	59	14	17	10
25 bis unter 40 Jahre (312)	56	22	19	3
40 bis unter 60 Jahre (389)	52	16	22	10
60 Jahre und älter (230)	50	18	20	11
Schulbildung				
nur Pflichtschule (609)	50	16	22	12
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (369) . .	58	21	17	5
Matura/Hochschule (86)	59	20	21	—
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (383)	56	15	19	10
verheiratet ohne Kind (287)	50	19	21	10
verheiratet mit einem Kind (151)	59	15	21	5
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (243)	50	23	21	6
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (466)	56	17	18	9
und zwar als:				
Freischaffende/Großunternehmer/Selbständige (56)	54	25	12	9
höhere Angestellte/Beamte (23)	74	13	13	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (159)	58	13	23	6
Arbeiter (138)	57	20	12	11
Landwirte (90)	49	14	20	17
nicht berufstätig (420)	51	20	23	6
in Pension (158)	51	15	21	13
in Ausbildung (20)	65	20	15	—
Region				
Wien (242)	64	15	19	2
Ost (234)	55	13	20	12
Süd (240)	50	19	20	11
West (348)	48	22	22	7
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (512)	48	17	23	12
5.001 bis 100.000 Einwohner (210)	58	20	15	7
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (100)	46	24	24	6
Politisches Interesse				
eher mehr als die Mehrzahl der Frauen (209)	58	25	15	1

Frage: „Nun zu etwas anderem: Es geht um Ihre Einstellung zu Frauen in der Politik. Welche der folgenden politischen Aktivitäten sind auch für Frauen sinnvoll, welche sind für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend und welche sind überhaupt abzulehnen?“

Kurzfristige Teilnahme an Aktionen für bestimmte Probleme (z. B. Bürgerinitiative)

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern.)

a = auch für Frauen sinnvoll

b = für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend

c = überhaupt abzulehnen

d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	69	17	9	5
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	72	18	6	4
25 bis unter 40 Jahre (275)	71	16	11	2
40 bis unter 60 Jahre (326)	70	17	9	4
60 Jahre und älter (167)	61	18	10	11
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	54	22	16	8
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463)	74	16	7	3
Matura/Hochschule (117)	88	7	1	4
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	68	19	9	4
verheiratet ohne Kind (296)	72	15	8	5
verheiratet mit einem Kind (150)	69	16	11	4
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	66	18	10	6
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	69	17	9	5
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55)	80	7	9	4
höhere Angestellte/Beamte (69)	87	9	—	4
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	76	17	5	2
Arbeiter (331)	63	21	11	5
Landwirte (89)	52	18	21	9
in Pension (137)	62	20	12	6
in Ausbildung (32)	100	—	—	—
Region				
Wien (203)	82	14	2	2
Ost (209)	56	18	19	7
Süd (221)	68	16	11	3
West (279)	69	19	6	6
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	58	20	15	7
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	75	14	8	4
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	79	12	6	3

Besuch von politischen oder politisch gefärbten Veranstaltungen in Angelegenheit der Frauen

a = auch für Frauen sinnvoll
 b = für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend
 c = überhaupt abzulehnen
 d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	68	14	13	5
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	81	8	7	3
25 bis unter 40 Jahre (275)	68	16	13	3
40 bis unter 60 Jahre (326)	64	14	18	4
60 Jahre und älter (167)	64	15	10	11
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	58	16	18	8
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463) . . .	70	15	12	3
Matura/Hochschule (117)	88	1	5	6
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	72	11	12	6
verheiratet ohne Kind (296)	69	15	11	5
verheiratet mit einem Kind (150)	61	15	20	5
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	68	14	44	4
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	67	14	14	5
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55) . . .	71	14	11	4
höhere Angestellte/Beamte (69)	67	12	14	7
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	76	8	12	4
Arbeiter (331)	64	16	15	5
Landwirte (89)	58	21	16	4
in Pension (137)	63	15	15	7
in Ausbildung (32)	100	—	—	—
Region				
Wien (203)	72	11	15	2
Ost (209)	60	19	16	5
Süd (221)	67	14	15	4
West (279)	71	11	9	8
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	62	15	15	8
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	72	17	9	2
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	79	7	11	3

Aktive Teilnahme an einer politischen Demonstration in Angelegenheit der Frauen

a = auch für Frauen sinnvoll

b = für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend

c = überhaupt abzulehnen

d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	49	17	29	5
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	54	19	23	4
25 bis unter 40 Jahre (275)	52	17	29	2
40 bis unter 60 Jahre (326)	51	15	31	4
60 Jahre und älter (167)	38	19	31	12
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	40	23	30	7
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463)	50	15	32	2
Matura/Hochschule (117)	73	8	14	6
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	54	21	20	4
verheiratet ohne Kind (296)	47	16	30	7
verheiratet mit einem Kind (150)	46	17	35	2
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	51	14	31	4
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	50	17	28	4
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55)	55	14	24	7
höhere Angestellte/Beamte (69)	61	9	20	10
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	58	14	25	3
Arbeiter (331)	45	20	31	4
Landwirte (89)	38	22	35	4
in Pension (137)	39	17	37	7
in Ausbildung (32)	81	13	6	—
Region				
Wien (203)	57	13	27	3
Ost (209)	43	23	29	5
Süd (221)	45	17	36	2
West (279)	53	15	25	7
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	41	19	33	7
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	57	15	26	2
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	61	17	21	1

Besuch von politischen oder politisch gefärbten Veranstaltungen ganz allgemein

a = auch für Frauen sinnvoll

b = für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend

c = überhaupt abzulehnen

d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	51	28	16	4
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	63	24	10	3
25 bis unter 40 Jahre (275)	54	27	16	3
40 bis unter 60 Jahre (326)	47	30	20	3
60 Jahre und älter (167)	44	32	14	10
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	45	29	19	7
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463)	49	30	18	2
Matura/Hochschule (117)	88	75	3	4
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	55	33	9	3
verheiratet ohne Kind (296)	52	28	16	5
verheiratet mit einem Kind (150)	48	25	25	2
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	49	27	18	6
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	51	28	16	4
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55)	58	22	16	4
höhere Angestellte/Beamte (69)	54	29	13	4
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	60	17	20	3
Arbeiter (331)	47	32	16	4
Landwirte (89)	42	42	11	6
in Pension (137)	40	35	20	5
in Ausbildung (32)	88	6	6	—
Region				
Wien (203)	52	25	21	2
Ost (209)	52	30	13	5
Süd (221)	47	28	22	3
West (279)	52	30	11	6
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	46	32	16	6
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	56	28	12	3
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	63	19	17	1

Aktive Teilnahme an einer allgemein politischen Demonstration

a = auch für Frauen sinnvoll

b = für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend

c = überhaupt abzulehnen

d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	31	30	35	4
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	41	33	21	5
25 bis unter 40 Jahre (275)	32	31	36	1
40 bis unter 60 Jahre (326)	29	29	38	4
60 Jahre und älter (167)	23	31	37	9
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	21	36	35	8
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463)	31	28	39	2
Matura/Hochschule (117)	53	24	18	5
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	37	35	23	5
verheiratet ohne Kind (296)	32	26	38	4
verheiratet mit einem Kind (150)	28	35	35	3
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	24	30	40	6
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	30	31	35	4
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55)	34	27	34	4
höhere Angestellte/Beamte (69)	33	30	30	6
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	35	28	34	3
Arbeiter (331)	28	32	36	4
Landwirte (89)	20	39	35	6
in Pension (137)	22	31	41	6
in Ausbildung (32)	81	13	6	—
Region				
Wien (203)	41	25	32	2
Ost (209)	30	36	28	6
Süd (221)	24	34	39	2
West (279)	29	28	37	6
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	22	35	35	8
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	33	31	35	1
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	44	20	34	1

Mitgliedschaft bei einer politischen Frauenorganisation

a = auch für Frauen sinnvoll

b = für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend

c = überhaupt abzulehnen

d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	64	11	20	5
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	74	8	15	3
25 bis unter 40 Jahre (275)	70	9	19	2
40 bis unter 60 Jahre (326)	58	13	24	5
60 Jahre und älter (167)	56	14	16	14
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	54	14	23	8
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463)	68	10	19	3
Matura/Hochschule (117)	77	7	8	8
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	71	9	16	4
verheiratet ohne Kind (296)	62	10	20	7
verheiratet mit einem Kind (150)	58	17	22	3
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	64	11	20	5
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	64	12	20	4
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55)	60	16	20	4
höhere Angestellte/Beamte (69)	58	10	25	7
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	74	10	12	4
Arbeiter (331)	63	11	22	4
Landwirte (89)	53	17	26	4
in Pension (137)	55	13	20	11
in Ausbildung (32)	94	—	6	—
Region				
Wien (203)	62	12	23	3
Ost (209)	63	17	15	5
Süd (221)	63	8	25	4
West (279)	67	10	16	7
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	60	13	20	7
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	71	12	14	3
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	70	3	22	4

Mitgliedschaft bei einer politischen Partei

a = auch für Frauen sinnvoll

b = für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend

c = überhaupt abzulehnen

d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	52	28	16	4
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	62	26	8	5
25 bis unter 40 Jahre (275)	56	25	17	2
40 bis unter 60 Jahre (326)	47	30	20	2
60 Jahre und älter (167)	49	28	13	10
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	42	32	19	7
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463)	55	26	17	2
Matura/Hochschule (117)	69	21	5	4
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	57	29	10	4
verheiratet ohne Kind (296)	55	27	15	3
verheiratet mit einem Kind (150)	41	27	28	3
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	52	28	14	5
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	53	28	16	4
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55)	51	29	16	4
höhere Angestellte/Beamte (69)	48	32	16	4
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	63	19	13	5
Arbeiter (331)	51	30	16	3
Landwirte (89)	43	34	19	4
in Pension (137)	47	28	18	6
in Ausbildung (32)	66	22	12	—
Region				
Wien (203)	65	19	14	2
Ost (209)	53	32	10	5
Süd (221)	43	30	24	3
West (279)	50	29	16	5
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	45	30	18	7
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	52	36	11	1
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	60	19	20	1

Aktive Mitarbeit bei einer Frauenorganisation

- a = auch für Frauen sinnvoll
 b = für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend
 c = überhaupt abzulehnen
 d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	69	10	16	5
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	82	7	6	5
25 bis unter 40 Jahre (275)	73	10	15	2
40 bis unter 60 Jahre (326)	64	12	21	3
60 Jahre und älter (167)	62	10	19	9
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	62	12	20	6
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463) . . .	70	11	17	2
Matura/Hochschule (117)	86	3	5	6
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	74	12	9	5
verheiratet ohne Kind (296)	69	6	21	4
verheiratet mit einem Kind (150)	66	16	16	2
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	67	9	18	6
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	70	10	16	4
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55) . . .	73	16	7	4
höhere Angestellte/Beamte (69)	71	9	14	6
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	74	10	13	3
Arbeiter (331)	66	11	18	5
Landwirte (89)	67	7	19	7
in Pension (137)	58	11	24	7
in Ausbildung (32)	100	—	—	—
Region				
Wien (203)	66	12	21	1
Ost (209)	71	11	11	7
Süd (221)	67	10	19	4
West (279)	71	8	14	7
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	66	10	16	8
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	79	11	9	1
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	71	7	20	2

Aktive Mitarbeit in einer politischen Partei

a = auch für Frauen sinnvoll

b = für Frauen abzulehnen, für Männer (eventuell) passend

c = überhaupt abzulehnen

d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	44	32	21	3
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	54	31	11	4
25 bis unter 40 Jahre (275)	48	29	21	2
40 bis unter 60 Jahre (326)	35	36	26	3
60 Jahre und älter (167)	40	32	19	9
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	35	36	23	6
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463)	43	33	22	2
Matura/Hochschule (117)	63	20	12	5
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	51	36	11	2
verheiratet ohne Kind (296)	43	28	25	4
verheiratet mit einem Kind (150)	36	35	27	2
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	41	32	22	5
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	43	32	21	4
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55)	44	36	16	4
höhere Angestellte/Beamte (69)	42	25	29	4
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	53	26	18	3
Arbeiter (331)	40	36	21	3
Landwirte (89)	35	35	27	3
in Pension (137)	35	34	26	5
in Ausbildung (32)	66	28	6	—
Region				
Wien (203)	49	25	24	2
Ost (209)	46	35	15	4
Süd (221)	38	34	27	1
West (279)	41	35	19	5
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	37	36	22	5
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	45	37	15	3
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	53	22	22	3

Frage: „Glauben Sie, daß Frauen ihren Fähigkeiten nach für leitende Funktionen in der Politik genauso gut, schlechter oder besser geeignet sind?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

a = genauso gut

b = schlechter

c = besser

d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	71	24	3	2
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	77	20	—	3
25 bis unter 40 Jahre (275)	73	24	2	1
40 bis unter 60 Jahre (326)	71	22	5	2
60 Jahre und älter (167)	63	32	4	1
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	70	23	4	3
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463)	73	22	2	3
Matura/Hochschule (117)	65	32	3	—
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	76	20	1	3
verheiratet ohne Kind (296)	71	24	4	1
verheiratet mit einem Kind (150)	73	24	1	2
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	67	27	3	3
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	71	23	3	3
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55)	70	25	5	—
höhere Angestellte/Beamte (69)	54	42	4	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	81	15	4	—
Arbeiter (331)	70	23	3	4
Landwirte (89)	70	29	—	1
in Pension (137)	64	31	2	3
in Ausbildung (32)	94	6	—	—
Region				
Wien (203)	83	14	3	—
Ost (209)	71	23	4	2
Süd (221)	67	25	4	4
West (279)	66	31	1	2
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	67	28	2	3
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	65	27	5	3
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	79	19	2	—

Frage: „Glauben Sie, daß Frauen die Interessen anderer Frauen in der Politik genauso gut, schlechter oder besser vertreten können als Männer?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

a = genauso gut

b = schlechter

c = besser

d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	54	13	31	2
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	64	9	24	3
25 bis unter 40 Jahre (275)	51	15	32	2
40 bis unter 60 Jahre (326)	54	12	32	2
60 Jahre und älter (167)	51	15	31	3
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	52	16	28	4
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463)	57	11	31	1
Matura/Hochschule (117)	51	13	36	—
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	57	12	28	3
verheiratet ohne Kind (296)	55	11	32	2
verheiratet mit einem Kind (150)	52	17	29	2
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	52	15	32	1
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	54	13	31	2
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55)	58	22	20	—
höhere Angestellte/Beamte (69)	54	13	33	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	51	12	37	—
Arbeiter (331)	54	13	29	4
Landwirte (89)	56	15	26	3
in Pension (137)	55	15	28	2
in Ausbildung (32)	63	—	37	—
Region				
Wien (203)	54	11	35	—
Ost (209)	55	12	31	2
Süd (221)	50	14	31	5
West (279)	57	15	27	1
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	55	14	27	4
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	56	11	32	1
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	49	16	33	2

Frage: „Glauben Sie, daß der Anteil der derzeit in der Politik tätigen Frauen ausreichend oder nicht ausreichend ist, um die Interessen der Frauen zu vertreten?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

a = ja

b = nein

c = keine Angabe

	a	b	c
Männer gesamt (912)	55	41	4
Alter			
16 bis unter 25 Jahre (144)	68	29	3
25 bis unter 40 Jahre (275)	56	40	4
40 bis unter 60 Jahre (326)	52	46	2
60 Jahre und älter (167)	48	47	5
Schulbildung			
nur Pflichtschule (332)	59	34	7
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463)	55	43	2
Matura/Hochschule (117)	43	57	—
Familienstand			
ledig/verwitwet/geschieden (205)	60	33	7
verheiratet ohne Kind (296)	44	53	3
verheiratet mit einem Kind (150)	57	40	3
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	63	36	3
Berufstätigkeit			
selbst berufstätig (743)	57	40	3
und zwar als:			
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55)	58	42	—
höhere Angestellte/Beamte (69)	35	65	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	55	41	4
Arbeiter (331)	60	36	4
Landwirte (89)	67	30	2
in Pension (137)	42	51	7
in Ausbildung (32)	56	44	—
Region			
Wien (203)	47	50	2
Ost (209)	54	42	4
Süd (221)	60	36	4
West (279)	57	39	4
Gemeindegröße			
bis 5.000 Einwohner (440)	65	30	5
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	41	58	1
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	51	44	4

Frage: „Glauben Sie, daß es Frauen genauso schwer, leichter oder schwerer als Männer haben, eine politische Karriere zu ergreifen?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

- a = genauso schwer
- b = leichter
- c = schwerer
- d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	21	3	74	2
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	26	4	67	3
25 bis unter 40 Jahre (275)	18	1	80	1
40 bis unter 60 Jahre (326)	20	3	75	2
60 Jahre und älter (167)	20	5	72	2
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	27	3	68	2
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463)	18	3	76	2
Matura/Hochschule (117)	11	2	85	2
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	25	5	67	3
verheiratet ohne Kind (296)	19	4	75	1
verheiratet mit einem Kind (150)	21	1	76	1
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	18	1	79	2
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	21	3	74	1
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55)	24	—	76	—
höhere Angestellte/Beamte (69)	9	—	91	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	24	4	71	1
Arbeiter (331)	23	4	71	2
Landwirte (89)	15	4	79	2
in Pension (137)	20	2	74	4
in Ausbildung (32)	16	—	84	—
Region				
Wien (203)	13	7	79	1
Ost (209)	24	3	72	•
Süd (221)	23	2	71	4
West (279)	21	1	76	2
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	25	3	70	2
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	18	1	80	1
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	20	1	77	2

Frage: „Glauben Sie, daß es Frauen genauso schwer, leichter oder schwerer haben, in politische Führungspositionen zu gelangen?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

a = genauso schwer
 b = leichter
 c = schwerer
 d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	17	3	77	2
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	19	5	73	3
25 bis unter 40 Jahre (275)	16	2	80	2
40 bis unter 60 Jahre (326)	20	3	75	2
60 Jahre und älter (167)	11	5	81	2
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	27	3	66	3
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463)	13	4	81	2
Matura/Hochschule (117)	4	2	92	2
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	21	5	69	5
verheiratet ohne Kind (296)	13	4	81	1
verheiratet mit einem Kind (150)	19	—	81	1
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	18	3	77	2
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	19	4	75	2
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55)	20	—	80	—
höhere Angestellte/Beamte (69)	6	—	94	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	23	5	71	1
Arbeiter (331)	19	3	74	3
Landwirte (89)	17	8	73	2
in Pension (137)	9	2	85	4
in Ausbildung (32)	19	—	81	—
Region				
Wien (203)	10	7	82	1
Ost (209)	22	4	72	2
Süd (221)	19	2	74	5
West (279)	18	1	80	1
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	23	3	70	4
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	13	1	85	1
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	14	2	83	—

Frage: „Glauben Sie, daß man Frauen für Politik ebenso, mehr oder weniger interessieren könnte als Männer, wenn man in allen Bildungsinstitutionen staatsbürgerliche Erziehung und politische Bildung betreiben würde?“

(In %, bezogen auf Basiszahlen in Klammern)

a = ebenso
b = mehr
c = weniger
d = keine Angabe

	a	b	c	d
Männer gesamt (912)	52	14	29	5
Alter				
16 bis unter 25 Jahre (144)	58	17	19	6
25 bis unter 40 Jahre (275)	55	15	27	3
40 bis unter 60 Jahre (326)	50	11	34	5
60 Jahre und älter (167)	46	19	28	7
Schulbildung				
nur Pflichtschule (332)	49	11	30	10
Pflichtschule mit Lehre, Fach- und Handelsschule (463)	57	14	26	3
Matura/Hochschule (117)	38	25	35	2
Familienstand				
ledig/verwitwet/geschieden (205)	54	16	24	6
verheiratet ohne Kind (296)	51	14	29	5
verheiratet mit einem Kind (150)	55	12	31	2
verheiratet mit zwei oder mehr Kindern (261)	49	15	29	7
Berufstätigkeit				
selbst berufstätig (743)	52	13	29	5
und zwar als:				
Freischaffender/Großunternehmer/Selbständiger (55)	53	7	40	—
höhere Angestellte/Beamte (69)	36	19	45	—
kleine und mittlere Angestellte/Beamte (199)	56	13	27	4
Arbeiter (331)	55	15	24	6
Landwirte (89)	44	8	36	12
in Pension (137)	51	18	26	5
in Ausbildung (32)	50	22	28	—
Region				
Wien (203)	54	18	27	1
Ost (209)	56	15	24	4
Süd (221)	46	17	31	6
West (279)	52	9	31	8
Gemeindegröße				
bis 5.000 Einwohner (440)	52	13	27	8
5.001 bis 100.000 Einwohner (179)	51	14	33	2
über 100.000 Einwohner (ohne Wien) (90)	46	16	32	6

LITERATURVERZEICHNIS

- Abendroth, W., Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main 1965.
- Bebel, A., Die Frau und der Sozialismus, Dietz, Berlin 1954.
- Berchtold, K., Österreichische Parteiprogramme 1868–1966, Wien 1967.
- Bernfeld, S., Die neue Jugend und die Frauen, Wien–Leipzig 1914.
- Blos, A., Die Frauenfrage im Lichte des Sozialismus, Dresden 1930.
- Bölke, G., Die Wandlung der Frauenemanzipationstheorie von Marx bis zur Rätebewegung, Hamburg 1971.
- Braun, L., Die Frauenfrage, Leipzig 1901.
- Braun, St., Fürth, E., Höning, M., Laube, G., List-Ganser, B., Urban, G., Zaglits, C., Frauenbewegung, Frauenbildung und Frauenarbeit in Österreich, Wien 1930.
- Deutsch, J., Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung, Wien 1929.
- Freundlich, E., Die industrielle Arbeit der Frau im Kriege Wien–Leipzig 1918.
- Frauenwahlrecht und Arbeiterinnenschutz, Verhandlungen der Dritten Sozialdemokratischen Frauenkonferenz in Österreich, Wien 1908.
- Frauenreichskomitee (Herausgeber) Frauentage 1914–1930.
- Hainisch, M., Mutterwort über die Frauenfrage, Vortrag, Wien 1892.
- Handbuch der Frauenarbeit in Österreich, herausgegeben von der AK in Wien, Wien 1930.
- Hansluwka, H., Die Frau in Haushalt und Beruf, Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1966.
- Hüttl, E., Die Frau in der österreichischen Sozialdemokratie, Unveröff. Diss., Wien 1949.
- Hautmann, H., Kropf, R., Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945, Wien 1974.
- Kancler, E., Die österreichische Frauenbewegung und ihre Presse, Unveröff. Diss., Wien 1947.
- Konecny, A. K., Die verzögerte Revolution, Wien 1969.
- Lange, H., Die Frauenbewegung in ihren modernen Problemen, Leipzig 1907.
- Leichter, O., Glanz und Elend der Ersten Republik, Wien 1964.
- Lion, H., Zur Soziologie der Frauenbewegung, Berlin 1926.
- Motzko, A., Der Weg der Frau zu Recht und Geltung, Wien 1959.
- Millett, K., Sexus und Herrschaft, München 1974.
- Neck, R., Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg, 1914–1918, Wien 1964.
- Paunovic, N., Die Frau in der Politik, Wien 1946, Aufsatz in Politische Zeitprobleme.
- Popp, A., Der Weg zur Höhe, Wien 1930.
- Proft, G., Der Weg zu uns! Die Frauenfrage im Neuen Österreich, Wien 1945.
- Protokoll über die am 14. Mai 1891 abgehaltene allgemeine Frauenversammlung, Wien 1891.
- Reich, W., Massenpsychologie des Faschismus, Kopenhagen 1934.
- Rühle-Gerstel, A., Die Frau und der Kapitalismus, Leipzig 1932.
- Schlesinger Th., Die Frau im sozialdemokratischen Parteiprogramm, Wien 1928.
- Schlesinger-Eckstein Th., Die Frau im 19. Jh., Verlag Aufklärung, Berlin 1923.
- Schlesinger Th., Was wollen die Frauen in der Politik, Wien 1910.
- Stadler, K., Das einsame Gewissen, Österreich 1938–1945, Wien 1966.
- Steiner, H., Käthe Leichter, Leben und Werk, Wien 1973.
- Thönnessen, W., Frauenemanzipation, Frankfurt/Main 1969.
- Turnau, O., Über die Notwendigkeit eines österreichischen Frauentages, Vortrag Wien 1892.
- Um eine ganze Epoche voraus, 125 Jahre Kampf um die Befreiung der Frau, Leipzig 1970.
- Tätigkeitsberichte, Frauenarbeit in den Gewerkschaften, 1960–1973.
- Protokolle der Frauenkongresse des ÖGB, 1959–1971.
- Winkler, E., Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme, Wien 1971.
- Zetkin, C., Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart, Berlin 1889.

